

Bedingungen für eine erfolgreiche Vermittlung von Themen und Maßnahmen im Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz – qualitative und quantitative Erhebung für eine zielgenauere kommunikative Begleitung von BMUV-Vorhaben

Erstellt von: pollytix strategic research gmbh

Forschungskennzeichen: UM24 12 0010

Laufzeit: 02.01.2024 bis 31.10.2025

Inhalt

1. Studienaufbau	4
1.1 Gesellschaftliche Akzeptanz als Voraussetzung erfolgreicher Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik	4
1.2 Qualitative und quantitative Forschungsmethoden.....	5
2. Segmentierung der Bevölkerung	7
2.1 Ideologische Skeptische.....	8
2.2 Ambivalente Zweifelnde	9
2.3 Kostenbewusste Pragmatische.....	12
2.4 Aktivierbare Optimistische.....	13
2.5 Prekäre Überzeugte	14
2.6 Progressive Ungeduldige.....	16
3. Gegenwärtige gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen.....	18
3.1 Gesellschaftliche und politische Stimmung	18
3.2 Polarisierung und Konfliktmüdigkeit	23
3.3 Themenagenda.....	25
4. Aktuelle Einstellungen zu Klima- und Umweltschutz.....	28
4.1 Wichtigkeit und Priorität von Klima- und Umweltschutz	28
4.2 Problembewusstsein und Wirksamkeitsüberzeugung.....	32
4.3 Attributionsskepsis und Klimaanpassung	35
4.4 Klima- und Umweltschutz als Gegenstand gesellschaftlicher Spannungen	39

5. Wahrnehmung und Bewertung aktueller Klima- und Umweltpolitik	43
5.1 Klima- und Umweltschutzpolitik der Bundesregierung	43
5.2 Erwartungshaltung und Spannungsfelder	47
5.3 Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Aufschwung mit Klima- und Umweltschutz	48
5.4 Soziale Gerechtigkeit im Bereich Klima- und Umweltschutz	54
6. Anknüpfungspunkte für die Vermittlung und Ausgestaltung von Klima- und Umweltpolitik	62
7. Zusammenfassung, Handlungsempfehlungen und Ausblick	66
7.1 Forschungsbasierte Empfehlungen	68
7.2 Weiterer Forschungsbedarf	71
8. Exkurs Verbraucherschutz	72

1. Studienaufbau

1.1 Gesellschaftliche Akzeptanz als Voraussetzung erfolgreicher Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik

Die Vermittlung von Themen und Maßnahmen im Klima-, Umwelt- und Naturschutz ist dann erfolgreich, wenn sie nicht nur auf Akzeptanz trifft und gesellschaftliche Resonanz erzeugt, sondern auch die Maßnahmen selbst aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wirksam und praktikabel gestaltet sind. Die Untersuchung der Einstellungen, Verhaltensweisen und Überzeugungen der Bevölkerung bildet hierbei eine zentrale Grundlage – sowohl für die zielgerichtete Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen als auch für ihre kommunikative Begleitung. Nur wenn beide Dimensionen – Maßnahmengestaltung und Kommunikation – aufeinander abgestimmt sind, können Themen und Maßnahmen erfolgreich vermittelt und von weiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen werden – naturgemäß nie von Allen in einer von unterschiedlichen Interessen gekennzeichneten modernen Gesellschaft.

Ziel der vorliegenden Studie war es, die unterschiedlichen Einstellungen, Verhaltensweisen und Überzeugungen zu untersuchen und zu analysieren, um Bedingungen für eine wirkungsvolle Umwelt- und Klimapolitik zu identifizieren. Für eine möglichst zielgruppenadäquate Ausgestaltung politischer Maßnahmen sowie eine erfolgreiche Kommunikation der Maßnahmen sollte die Bevölkerung nicht als eine homogene Einheit (Gemeinschaft) betrachtet und untersucht werden, sondern als heterogene Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen und Werten. Da rein soziodemografische oder sozioökonomische Unterscheidungen nicht präzise genug sind, wurden milieu- bzw. segmentspezifische Analysen durchgeführt, die ein fundierteres und differenziertes Verständnis ermöglichen. In zwei vorherigen Forschungsprojekten¹ hat pollytix bereits eine solche gesellschaftspolitische Segmentierung am konkreten Forschungsgegenstand der Umwelt- und Klimaschutzpolitik speziell für die Kommunikation des Bundesumweltministeriums (vormals Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz – BMUV, jetzt Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit – BMUKN) erarbeitet und erprobt. Diese Segmentierung wurde im Rahmen dieses Projekts repliziert, sodass Anschlussfähigkeit an die bisherige Forschung gewährleistet wurde und bereits gewonnene Erkenntnisse über Bevölkerungssegmente und ihren Wissenstand eingebunden und erweitert werden konnten.

Wo liegen die zentralen Unterschiede, was sind die Gemeinsamkeiten der Segmente? Wie können die verschiedenen Segmente bei der Planung und Realisation von klima- und umweltpolitischen Maßnahmen jeweils am besten mitgenommen werden? Diesen Fragen ging pollytix in im Auftrag des BMUKN nach.

¹ Vgl. pollytix strategic research gmbh: Gesellschaftliche Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen: Ergebnisse aus qualitativer und quantitativer Forschung im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um19155070_akzeptanz_umweltschutz_bf.pdf / Vgl. pollytix strategic research gmbh: Gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung von Umweltpolitik: Segmentspezifische Analysen im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um21_16_0070_akzeptanz_umweltpolitik_bf.pdf

1.2 Qualitative und quantitative Forschungsmethoden

Für das Vorhaben wurde ein mehrstufiger Forschungsprozess mit verschränkten Methoden gewählt: Durch Fokusgruppen wurden qualitative Erkenntnisse gewonnen, die in zwei repräsentativen Befragungen quantitativ abgesichert und validiert wurden.

Online-Fokusgruppen

Um eine themenspezifische Perspektive auf ausgewählte Themen und Aufgabenbereiche des BMUKN zu erhalten, wurden fünfmal je sechs und einmal vier Fokusgruppen durchgeführt. Die Teilnehmenden der vier Fokusgruppen nahmen zuvor an einer einwöchigen Online-Community teil, um Einblicke in ihr Mediennutzungsverhalten und mögliche thematische Zugänge zu erhalten. Alle Fokusgruppen wurden jeweils als Online-Fokusgruppen mit sechs bis acht Teilnehmenden pro Gruppe und einer Länge von jeweils 120 Minuten durchgeführt. Die Teilnehmenden stellten eine breite gesellschaftliche Mischung nach soziodemografischen und sozioökonomischen Faktoren dar. Zusätzlich wurden die Gruppen nach Segmentzugehörigkeit rekrutiert, um Segmentunterschiede herausarbeiten zu können.

Leitfäden strukturierten die Diskussionen und stellten sicher, dass alle relevanten Themen, Einstellungen und Verhaltensweisen erfasst wurden und die Befragungsdaten im Anschluss systematisch und intersubjektiv nachvollziehbar ausgewertet werden konnten. Gleichzeitig bot der qualitative, explorative Ansatz die Freiheit für gezielte Nachfragen und die Möglichkeit, auf neue Erkenntnisse einzugehen. Die Fokusgruppen wurden von Forscher/innen von pollytix moderiert. Mit Hilfe der Fokusgruppen wurde eine tiefergehende Diskussion von Themen ermöglicht, die es erlaubt hat, polarisierende Themen zu identifizieren, Konfliktlinien offenzulegen, Argumentationsketten zu verstehen sowie Verständnis und Überzeugungskraft unterschiedlicher Ansätze zu testen.

Quantitative Erhebung

Um die qualitativen Erkenntnisse aus den Fokusgruppen und der Online-Community quantitativ zu validieren, wurde zweimal eine bundesweite repräsentative telefonische Befragung durchgeführt. Gewählt wurde ein Dual-Frame-Ansatz mit einem Anteil von 60 Prozent Festnetz- und 40 Prozent Mobilfunknummern, welche zufällig nach ADM-Stichprobendesign gezogen wurden. Die Grundgesamtheit der Befragung bildete die wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland. Befragt wurden in jeder Erhebung 1.500 Personen. Die maximale Fehlertoleranz für $n=1500$ Befragte liegt bei einem 95%-Konfidenzintervall bei $\pm 2,53$ Prozentpunkten. Zur Gewährleistung der Repräsentativität wurden die erhobenen Daten gemäß amtlicher Statistik gewichtet. Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei beiden Erhebungen bei 20 Minuten. Neben soziodemografischen Merkmalen wurden Einstellungen und Bewertungen zu Klima-, Umwelt- und Natur erhoben. Ein weiterer Befragungsschwerpunkt lag auf der Segmentierung der Bevölkerung, um die Ergebnisse für eine zielgerichtete Ausgestaltung von Maßnahmen, sowie Kommunikation dieser segmentspezifisch auszuwerten. Diese repräsentativen Befragungen lieferten konkrete und belastbare Zahlen über die Verbreitung umweltpolitischer Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung und ermöglichten die Quantifizierung. Durch die beiden vorherigen Projekte und die zweifache Erhebung ließen sich einige Fragen langfristig tracken und Veränderungen im Zeitverlauf abbilden und nachvollziehen.

Anschlussfähigkeit, Weiterverwendung und Veröffentlichung

Die im Vorgängerprojekt entwickelte und im Januar 2024 veröffentlichte gesellschaftspolitische Segmentierung wird inzwischen auch von anderen Akteuren im Bereich der Klima-, Umwelt- und Naturschutzkommunikation genutzt. Es ist davon auszugehen, dass die definierten Ansprachesegmente bereits in weiteren Projekten als Grundlage für zielgruppenorientierte Analysen und Kommunikationsstrategien dienen. Bekannt ist beispielsweise, dass die Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen auf Basis dieser Segmentierung untersucht hat, wie insbesondere die gesellschaftliche Mitte für Klima- und Umweltthemen gewonnen werden kann. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass Forschungseinrichtungen, Thinktanks sowie zivilgesellschaftliche und politische Akteure die Segmentierung nach Veröffentlichung der vorliegenden Studie weiter nutzen und fortentwickeln werden.

2. Segmentierung der Bevölkerung

Für das Forschungsprojekt wurde die von pollytix am konkreten Forschungsgegenstand der Umwelt- und Klimaschutzpolitik erarbeitete gesellschaftspolitische Segmentierung für das BMUKN repliziert. Der vorliegende Abschlussbericht bezieht sich auf quantitative und qualitative Forschungsdaten aus den Jahren 2023 – 2025, für die quantitative Darstellung der Segmente werden jedoch auch Daten aus vorhergehenden Forschungsprojekten einbezogen. Zentrale und segmentbildende Faktoren sind zum einen das Problembewusstsein für Umwelt- und Klimaschutz: „Wie groß schätze ich das Problem ein und wie dringend muss meiner Auffassung nach dagegen vorgegangen werden?“ Und zum anderen die Ressourcenausstattung: „Inwiefern kann ich mich mit dem Thema auseinandersetzen?“ Dabei werden sowohl finanzielle als auch zeitliche Ressourcen u.a. berücksichtigt – sie bilden gemeinsam die Ressourcendimension ab. Aus der Kombination der Problembewusstseins- und der Ressourcendimension lassen sich sechs Segmente ermitteln, die unterschiedliche Einstellungen und Zugänge zu Umwelt- und Naturschutzpolitik aufweisen und daher unterschiedliche Bedarfe in Bezug auf politische Maßnahmen haben, sowie auf unterschiedliche Art bei der Kommunikation angesprochen werden müssen. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden die drei Segmente *Aktivierbare Optimistische*, *Kostenbewusste Pragmatische* und *Prekäre Überzeugte* als Segmente mit besonderem Interesse für das BMUKN definiert.

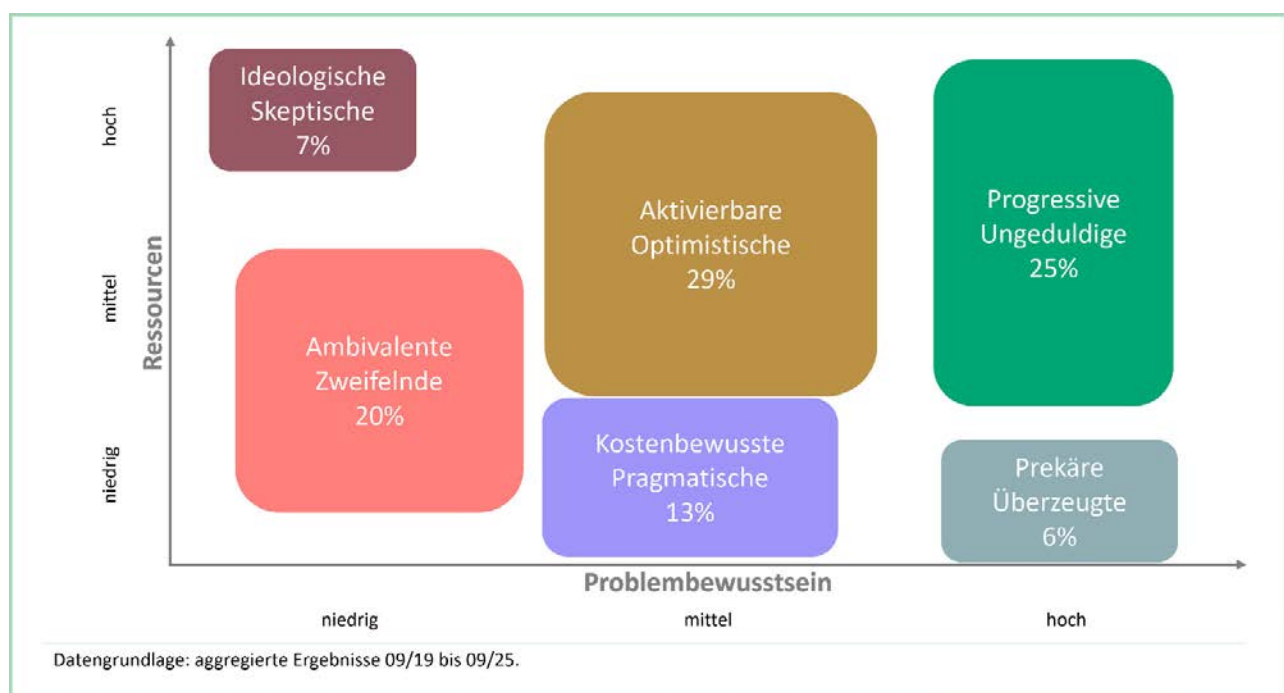


Abbildung 1: Segmentübersicht.

Da bei der Segmentierung eine einstellungsbasierte Dimension miteinbezogen wurde, handelt es sich nicht um starre Konstrukte. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Segmentgröße basierend auf 18.000 im Zeitraum von September 2019 bis September 2025 durchgeführten Interviews.

Nachfolgend werden die Segmente – in Reihenfolge ihres Problembewusstseins, beginnend mit dem Segment mit dem geringsten Problembewusstsein – beschrieben. Die Erkenntnisse bauen auf den zwei

vorherigen Studien auf und stützen sich sowohl auf die durchgeführten Fokusgruppen als auch auf quantitative Daten des aktuellen Forschungsvorhabens. Die Segmente sind als Prototypen zu verstehen und werden hier als solche skizziert. Nicht alle Personen eines Segments entsprechen exakt der Beschreibung. Die unterschiedlichen Personengruppen sind in der realen Welt nicht trennscharf, unterschiedliche Gruppen können sich überschneiden.

2.1 Ideologische Skeptische

Ideologische Skeptische sind prototypisch gut situiert, älter und männlich. Dieses Segment weist den höchsten Altersdurchschnitt, auch das Einkommensniveau und die Akademiker/innenquote sind im Vergleich am höchsten. Stressfaktoren wie finanzieller Druck und zeitlichen Stress kennen sie kaum. Die *Ideologischen Skeptischen* leben im Vergleich etwas häufiger in ländlichen Regionen und etwas häufiger in Ostdeutschland.

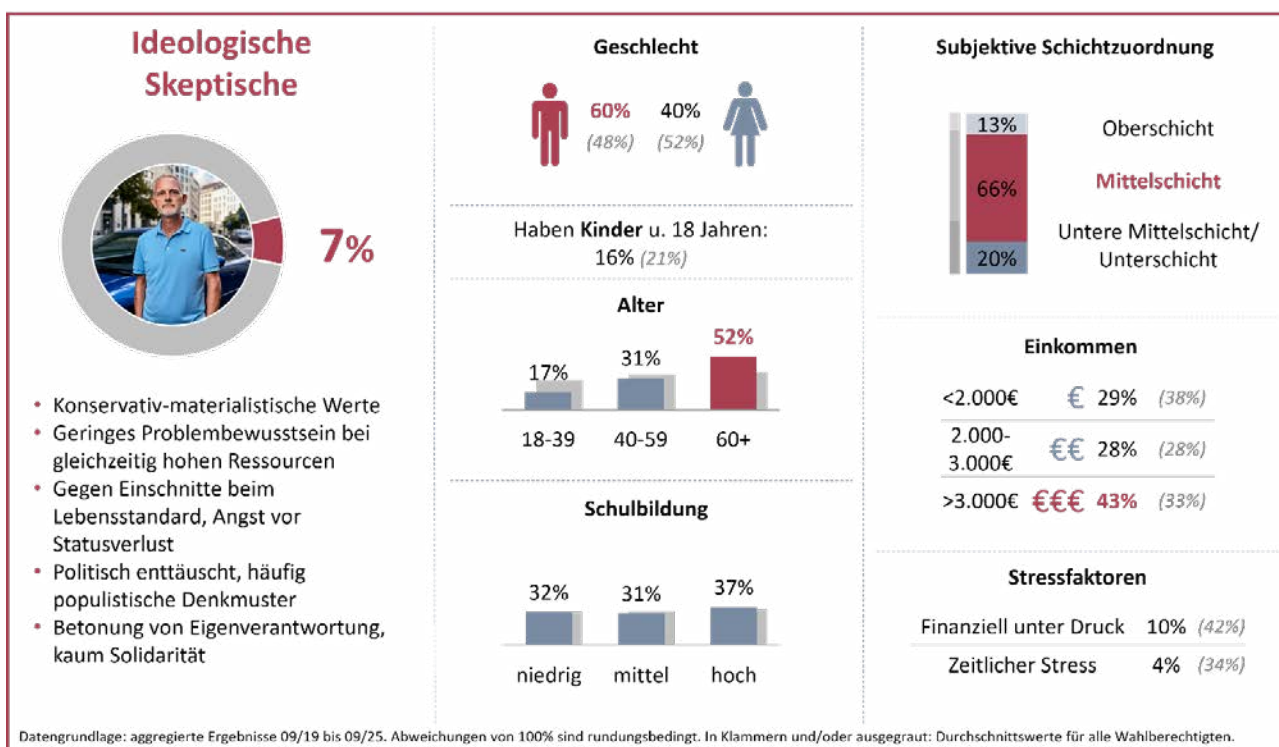


Abbildung 2: Segmentprofil Ideologische Skeptische.

Sie vertreten vor allem konservative und materialistische Werte. Der Fokus liegt auf Familie, Sicherheit, Stabilität und dem eigenen Wohlstand. Statussymbole sind *Ideologischen Skeptischen* wichtig. Ihre Angst vor Statusverlust ist prägend und eine Ablehnung von möglichen Einschnitten beim eigenen Lebensstandard ist deutlich spürbar. Kritischer Konsum ist für sie „Hippie-Quatsch“. Sie pochen auf Eigenverantwortung und vertreten ein libertäres Verständnis von Freiheit. Konzepte wie (gesellschaftliche) Solidarität werden von ihnen kaum geteilt. Entsprechend ihrer „Einzelkämpfermentalität“ haben sie Vertrauen vor allem in sich selbst.

Viele *Ideologische Skeptische* sind ohne politisches Vertrauen und enttäuscht von politischen Entscheidungen, die nicht ihren Überzeugungen entsprochen haben (beispielsweise in der Corona-Politik, in der Migrationspolitik, aber auch in der Klima- und Umweltpolitik). Sie zeigen aber recht großes Interesse an politischen Geschehnissen, wobei (rechts-)populistische Denkmuster ihre politischen Einstellungen und Argumentationsmuster kennzeichnen.

Im Bereich der Mediennutzung variiert das Verhalten in diesem Segment. Einige *Ideologische Skeptische* informieren sich aktiv und intensiv über Social Media, Google, (über-)regionale Zeitungen und Fernsehen, während andere Nachrichten lediglich nebenbei konsumieren, etwa vor der Lieblings-TV-Sendung oder im Radio. Die gut Informierten betrachten sich selbst als informiert(er) und überlegen gegenüber Personen mit anderen - ihrer Ansicht nach als „Mainstream“ zu bezeichnenden - Meinungen. Ein geringes Medienvertrauen, besonders gegenüber „Mainstream-Medien“, führt bei *Ideologischen Skeptischen* mitunter zum bewussten Konsum „alternativer Medien“, teils mit Verschwörungsnähe, die Komplexität reduzieren und zusätzliche Realitätsangebote liefern.

Natur wird von diesem Segment positiv als Ort der Ruhe und Erholung betrachtet. Natur gilt als Existenzbedingung für den Menschen und als zentral für Lebensqualität und Gesundheit. Ihrer Ansicht nach sollte die Natur sauber und „geordnet“ hinterlassen werden – damit man sie selbst genießen kann. Beim Klimawandel zweifeln *Ideologische Skeptische* häufig am menschlichen Einfluss. Klimaschutz ist für sie „ideologisch“ vorangetriebener Wohlstandsverlust und Deindustrialisierung. Klimaneutralität als Ziel erfährt von ihnen in der Regel Ablehnung. Für Anpassungsmaßnahmen an Extremwetter zeigen sie Offenheit als Bestandteil des Bevölkerungsschutzes, nicht als Maßnahme für den Schutz vor den Folgen des Klimawandels.

Das zumindest hinsichtlich des Naturschutzes vorhandene Problembewusstsein übersetzt sich nicht in einen großen Handlungsdruck. Dazu werden verschiedene Legitimationsstrategien argumentativ herangezogen, darunter die fehlende Selbstwirksamkeit, der Glaube, dass der „kleine Mann“ nichts bewegen kann, und der Vergleich mit anderen Ländern, die weniger Naturschutz praktizieren. Auf mögliche Verbote reagieren sie sehr ablehnend – schon das Wort „Verbot“ triggert starke Reaktanz. Eine finanzielle Mehrbelastung zugunsten von Klima-, Umwelt- und Naturschutz kommt für sie nicht in Frage, auch wenn sie selbst finanziell wohlsituiert sind. Jegliche Maßnahmen lehnen sie stärker ab als alle anderen Segmente. Besonders Vorschläge, die auf Verzicht oder Einschränkungen abzielen, stoßen bei diesem Segment auf Widerstand. Der Staat solle sich aus ihrem Leben raushalten, dürfe die Bürger/innen weder einschränken noch bevormunden.

2.2 Ambivalente Zweifelnde

Das Segment der *Ambivalenten Zweifelnden* ist das jüngste der Segmente und der Anteil an Eltern mit Kindern unter 18 Jahren im Segmentvergleich am höchsten. Bildungsniveau und Einkommen liegen etwas unter dem Durchschnitt. Fast zwei Drittel fühlen sich finanziell unter Druck. Auch zeitlicher Stress ist für die Mehrheit ein Problem.

Die *Ambivalenten Zweifelnden* zeichnen sich durch eher konservative Werte und Einstellungen aus, mit einer tiefen Wertschätzung für Familie und Heimat. Generell weisen sie einen eher ablehnenden und skeptischen Habitus auf. Neues oder Veränderungen werden erst einmal skeptisch beäugt, an Altbewährtem wird festgehalten, da häufig das diffuse Gefühl vorherrscht, dass „früher vieles besser war“. Sie sind traditionell verankert und lokal engagiert in Vereinen, Organisationen und Kirchen, was ihr Bedürfnis nach Zusammenhalt und Selbstwirksamkeit widerspiegelt. Sie schätzen Anerkennung und Wertschätzung. Sicherheit spielt eine große Rolle in ihrem Leben.

Das Vertrauen der *Ambivalenten Zweifelnden* in die Politik ist gering. Sie sind überwiegend politikverdrossen und fühlen sich „von denen da oben“ nicht repräsentiert. Vereinzelt zeigen sie auch ein autoritäres Staatsverständnis. Häufig wird die Ansicht vertreten, dass Politik von Wirtschaft gelenkt sei.

In Bezug auf Mediennutzung zeigen sie ein politisches Informationsverhalten, das durch eine Mischung aus traditionellen und modernen Medien gekennzeichnet ist. Sie schätzen beispielsweise Sat1-Frühstücksfernsehen für die morgendliche Routine und nutzen Apps wie die der Tagesschau für einen schnellen Überblick. Politisches Interesse ist in diesem Segment durchschnittlich vorhanden und es wird dazu der Austausch mit Familie, Freund/innen und Kolleg/innen gesucht. Dieser Austausch dient eher dazu, Frust und Unmut kundzutun. Gegenüber medial vermittelten Bedrohungsszenarien, egal ob den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder Klimawandel betreffend, sind sie grundsätzlich skeptisch.

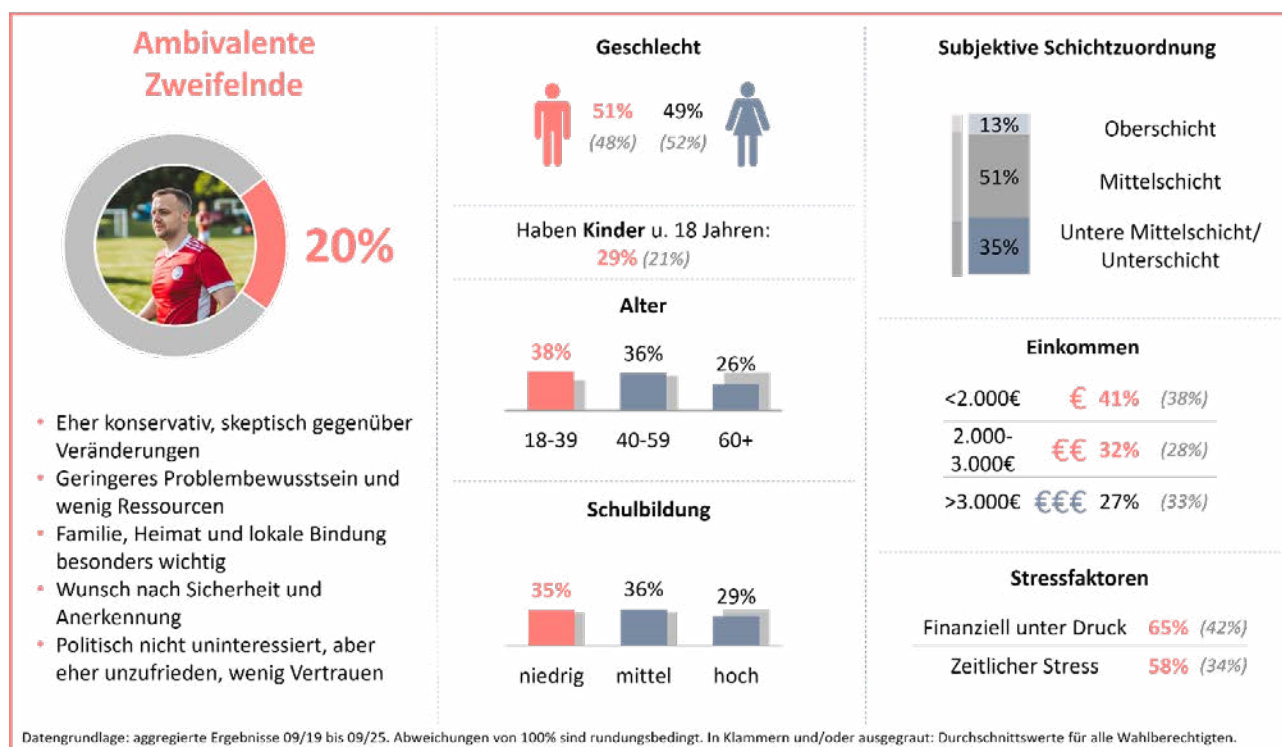


Abbildung 3: Segmentprofil Ambivalente Zweifelnde.

Umwelt und Natur nehmen einen hohen Stellenwert im Leben der *Ambivalenten Zweifelnden* ein. Natur wird mit Heimatgefühl und positiven Kindheitserinnerungen assoziiert. Die *Ambivalenten Zweifelnden* legen Wert darauf, diese Erfahrungen an ihre Kinder weiterzugeben. Natur sehen sie als Chance, Verantwortung zu lernen und Selbstwirksamkeit zu erleben. Trotz des positiven Verhältnisses zu Natur reduzieren sie das Ausmaß von Naturschutzproblemen vor allem auf Müllproblematik und Verschmutzung. Sie sind darüber hinaus der Meinung, dass ihre eigene Region und Heimat gegenwärtig wenig betroffen seien. Generell werde der Zustand von Umwelt und Natur medial und politisch schlimmer dargestellt als es der Realität entspreche. Hinsichtlich des Klimawandels zeigt sich das Segment gespalten. Einige zweifeln am menschengemachten Klimawandel, andere erkennen diesen zwar an, aber sehen wenig Handlungsnotwendigkeit und -möglichkeit. Klimaneutralität halten sie für ein unrealistisches Ziel und für einen Wettbewerbsnachteil, da sie den Eindruck haben, nur Deutschland oder die EU verfolge dieses Ziel, während andere Länder darauf keine Rücksicht nähmen. Konkrete klimapolitische Maßnahmen werten sie meist entweder als wirkungslos oder als widersprüchlich. Vor individuellen finanziellen Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen haben sie angesichts ihrer geringen bis mittleren Ressourcenausstattung Sorge.

Häufig diene Klima- und Umweltschutz in ihrer Wahrnehmung dazu, Menschen wie ihnen einen moralischen Zeigefinger vorzuhalten; zudem werde Klima- und Umweltschutz politisch instrumentalisiert. Generelle Akzeptanz – zumindest für Naturschutzmaßnahmen – ist bei ihnen gegeben, solange ihr Lebensstil (Auto und Eigenheim) nicht infrage gestellt wird. Einschränkungen werten sie schnell als Gängelung. „Kleinere“ Einschränkungen stoßen dann auf Akzeptanz, wenn sie zudem Sicherheit herstellen und die Heimatschützen.

2.3 Kostenbewusste Pragmatische

Kostenbewusste Pragmatische sind häufig weiblich und mittleren Alters. Das Bildungsniveau ist eher niedrig bis durchschnittlich, der Anteil an Akademiker/innen unterdurchschnittlich. Der Großteil von ihnen verortet sich selbst in der unteren Mittelschicht oder Unterschicht. Sie verfügen mehrheitlich über ein geringes Einkommen und fühlen sich entsprechend häufig finanziell unter Druck. Die meisten *Kostenbewussten Pragmatischen* empfinden zudem auch zeitlichen Stress. Dieser Ressourcenmangel limitiert ihre Anpassungsfähigkeit. Sie haben eine gewisse Veränderungsbereitschaft, wenn diese ihre Situation nicht zu überfordern droht. *Kostenbewusste Pragmatische* sind bereits beruflich und familiär oft stark gefordert und blicken mitunter auch auf einen weniger geradlinigen Lebenslauf zurück. Sie sorgen sich um ihre Zukunft, ihre Absicherung im Alter, und wenden sich oft Hobbys zu, die als gewünschter Gegenpol zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation und verbundenen Sorgen interpretiert werden kann.

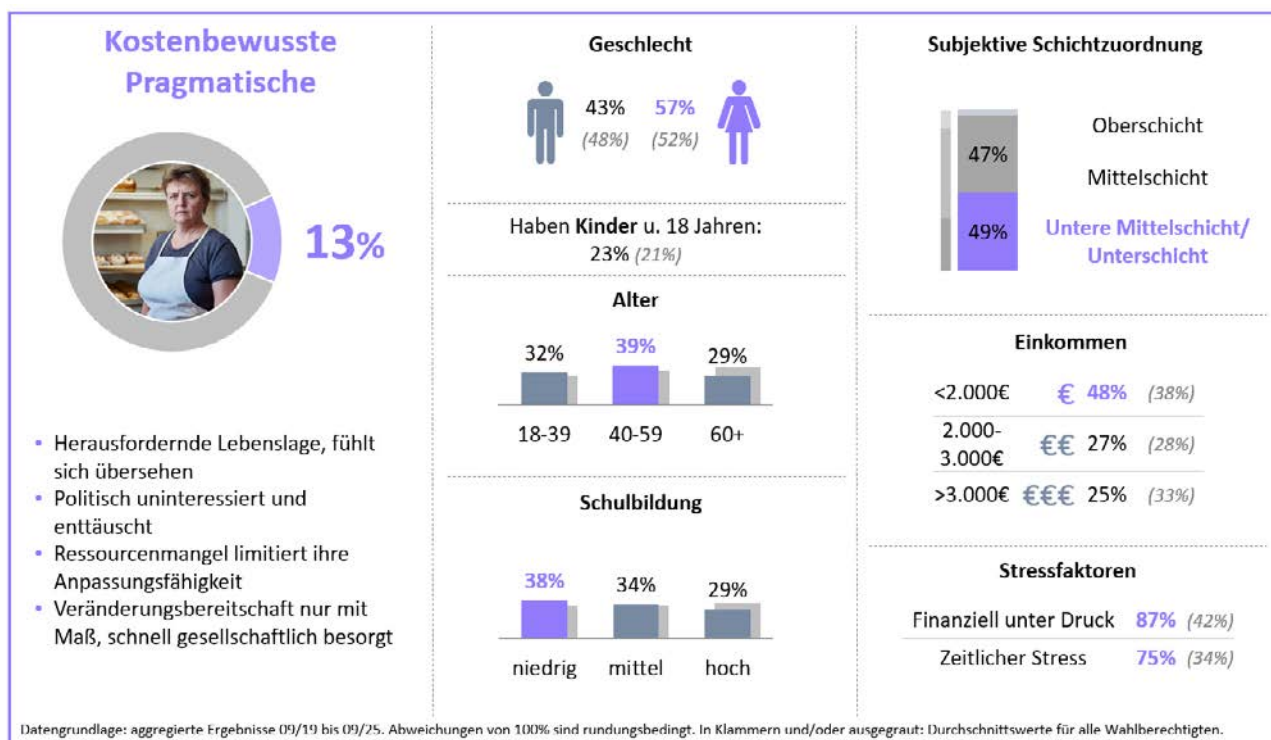


Abbildung 4: Segmentprofil Kostenbewusste Pragmatische.

Politisch sind sie meist uninteressiert oder enttäuscht, ein geringes Vertrauen in politische Prozesse ist in diesem Segment weit verbreitet. Sie fühlen sich oft übersehen und wünschen sich von der Politik mehr Unterstützung und Anerkennung für ihre Leistungen. Mitunter neigen auch sie zu populistischen Ansichten, getrieben von einem pessimistischen Blick auf die Zukunft und Sorgen über Klimawandel, Krieg, Migration, Kriminalität, Inflation, hohe Mieten und Altersarmut.

In Sachen Mediennutzung konsumieren sie vorwiegend Unterhaltungsangebote wie Frühstücksfernsehen, Radio, Instagram, TikTok, YouTube und Facebook. Ihr Interesse gilt dabei vornehmlich den Schlagzeilen und Titelseiten. Sie ziehen private Fernsehsender wie RTL den öffentlich-rechtlichen Sendern vor. Ein Misstrauen gegenüber klassischen Medien ist innerhalb des Segments durchaus verbreitet. Einige

Kostenbewusste Pragmatische sind anfällig für Desinformation. In ihrem sozialen Umfeld findet nur wenig politischer Austausch statt.

Natur ist für *Kostenbewusste Pragmatische* häufig positiv besetzt, auch wenn die Alltagsrelevanz meist gering ist. Umweltfreundliches Verhalten erfolgt meist aus Kostengründen, nicht aus Überzeugung (bspw. Heiz- und Stromkosten sparen, Autonutzung reduzieren). Ein Bewusstsein für Umweltprobleme ist vorhanden, oft verbunden mit der Assoziation von Bedrohung. Trotz des Bewusstseins für Umweltprobleme relativieren sie die Situation in Deutschland oft unter Bezugnahme auf andere Regionen, wo es „viel schlimmer“ sei. Ihr Fokus liegt stark auf Themen wie Müll und Fleischkonsum, wobei sie den wahrgenommenen „moralischen Zeigefinger“ ablehnen. Die Folgen des Klimawandels nehmen sie im eigenen Alltag wahr, vor allem in Bezug auf Hitze und Extremwetter, aber an der Umsetzbarkeit und Wirksamkeit von Klimaschutz haben sie zugleich Zweifel. Klimaneutralität akzeptieren sie als Ziel, sie haben aber die klare Erwartungshaltung: Klimaschutz darf nicht zulasten „der kleinen Leute“ erfolgen. Eine faire Kostenverteilung ist entscheidend für die Akzeptanz.

2.4 Aktivierbare Optimistische

Mit einem Anteil von 29 Prozent bilden *Aktivierbare Optimistische* das größte Segment. *Aktivierbare Optimistische* verorten sich selbst klassischerweise in der Mittelschicht. Sie sind eher älter, leicht überdurchschnittlich gebildet und haben kaum finanzielle Sorgen.

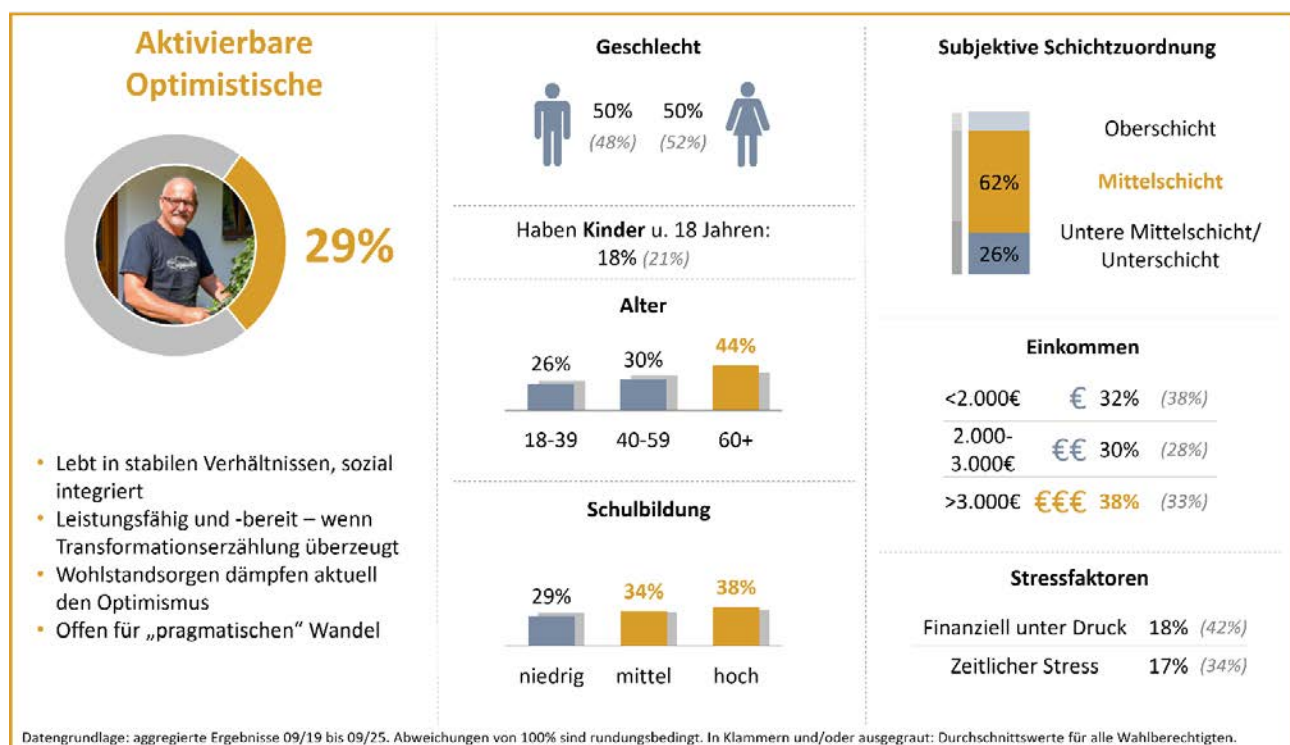


Abbildung 5: Segmentprofil Aktivierbare Optimistische.

Aktivierbare Optimistische sind häufig Menschen, die ihrem Selbstverständnis nach in ihrem Leben etwas erreicht haben und dies auch anhand ihres Status und materieller Werte, wie dem Besitz eines Eigenheims, messen. Sie sind im Allgemeinen zufrieden mit ihrem Leben und ihrer hohen Lebensqualität, Wohlstandssorgen dämpfen gegenwärtig aber ihren ursprünglichen Optimismus. Sie sind gut vernetzt in Gemeinschaften wie Schützen- und Jagdvereinen, Feuerwehren, Reitvereinen und Gewerkschaften. *Aktivierbare Optimistische* haben grundsätzlich Vertrauen in den Staat und Demokratie, sind mit Politik gegenwärtig aber unzufrieden. Sicherheit und Zusammenhalt sind ihnen wichtig. Sie wünschen sich politisch Orientierung und Erwartungssicherheit. Wenn die Vermittlung des Weges hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft diesem Wunsch Rechnung trägt und überzeugt, sind sie leistungsfähig und leistungsbereit für einen „pragmatischen“ Wandel.

Aktivierbare Optimistische sind tendenziell politisch gut informiert und haben den bewussten Willen, es auch zu bleiben. Nachrichtenkonsum wird in den strukturierten Alltag integriert, beispielsweise durch Radio-hören morgens im Bad beim Duschen, Podcasts während der Gartenarbeit oder im Auto. Sie nutzen Regionalzeitungen und digitale Newsplattformen, sind aber auch auf sozialen Medien aktiv, wobei sie dort eine gewisse Sorge vor Desinformation haben. Diskussionen mit anderen Menschen sind ihnen wichtig, und sie positionieren sich gegenüber Kolleg/innen teils vorsichtig, teils kontrovers. Ihre Themenagenda ist oft berufs- und alltagsbezogen und umfasst Bereiche wie Energiewende, Inflation, Energiesicherheit, Verteidigung, Wirtschaft und Digitalisierung.

Aktivierbare Optimistische verbringen viel Zeit im Freien, sei es bei der Gartenarbeit, im Urlaub oder beim Sport. Wenn der strukturierte Alltag wenig Raum dafür lässt, so finden Wochenendaktivitäten oft in der Natur statt. Die Natur bietet ihnen ein Gefühl der Freiheit und dient als Ausgleich, um zur Ruhe zu kommen und Kraft zu schöpfen. Obwohl sie keinen spezifischen Fokus auf Umwelt- und Naturthemen haben, sind sie diesen gegenüber aufgeschlossen und interessieren sich für Dokumentationen, Artikel und Berichte.

Sie sind bereit, für Klima- und Umweltschutz Verantwortung zu übernehmen, solange diese pragmatisch und effektiv erscheint. Auch bei individuellen Mehrbelastungen sind sie bereit, bis zu einem gewissen Maße mitzugehen, reagieren aber mit Unmut auf Maßnahmen, die mit Verzicht verbunden sind. Bereits gemachte positive Erfahrungen mit Förderungen beispielsweise für Wärmepumpen oder Photovoltaik erhöhen ihre Akzeptanz. Klimaneutralität als Ziel tragen sie mit, zweifeln aktuell aber an der Umsetzung, Effektivität und Planbarkeit. Gute Argumentation kann sie überzeugen, etwa bei Themen wie Tempolimit und E-Mobilität oder der eigenen Gesundheit; das gilt auch für Klima- und Umweltschutz, wenn er in einen größeren Gesamtrahmen eingebettet ist und nicht als erratische Einzelmaßnahme wahrgenommen wird. Zusätzlich ist es diesem Segment ausgesprochen wichtig, dass deutsche politische Maßnahmen in einem globalen Kontext abgesprochen und in diesen eingebettet sind.

2.5 Prekäre Überzeugte

Die *Prekären Überzeugten* sind das kleinste Segment. Es ist überwiegend weiblich und mittleren Alters. Ein Viertel der *Prekären Überzeugten* hat Kinder unter 18 Jahren. Sie fühlen sich mehrheitlich der unteren Mittelschicht oder Unterschicht zugehörig. Das Bildungsniveau ist durchschnittlich, das Einkommen unter dem Durchschnitt. Fast zwei Drittel verfügen über weniger als 2.000 Euro monatlich.

Prekäre Überzeugte sind im Alltag großen Belastungen ausgesetzt. Einige stehen nicht nur finanziell schlechter da, sondern sind von Existenz- und/oder Zukunftssorgen bedrückt, während andere gesundheitliche Probleme oder stressige Arbeitsbedingungen haben. Diese Herausforderungen lassen ihnen wenig Zeit und emotionale Kapazität, sich mit politischen oder gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit sind ihnen aber eine Herzensangelegenheit.

Neben Klimaschutz ist vor allem soziale Gerechtigkeit ein brennendes und wichtiges Zukunftsthema für *Prekäre Überzeugte*. Hier sehen sie Deutschland als aus dem Gleichgewicht geraten und versuchen zum Teil eigenständig zu kompensieren, wo der Staat sie selbst und ihre Mitbürger/innen aus ihrer Sicht im Stich lässt. Trotz der häufig großen persönlichen Belastung opfern sie sich für ihre Mitmenschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf und engagieren sich informell: Sie pflegen Angehörige, kümmern sich häufiger als andere Segmente alleine um die Erziehungsarbeit und erledigen für ältere Nachbar/innen die Einkäufe. Die *Prekären Überzeugten* wünschen sich vom Staat mehr Aktivität in diesen Bereichen und mehr Wertschätzung für den von ihnen geleisteten Beitrag.

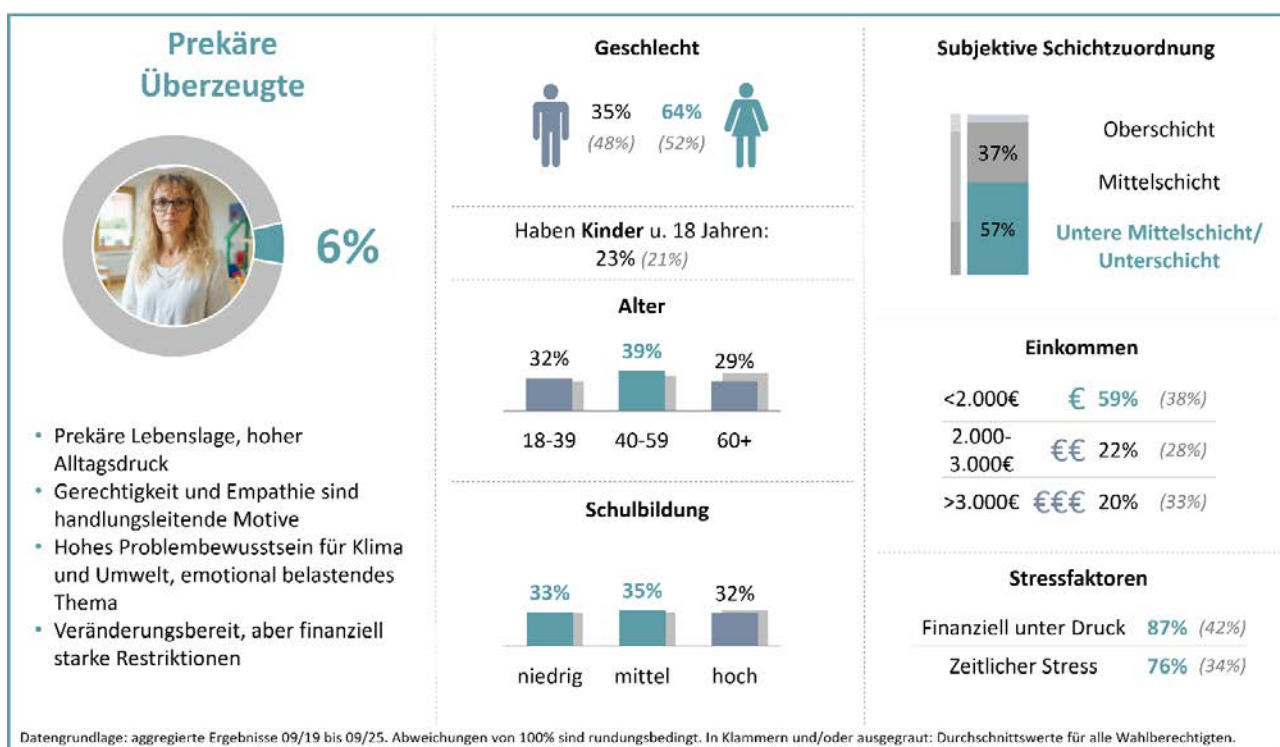


Abbildung 6: Segmentprofil Prekäre Überzeugte.

In puncto Mediennutzung mangelt es ihnen häufig an Zeit, sich ausführlicher zu informieren. Informationen werden eher nebenbei aufgenommen, zum Beispiel über Instagram, Newsletter oder Podcasts. Einige sind dennoch gut informiert, indem sie regelmäßig Zeitungen lesen oder Nachrichten schauen. Andere meiden Nachrichten, da sie diese als negativ und zu belastend empfinden. Es besteht aber insgesamt ein generelles Interesse an gesellschaftlichen und politischen Themen wie Wohnen, öffentlicher Nahverkehr und soziale Gerechtigkeit sowie an Umwelt- und Naturthemen.

Umwelt und Natur sehen *Prekäre Überzeugte* als wertvoll und schützenswert an und nutzen sie als Ausgleich zum stressigen Alltag. Hobbys wie Radfahren oder Wandern finden oft in der Natur statt. Das Problembewusstsein für den schlechten Zustand der Umwelt und den fortschreitenden Klimawandel ist stark ausgeprägt, und es besteht ein starkes Verantwortungsgefühl gegenüber künftigen Generationen. Klima- und Umweltschutz wird von ihnen häufig individualisiert, wobei sie ihr Handeln moralisch bewerten und sich für nicht nachhaltiges Verhalten, wie die Nutzung eines Autos, rechtfertigen. Sie versuchen, Nachhaltigkeit im Alltag umzusetzen, haben aber den Eindruck, dass nachhaltiges Verhalten oft teuer und zeitintensiv ist, und bevorzugen deshalb kleine Schritte. Manchmal führt auch der finanzielle Druck zu nachhaltigeren Handlungen wie reduziertem Konsum. Vor weiteren finanziellen Belastungen haben sie angesichts ihrer geringen Ressourcenausstattung Sorge. Sie fordern die Schaffung von Strukturen und Rahmenbedingungen, die es allen ermöglicht, nachhaltiger zu leben. Ihr Gerechtigkeitsinn darf dabei nicht verletzt werden und finanzielle Belastung das für sie Machbare nicht überschreiten.

2.6 Progressive Ungeduldige

Rund ein Viertel der Bevölkerung fällt in das Segment der *Progressiven Ungeduldigen*. *Progressive Ungeduldige* sind etwas häufiger weiblich, älter und haben eine formal höhere Bildung. Sie leben häufiger als der Bundesdurchschnitt in Westdeutschland und im urbanen Raum. Das Einkommensniveau ist durchschnittlich, finanzielle Sorgen sind nur selten vorhanden. Auch zeitlicher Stress plagt die *Progressiven Ungeduldigen* kaum. *Progressive Ungeduldige* haben einen überwiegend geregelten Alltag und sind eng eingebunden in Familie, Beruf, Sozialleben und Hobbys.

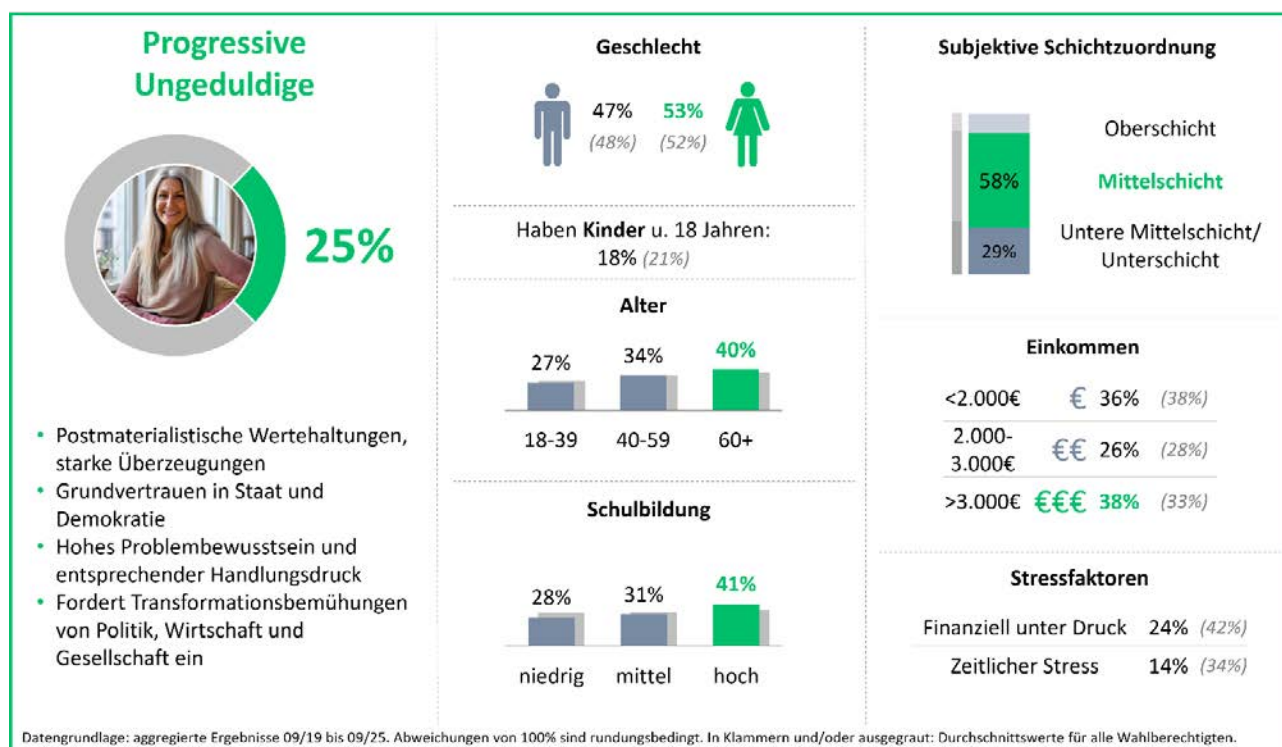


Abbildung 7: Segmentprofil Progressive Ungeduldige.

Progressive Ungeduldige sind häufig ehrenamtlich engagiert und haben eine postmaterialistische Einstellung, bei der Demokratie und Werte wie Gleichberechtigung, Solidarität und Empathie gegenüber anderen Menschen, Tieren und Natur hochgeschätzt werden. Erlebnisse sind ihnen wichtiger als materieller Besitz. Sie unternehmen lieber eine Reise als in ein neues Auto zu investieren. Sie fühlen sich selbstwirksam und sind mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Bei den *Progressiven Ungeduldigen* ist ein Grundvertrauen in Staat und Regierung vorhanden. Sie stellen jedoch zugleich hohe Ansprüche an Staat und Regierung. Sie haben zwar privat wenig Sorgen und Belastungen, sind jedoch besorgt um die Zukunft der Gesellschaft und des Planeten, vor allem in Bezug auf Themen wie Rechtspopulismus, Krieg, Klimawandel und Umweltzerstörung.

In Bezug auf ihre Mediennutzung informieren sie sich breit und nutzen eine Vielzahl von Quellen, von Tageszeitungen in Print und Online (wie Spiegel, Zeit oder Süddeutsche) über Newsletter bis hin zu öffentlich-rechtlichen Medien und gezielter Recherche im Internet. Umwelt, Natur und Klima sind für sie relevante und interessante Themen, über die sie sehr gut informiert sind. In Diskussionen treten sie meynungsstark und diskussionsfreudig auf und versuchen gerne andere von ihrer Meinung zu überzeugen. Aufgrund einer als aufreibend empfundenen gesellschaftlichen Polarisierung neigen sie in den letzten Jahren aber immer stärker dazu, sich zurückzunehmen und aus Diskussionen zurückzuziehen, wenn sie auf einen gesellschaftlichen Diskurs treffen, in dem gänzlich andere Meinungen zu dominant erscheinen.

Die *Progressiven Ungeduldigen* haben im Alltag häufig große Berührungspunkte mit der Natur und gehen bewusst mit ihr um. Sie besitzen umfangreiches Wissen zu Umwelt- und Naturschutz. Nachhaltigkeit und Verantwortung sind wichtige Konzepte in ihrer Lebenswelt; sie implementieren diese im Alltag durch umweltbewusstes Verhalten bei Ernährung und Konsum. Generell neigen sie eher zu Konsumkritik und versuchen, materielle Dinge zu reduzieren. Beim Einkauf achten sie auf biologisch produzierte Lebensmittel und nachhaltig produzierte Kleidung, geben dafür gerne mehr Geld aus und verzichten dafür auf anderes. Reisen – und das damit für sie verbundene Eintauchen in neue Kulturen – ist für sie Leidenschaft und Hobby. Ihnen würde es sehr schwerfallen, gänzlich darauf zu verzichten, aber sie versuchen immer häufiger, Flugreisen zu vermeiden und stattdessen auf Zugverkehr auszuweichen, selbst wenn dieser teurer ist. Sie gestalten ihren eigenen Garten naturnah und setzen sich auch in städtischen Gebieten für Lebensqualität ein, beispielsweise durch Kritik an Feinstaubbelastung und fehlendem Stadtgrün.

Ein hohes Problembewusstsein und entsprechender Handlungsdruck für Klima- und Umweltschutz sind prägend für dieses Segment. Die *Progressiven Ungeduldigen* neigen in Diskussionen dazu, Umwelt- und Naturschutz zu individualisieren und limitierte Ressourcen anderer Segmente nicht mitzudenken, fordern aber grundsätzlich von Politik und Wirtschaft größere und schnellere Transformationsbemühungen, die sozial gerecht gestaltet sein müssen. Dazu gehört für sie, dass Politik auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen habe. Klimaneutralität betrachten sie als zwingend notwendig, Deutschlands Ziele gehen ihnen meist nicht schnell und weit genug. *Progressive Ungeduldige* sind selbst bereit, Maßnahmen, deren Sinnhaftigkeit sie nachvollziehen können, mitzutragen.

3. Gegenwärtige gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen

Kommunikation und Vermittlung von Klima- und Umweltschutz sowie der damit verbundenen Maßnahmen und Vorhaben ist immer auch abhängig vom Kontext. Daher wirft der vorliegende Bericht zunächst einen Blick auf die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und beleuchtet die Stimmung der Bürger/innen, ihre priorisierten Themen und relevante gesellschaftliche Verschiebungen.

3.1 Gesellschaftliche und politische Stimmung

Schon in den ersten Fokusgruppen im März 2024 zeigt sich eine überwiegend negative gesellschaftliche Grundstimmung. Sie ist segmentübergreifend von Sorgen, Ängsten und Verunsicherungen geprägt. Viele Teilnehmer/innen lassen zu diesem Zeitpunkt erkennen, von Krisen, Herausforderungen oder gesellschaftlichen wie politischen Veränderungen überlastet zu sein. Fehlende Erwartungssicherheit und verbreiteter Zukunftspessimismus nähren ein Gefühl von Kontrollverlust. Zwar äußern viele Teilnehmer/innen, zu dem Zeitpunkt würde es ihnen persönlich gut gehen, doch um sie herum, so ihr Eindruck, scheint die Welt aus den Fugen zu geraten. Diese allgemeine Unsicherheit überträgt sich auch auf die Bewertung der eigenen Situation, selbst wenn diese zum gegebenen Zeitpunkt von den Teilnehmer/innen noch positiv beschrieben wurde.

Auch die Bewertung von Politik ist in den Fokusgruppen im März 2024 segmentübergreifend negativ. Adressat ist zu diesem Zeitpunkt vor allem die Ampel-Koalition. Die Teilnehmer/innen sind unzufrieden, teilweise auch frustriert, teilweise politikmüde. Über den gesamten Studienzeitraum – auch nach dem Wechsel zur Großen Koalition – ist kein nennenswerter Stimmungsumschwung in den Fokusgruppen zu beobachten. Dennoch lassen sich segmentspezifische Unterschiede zeigen:

Die *Ideologischen Skeptischen und Ambivalenten Zweifelnden* haben wenig bis kein Vertrauen in „die Politik“ allgemein. Sie sprechen sowohl der alten als auch der neuen Bundesregierung die fachliche Qualifikation und Problemlösungskompetenz ab und beschreiben insbesondere die Politik der Ampelkoalition als ideologisch getrieben. Zwar nehmen sie dabei die gesamte damalige Bundesregierung in den Blick, aber insbesondere eine strikte Ablehnung der Grünen fungiert als gemeinsamer Nenner beider Segmente, mitunter stark personifiziert und mit persönlichen Beleidigungen gegenüber Politiker/innen. Politisch unzufrieden sind die *Ideologischen Skeptischen und Ambivalenten Zweifelnden* in nahezu allen Politikbereichen, wobei die Probleme ihrer Ansicht nach oft durch mangelnde Kompetenz im Politikbetrieb selbst begründet sind: Migration und damit assoziierte Kriminalität, Energiepolitik und Klimaschutz, Waffenlieferungen und Ukraineunterstützung, von Genderpolitik bis hin zur Cannabislegalisierung. Auf starke Ablehnung stoßen bei ihnen speziell diejenigen politischen Vorhaben, die ihre eigene Identität, ihr Selbstverständnis und ihre zur gesellschaftlichen Norm erklärten eigenen Werte infrage zu stellen scheinen. Alles, was in den persönlichen Nahbereich eingreift, in denen sich viele als verbliebenen Ort von Stabilität und Sicherheit zurückgezogen haben, wird als direkter Angriff empfunden und ruft starke Reaktanz hervor.

Die beiden Mitte-Segmente – *Aktivierbare Optimistische* sowie *Kostenbewusste Pragmatische* – zeigen sich politisch ebenfalls unzufrieden. In den letzten Jahren seien die Bürger/innen mit zu vielen Heraus-

forderungen und Anpassungsleistungen konfrontiert gewesen, die zu Stress und Druck geführt haben. Beispiele, die angeführt werden, sind steigende Lebenshaltungskosten, zu Beginn des Forschungszeitraums auch die Angst vor einer Eskalation im Konflikt mit Russland. Einige üben Kritik an der Migrationspolitik, wobei deutlich wird, dass dies auch Ausdruck eines Verteilungskonflikts ist. *Kostenbewusste Pragmatische* haben besonders stark das Gefühl, Deutschland entwickle sich in die falsche Richtung - bedingt durch die eigenen knappen Ressourcen ist ihr zentrales Thema die wirtschaftliche Entwicklung. Verteilungskämpfe sind hier stark spürbar. Die *Aktivierbaren Optimistischen* nehmen die gesellschaftliche Entwicklung eher beobachtend wahr – sie sind nicht laut in der Kritik, aber zunehmend verunsichert. Die größte Sorge ist der Verlust von Stabilität: wirtschaftlich, sozial und privat. Dabei entfremden sie sich immer mehr vom Staat und „denen da oben“. *Aktivierbare Optimistische* und *Kostenbewusste Pragmatische* teilen den Eindruck, insbesondere Menschen wie ihnen werde derzeit politisch zu viel zugemutet und abverlangt. Die Herausforderungen und Krisen sehen sie, im Gegensatz zu den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein für Klima- und Umweltveränderungen, nicht als in erster Linie durch die Politik selbst verursacht. Hier zeigen sich aber zwei konträre Tendenzen innerhalb dieser Segmente: Einige kritisieren meinungsstark, die Politik habe aktuelle Krisen „verschlimmert“. Dagegen wenden andere Teilnehmer/innen dieser Segmente ein, dass sie den Umgang der Politik mit den derzeitigen Krisen und Herausforderungen zwar nicht ausnahmslos gut, aber alles in allem eigentlich in Ordnung finden. Sie treten dabei mitunter jedoch weniger meinungsstark auf und vermeiden eine starke Positionierung, weil sie mangels Wissens an ihrer eigenen Urteilsfähigkeit zweifeln. Einig sind sich beide Segmente wiederum in der Einschätzung, die Bundesregierung trage zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Ihre eigene Unsicherheit rühre aus dem Eindruck, die Bundesregierung treffe keine klaren Entscheidungen. Es fehle an Erwartungssicherheit.

Die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* sind politisch enttäuscht. Die *Prekären Überzeugten* fühlen sich dabei ähnlich wie die *Kostenbewussten Pragmatischen* von der Politik vergessen: Politik habe wenig mit dem eigenen Leben zu tun. Steigende Lebenshaltungskosten stellen sie vor große Herausforderungen. Das Zutrauen der *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* in die Bundesregierung ist während des gesamten Zeitraums eher gering. Die politischen Herausforderungen seien aus ihrer Perspektive durchaus lösbar, aber dazu müssten auch „unbequeme Entscheidungen“ getroffen werden, insbesondere hinsichtlich Klimaschutz und Umverteilung. Sie fordern – konträr zu den *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* – Veränderungen und Fortschritt von der Politik ein, aber verbunden mit Kommunikation, die Erwartungssicherheit gibt. Für beide Segmente ist die gesellschaftliche Entwicklung ein Weckruf: Polarisierung, Demokratiegefährdung und der Verlust solidarischer Werte werden als Bedrohungen gesehen. Sie sind nicht nur kritisch, sondern fordern aktives Gegensteuern von der Politik: eine klare Haltung einnehmen, Demokratie schützen, Klima- und Sozialpolitik verbinden. Sie wünschen sich einen handlungsfähigen Staat, der eine aktive Rolle einnimmt – mit durchdachten, sozial gerechten und langfristigen Konzepten. Stillstand wird nicht nur als ineffizient, sondern als politisch gefährlich empfunden.

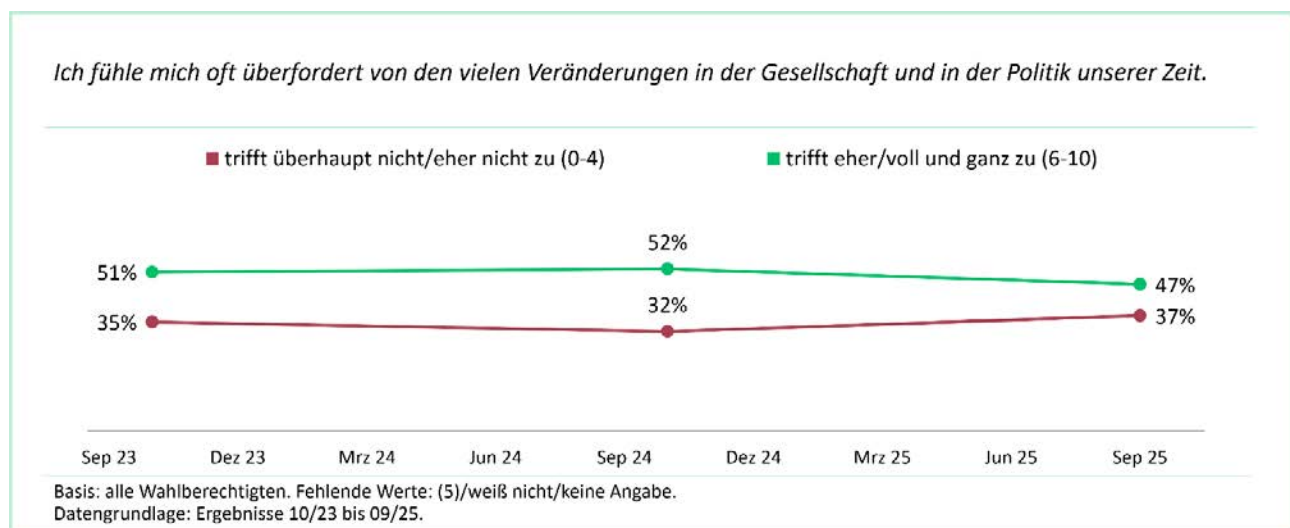
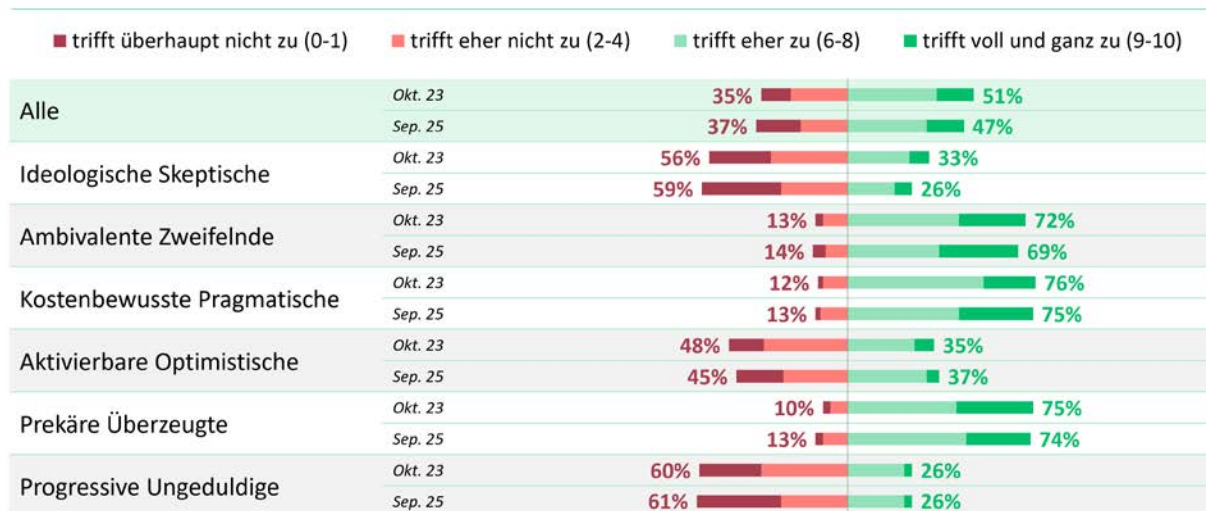


Abbildung 8: Überforderung durch Veränderungen - Zeitreihe.

Die anhand der Fokusgruppenergebnisse beschriebene Transformationsmüdigkeit spiegelt sich in den quantitativen Ergebnissen wider: Mit 47 Prozent gibt im September 2025 etwas weniger als jede/r Zweite an, sich „von den vielen Veränderungen in der Gesellschaft und in der Politik“ überfordert zu fühlen. Mit Blick auf die Vorjahre ist der Zustimmungswert zwar um 5 Prozentpunkte gesunken, aber noch immer auf einem hohen Niveau.

Die drei ressourcenschwachen Segmente – *Ambivalente Zweifelnde*, *Kostenbewusste Pragmatische* sowie *Prekäre Überzeugte* – weisen auch hier die höchsten Zustimmungswerte auf. Die Zustimmungswerte insgesamt haben sich zwar bei ihnen kaum verändert, aber bei *Ambivalenten Zweifelnden* und *Kostenbewussten Pragmatischen* ist der Anteil derjenigen, die der Aussage dabei „voll und ganz“ zustimmen, gestiegen. Dies deutet auf eine Verfestigung der Transformationsmüdigkeit in diesen Segmenten hin.

Ich fühle mich oft überfordert von den vielen Veränderungen in der Gesellschaft und in der Politik unserer Zeit.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: (5)/weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 10/23 bis 09/25.

Abbildung 9: Überforderung durch Veränderungen – Segmentauswertung im Zweijahresvergleich.

Das Gefühl der Überforderung resultiert dabei aus zwei Richtungen: Zum einen, dass die Zumutungen direkt von der Politik selbst kommen, zum anderen, dass die Politik die Bürger/innen angesichts aktueller Veränderungen und Herausforderungen allein lässt. Beides lässt sich anhand der quantitativen Befunde validieren und segmentspezifisch analysieren:

Seit der ersten Erhebung im Oktober 2023 stimmen bis zum September 2025 zwei von drei Bürger/innen der Aussage zu, „die Politik mutet den Bürgern zu viel zu“. Die Zustimmung fällt dabei insbesondere in den ressourcenschwachen Segmenten sehr hoch aus: 88 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden*, 89 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* sowie 72 Prozent der *Prekären Überzeugten* stimmen der Aussage zu. Aber auch unter *Ideologischen Skeptischen* fällt die Zustimmung mit 81 Prozent auffallend hoch aus. Basierend auf den gesamten qualitativen und quantitativen Befunden des Projektes und der Segmentprofile kann davon ausgegangen werden, dass die Zustimmung der *Ideologischen Skeptischen* in erster Linie inhaltlich begründet ist. Bei den anderen drei Segmenten ist anzunehmen, dass Sorgen rund um den Erhalt des eigenen Lebensstandards die Zustimmung stärker beeinflussen. Die Segmente der *Aktivierbaren Optimistischen* und *Progressiven Ungeduldigen* stimmen noch immer unterdurchschnittlich stark zu. Bei den *Aktivierbaren Optimistischen* ist es mit 61 Prozent aber dennoch eine deutliche Mehrheit. Die *Progressiven Ungeduldigen* sind das einzige Segment, in dem keine Mehrheit zustimmt, dass die Politik den Bürger/innen aktuell zu viel zumutet (38 Prozent). Zudem sind sie das einzige Segment, in dem die Zustimmung im Zweijahresvergleich um 7 Prozentpunkte deutlich gesunken ist.

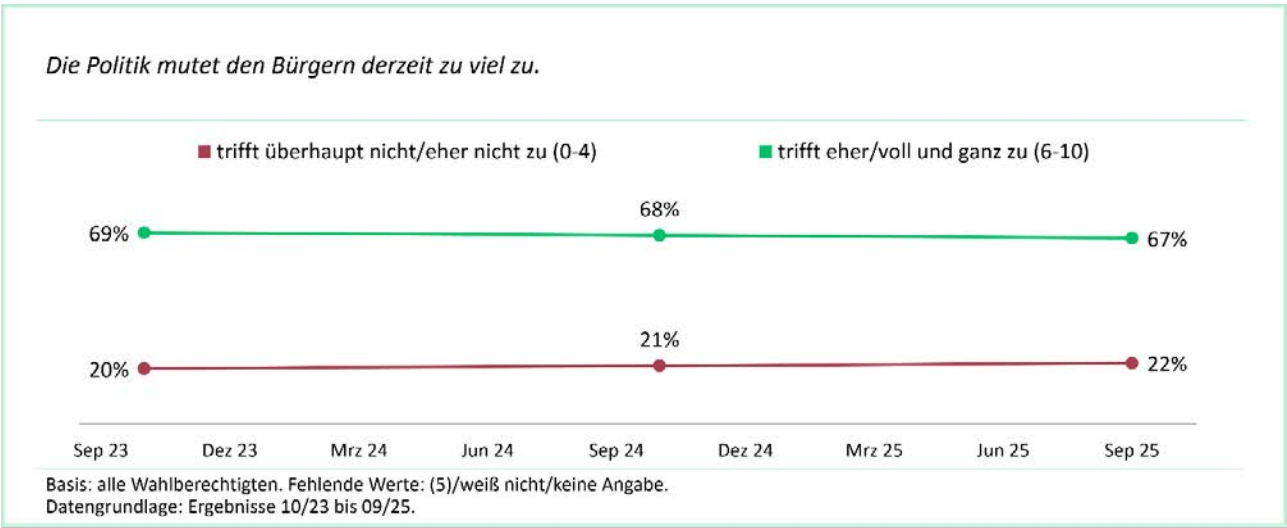


Abbildung 10: Zumutungen von der Politik - Zeitreihe.

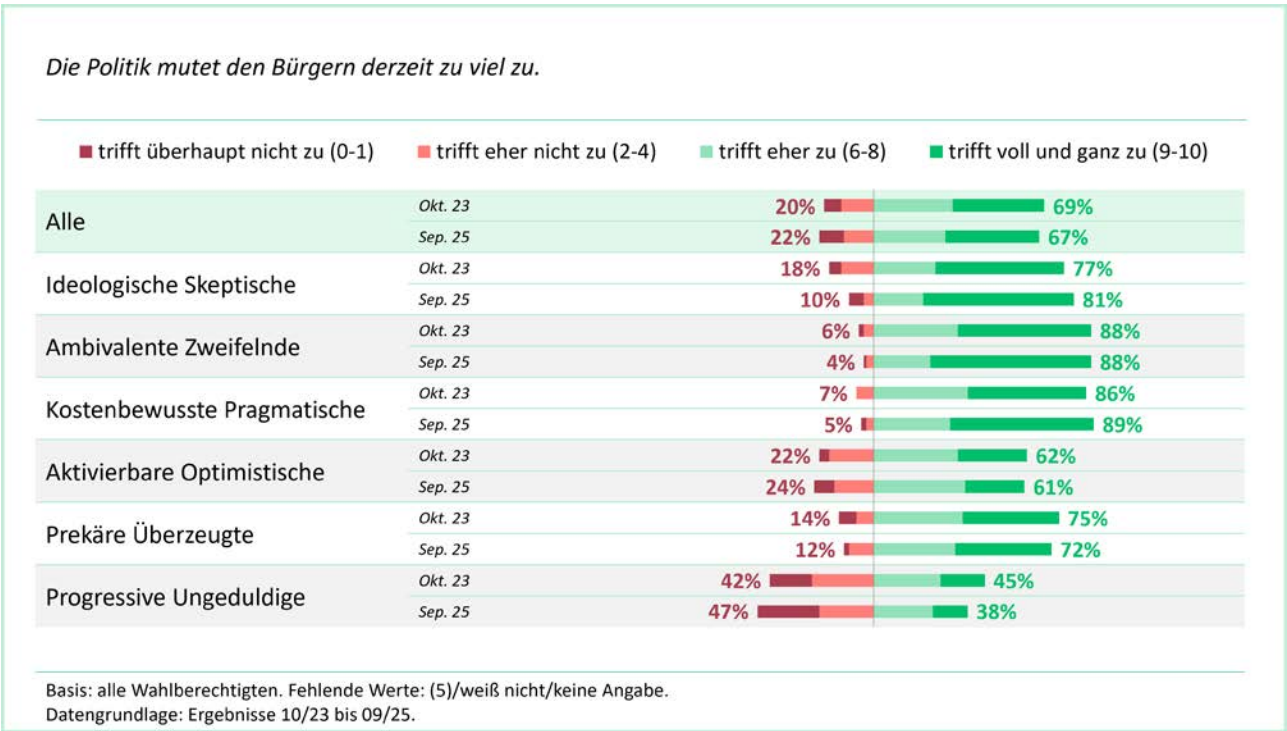


Abbildung 11: Zumutungen von der Politik - Segmentauswertung im Zweijahresvergleich.

Auf hohem Niveau bewegt sich auch das Gefühl, vom Staat alleine gelassen zu werden. Mit 55 Prozent stimmt im Oktober 2024 mehr als jede/r zweite Bürger/in dieser Aussage zu. Auch hier sind es die drei ressourcenschwächeren Segmente, die mit hohen Zustimmungswerten von 74 Prozent und mehr stark ins Gewicht fallen.

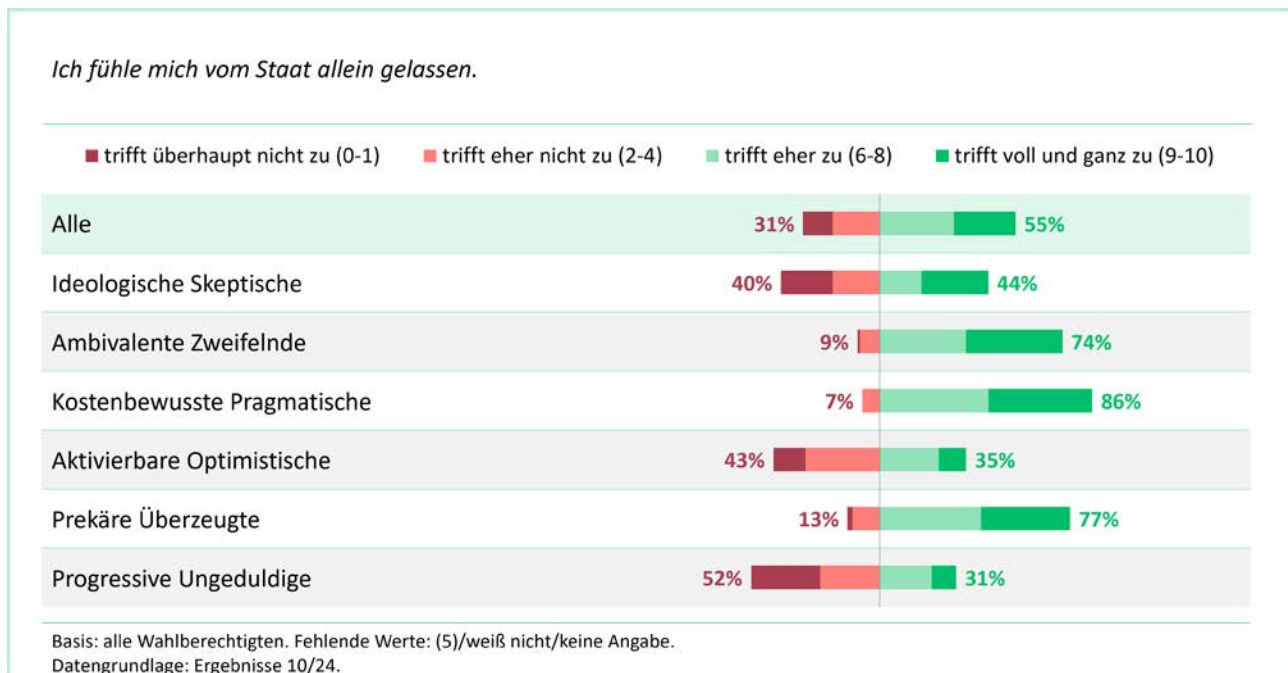


Abbildung 12: Vom Staat allein gelassen - Segmentauswertung.

3.2 Polarisierung und Konfliktmüdigkeit

Prägend für die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, zeigen die Fokusgruppen, ist das Gefühl einer sich verstärkenden gesellschaftlichen Polarisierung bei gleichzeitiger Konfliktmüdigkeit. Das gesellschaftliche Klima beschreiben viele Teilnehmer/innen der Fokusgruppen als angespannt. Bei politischen Themen gebe es, so der segmentübergreifende Konsens, kaum noch Zwischentöne, nur noch Schwarz-Weiß-Argumentationen und sich verhärtende Extreme. Ausgangspunkt dieser Entwicklung stellt für viele Teilnehmer/innen die Covid19-Pandemie mit der Unterscheidung geimpft vs. ungeimpft dar. Seitdem gehe es in vielen Themenbereichen so weiter: Beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Frage nach Waffenlieferung heiße es „Kriegstreiber“ vs. „Putin-Versteher“, beim Klima „Leugner“ vs. „ideologische Radikale“, bei Migration „Rassist“ oder „Gutmensch“. *Progressive Ungeduldige* und *Prekäre Überzeugte*, aber auch viele Fokusgruppen-Teilnehmer/innen der *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* haben mit Blick auf das gesellschaftliche Klima Angst vor einem weiteren Rechtsrutsch und einer Gefährdung der Demokratie.

Dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland zunehmend als schlecht empfunden wird, spiegelt sich auch in den quantitativen Befunden wider. Im Dezember 2020 schätzten noch 47 Prozent diesen als eher gut bis sehr gut ein, im September 2025 sind es gerade noch 26 Prozent.

Der Anteil derjenigen, die den Zusammenhalt als eher bis sehr gut empfinden, ist in allen Segmenten gesunken. Am schlechtesten bewerten die *Ideologischen Skeptischen* den Zusammenhalt, am stärksten ist der Rückgang aber in den mittleren Segmenten: Bei den *Kostenbewussten Pragmatischen* um 23 Prozentpunkte auf 20 Prozent eher bis sehr gut, bei den *Aktivierbaren Optimistischen* von 54 Prozent um 27 Prozentpunkte auf jetzt noch 27 Prozent.

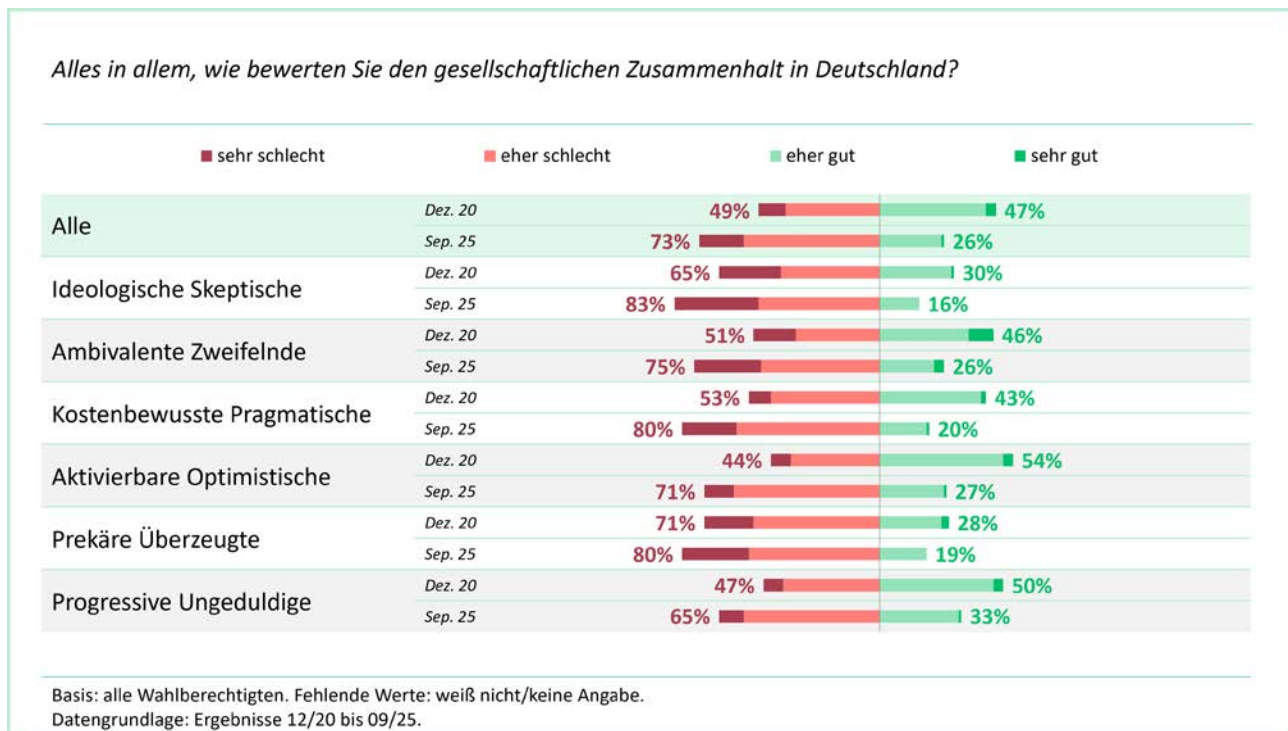


Abbildung 13: Gesellschaftlicher Zusammenhalt - Segmentauswertung im Fünfjahresvergleich.

Anhand der Fokusgruppen lassen sich segmentspezifische Einstellungs- und Argumentationsmuster herausarbeiten:

Die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* haben starke Meinungen und Überzeugungen in allen von ihnen als zentrale Konfliktthemen definierten Bereichen. Sie haben den Eindruck, Teil einer schweigenden Mehrheit und zugleich in Opposition zu einer vermeintlichen „Mainstream-Meinung“ zu sein, ohne dies als widersprüchlich zu empfinden. Sie beklagen, aufgrund ihrer „nicht konformen“ Einstellungen von Andersdenkenden in eine rechte Ecke gestellt zu werden: Wer nicht mit dem „Mainstream“ übereinstimme oder die Regierung kritisiere, werde in der Öffentlichkeit verunglimpft. Verantwortlich dafür machen sie die Regierung und Medien. Mitunter beklagen Teilnehmer/innen dieser Segmente, Deutschland gleiche einer Diktatur und bei Abweichung von der „Mainstream-Meinung“ müsste man mit staatlichen Repressalien rechnen. Sie beklagen fehlende Dialogbereitschaft von Andersdenkenden, bezeichnen diese aber zugleich aufgrund ihrer anderen Meinung als naiv oder wählen Schimpfwörter.

Die *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* kritisieren eine bei vielen Bürger/innen mittlerweile fehlende Fähigkeit, die Perspektive des jeweils anderen einzunehmen. Ihrem Empfinden nach haben im öffentlichen Diskurs Missionierungsgedanken den Meinungs Austausch und Kompromissfindung ersetzt. Gefühlt treffen sie zunehmend auf ein Gegenüber, das keinen Zweifel mehr an der eigenen Position zulasse. Anstelle von Lösungsorientierung trete ein „explosives Gegeneinander“. Dabei tragen ihrer Ansicht nach „die Medien“ eine Mitschuld, weil sie reißerisch und verkürzt berichten würden. Sie haben zunehmend das Gefühl, dass letztlich jedes politische Thema zum Konflikt gemacht werden könnte. Während die Gruppen mit niedrigem bzw. hohem Problembewusstsein jeweils eher einstellungshomogen und in der Diskussion dementsprechend konsensorientiert waren, verliefen die Diskussionen mit *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* deutlich kontroverser. Innerhalb der beiden letztgenannten Mitte-Segmente finden Aushandlungs- und Meinungsbildungsprozesse statt, bei denen sich die fehlende Dialogbereitschaft direkt beobachten lässt: Während der Gruppendiskussionen werten sich widersprechende Teilnehmer/innen durch herablassende Aussagen oder Lachen gegenseitig ab.

Die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* teilen zwar den Eindruck fehlender Dialogbereitschaft, aber kritisieren vielmehr eine Zunahme starker, und gleichzeitig faktenresistenter Meinungen. Bei Meinungsverschiedenheiten teilen sie die Wahrnehmung der anderen Segmente einer zunehmend gereizten Stimmung, die wenig Toleranz für andere Sichtweisen zulasse. Während sie die AfD und Teile ihrer Wählerschaft als zentrale Treiber meinungsintoleranter Diskurse benennen, verweisen die Befragten dieser Segmente zugleich auf das breitere gesellschaftliche Problem von Verschwörungserzählungen und Desinformation, das ihrer Ansicht nach nicht auf das AfD-Umfeld begrenzt ist. Insbesondere die Themen Migration, Ukraineunterstützung und Klimaschutz seien konfliktbehaftet. Letztlich trifft die empfundene Polarisierung ihrer Ansicht nach jedoch jedes Thema. Es mangle an gegenseitigem Verständnis und am Willen sowie der Fähigkeit, die Perspektive des jeweils anderen einzunehmen. Während dies die Segmente sind, die bisher am deutlichsten demokratische Werte verteidigt haben, lässt sich inzwischen selbst hier eine Resignation feststellen. Die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* haben mitunter kaum mehr Energie oder Muße für eine öffentliche, eigene Gegenpositionierung. Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus im Zuge der Correctiv-Recherchen im Frühjahr 2024 haben einige jedoch als motivierende Selbstwirksamkeitserfahrung empfunden, die ihnen das Gefühl zurückgegeben hat, nicht „alleine kämpfen“ zu müssen.

3.3 Themenagenda

Die beschriebene gesellschaftliche Stimmung wird stark geprägt von einer weltpolitischen Lage, die als Polykrise bezeichnet werden kann. Hinzukommt eine innenpolitische Lage, die ebenfalls viele Herausforderungen mit sich bringt. Klima- und Umweltschutz standen zwar lange im Fokus der Aufmerksamkeit und galten als die zentrale Zukunftsherausforderung – selbst während der Covid-19-Pandemie und nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Doch bereits bei den Fokusgruppen seit März 2024 war zunehmend zu erkennen, dass Klima- und Umweltthemen in den Hintergrund rückten. Klima- und Umweltschutz bleiben aus Sicht der Bürger/innen als Aufgabe bestehen, aber andere Aufgaben erscheinen gerade drängender. Die quantitativen Ergebnisse untermauern diese Befunde.

Fragt man offen, also ohne vorgegebene Antwortkategorien nach den größten Herausforderungen für Deutschland in den nächsten 10 bis 20 Jahren, nennen mit 31 Prozent im September 2025 die meisten Bürger/innen das Thema Migration. In der vorherigen Erhebung im Oktober 2024 wurde das Thema mit 38 Prozent noch deutlich häufiger genannt, hier ist ein leichter Rückgang zu konstatieren. Darauf folgt wirtschaftliche Entwicklung mit mittlerweile 30 Prozent an zweiter Stelle – sowie Außen- und Sicherheitspolitik mit 19 Prozent an dritter Stelle. Klima- und Umweltschutz folgt mit 17 Prozent dicht dahinter, ebenso wie soziale Gerechtigkeit mit 16 Prozent. Auch Rente gehört mit 10 Prozent zu den sechs meistgenannten Herausforderungen.

Bemerkenswert ist, dass das Thema Klima- und Umweltschutz seit der ersten Erhebung dieser Frage im September 2019 durchgängig – sowohl während der Corona-Krise als auch während der Gleichzeitigkeit mehrerer nachfolgenden Krisen der letzten Jahre – als die von Bürger/innen am häufigsten genannte Herausforderung die Themenhoheit behielt. 2023 zeigte sich dann aber eine deutliche Verschiebung: 29 Prozent der Nennungen war der bis dahin geringste für Umwelt- und Klimaschutz gemessene Wert seit Erhebungsbeginn 2019. Zum ersten Mal lag mit Migration mit 9 Prozentpunkten Abstand ein Thema deutlich darüber. Dieser Aufmerksamkeitsverlust von Klima- und Umweltschutz hat sich fortgesetzt und mit Wirtschaft sowie Außen- und Sicherheitspolitik haben 2025 zwei weitere Themen Klima- und Umweltschutz von Platz zwei der Herausforderungen verdrängt. Vor allem Wirtschaft ist in den Augen der Bürger/innen zur zentralen Herausforderung geworden.

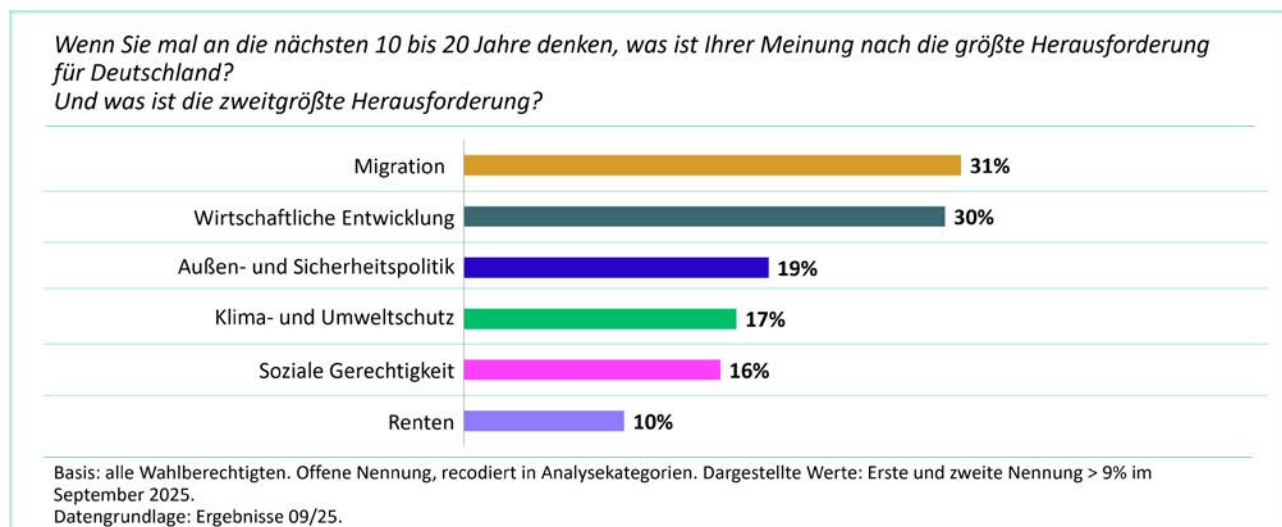


Abbildung 14: Größte zukünftige Herausforderungen für Deutschland.

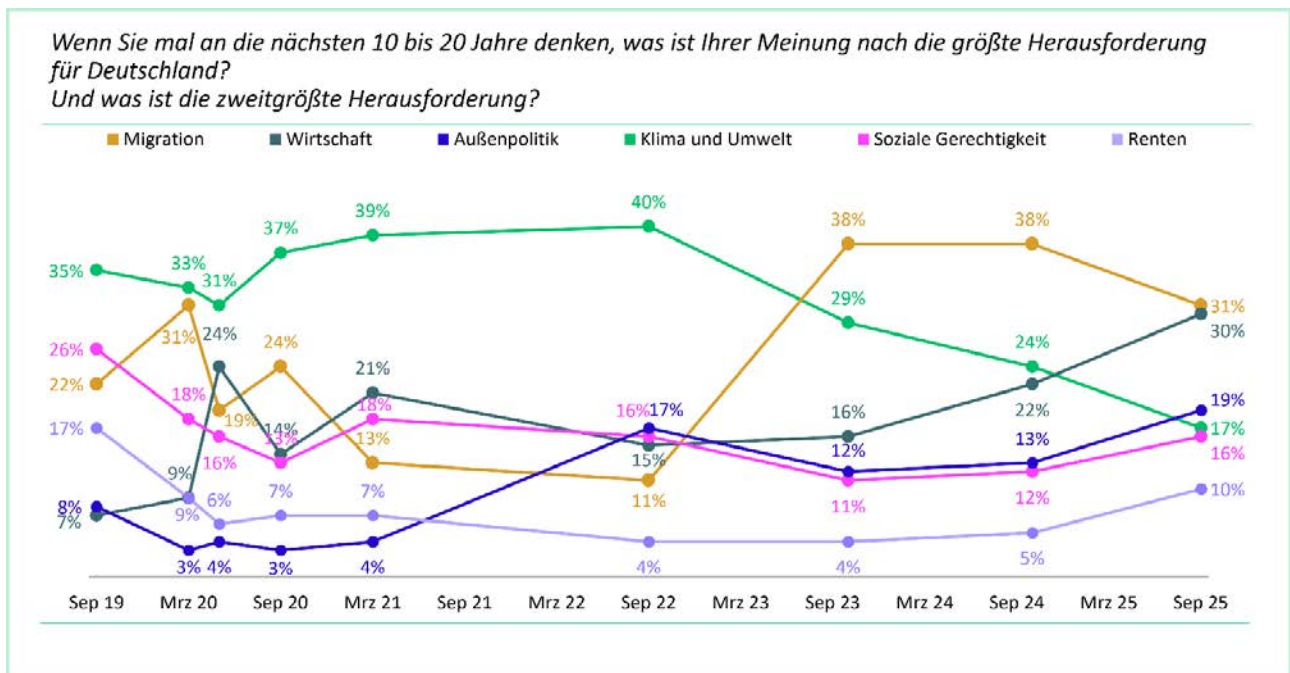


Abbildung 15: Größte zukünftige Herausforderung für Deutschland - Zeitreihe.

4. Aktuelle Einstellungen zu Klima- und Umweltschutz

Die oben beschriebenen vergleichsweise starken Verschiebungen auf der Themenagenda, bei der Klima- und Umweltschutz ihren jahrelangen Nimbus-Status verloren haben, geht auch mit Veränderungen bei der Frage einher, welche Priorität Klima- und Umweltschutz eingeräumt wird – während das grundsätzliche Problembewusstsein davon aber unberührt bleibt. Eine zielgerichtete und effektive Kommunikation von Klima- und Umweltschutzpolitik kann auf dem weiterhin vorhandenen Problembewusstsein aufbauen und sollte da anknüpfen, wo Bürger/innen der unterschiedlichen Segmente bereits Zugang und Kontakt zur Thematik haben. Maßnahmen sollten in ihrer Ausgestaltung an die jeweiligen Ressourcenausstattungen und Alltagsbedürfnisse der Segmente anknüpfen.

4.1 Wichtigkeit und Priorität von Klima- und Umweltschutz

Verschiebungen zeigen sich bei der Frage, wie wichtig den Bürger/innen das Thema Klima- und Umweltschutz ist. Im März 2021 gaben 52 Prozent an, ihnen sei das Thema sehr wichtig, derzeit sind es noch 37 Prozent.

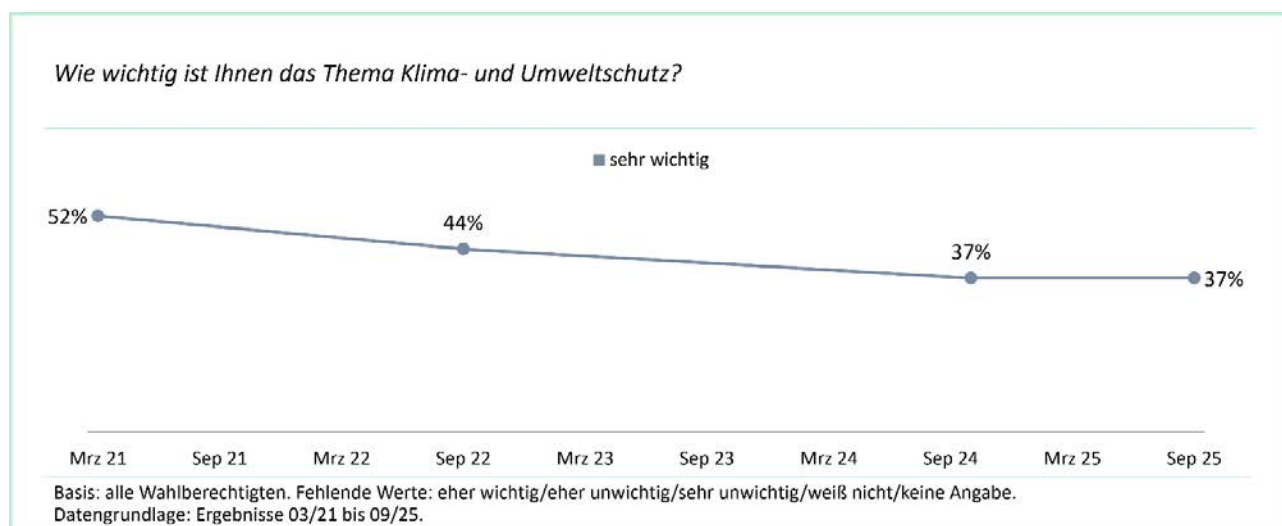


Abbildung 16: Priorität von Klima- und Umweltschutz - Zeitreihe.

Der Blick auf die Segmente zeigt, dass der Anteil derjenigen, die angeben, Klima- und Umweltschutz seien ihnen sehr wichtig, dabei bereits seit März 2021 segmentübergreifend rückläufig ist (siehe Abbildung 17). Besonders stark ist der Rückgang bei *Ideologischen Skeptischen* (minus 22 Prozentpunkte), bei *Kostenbewussten Pragmatischen* (minus 18 Prozentpunkte), bei *Aktivierbaren Optimistischen* (minus 16 Prozentpunkte) sowie bei *Prekären Überzeugten* (minus 15 Prozentpunkte). Zumindest bei *Ambivalenten Zweifelnden* sowie bei *Aktivierbaren Optimistischen* hat sich der Anteil zwischen den letzten Erhebungen 2024 und 2025 eher stabilisiert. Den geringsten Rückgang über den gesamten Zeitraum verzeichnen die *Progressiven Ungeduldigen* (minus 8 Prozentpunkte).

Begleitet wird diese Abnahme der Priorität von Klima- und Umweltschutz von einer veränderten Erwartungshaltung, welchen Effekt mehr Anstrengungen in diesem Bereich insgesamt hätten. Mit 58 Prozent sieht die Mehrheit der Bürger/innen im September 2025 mehr Anstrengungen beim Klimaschutz eher als Chance für Deutschland. Verglichen mit vorherigen Erhebungen ist dieser Wert dennoch als gering zu interpretieren. Im März 2021 gaben 71 Prozent an, darin eine Chance zu sehen, sodass hier ebenfalls eine deutliche Verschiebung zu konstatieren ist.

Während in den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein – *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* – der Anteil derjenigen, die Risiken sehen, stark überwiegt, sieht unter *Kostenbewussten Pragmatischen* bereits eine relative Mehrheit eher Chancen. *Aktivierbare Optimistische* und die Segmente mit hohem Problembewusstsein – *Prekäre Überzeugte* und *Progressive Ungeduldige* – sind stark positioniert und sehen deutlich häufiger Chancen als Risiken.

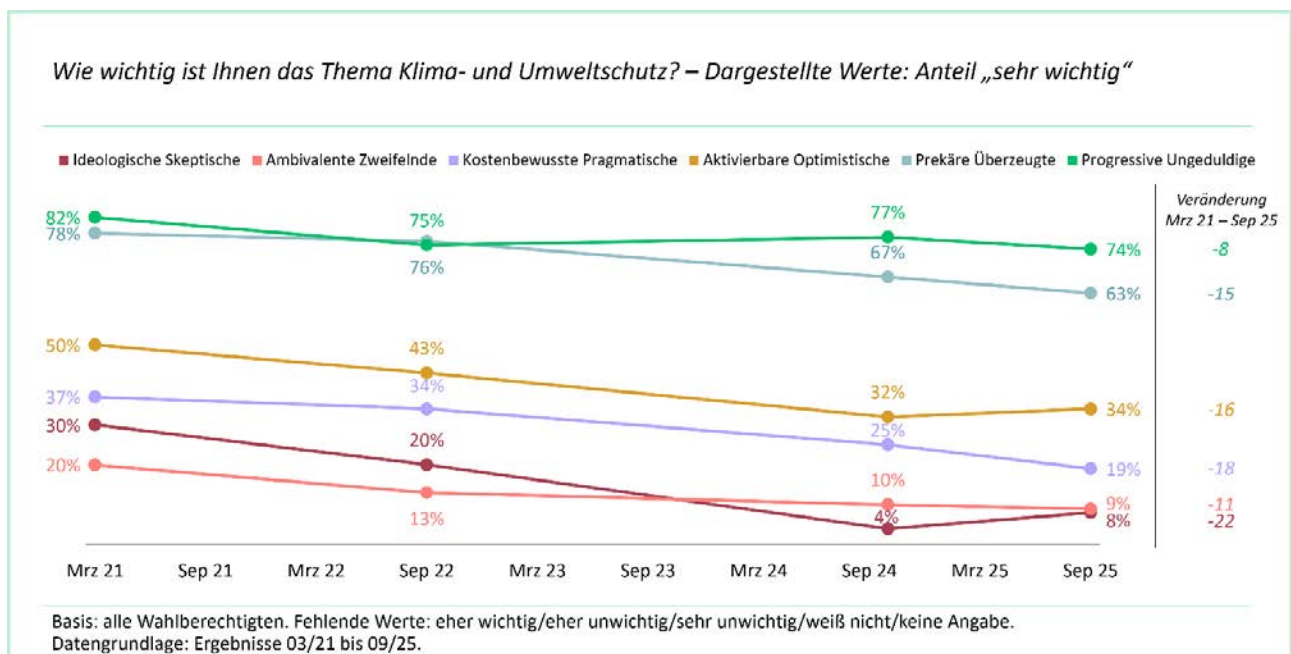


Abbildung 17: Priorität von Klima- und Umweltschutz - Segmentauswertung im Vier-Jahres-Vergleich.

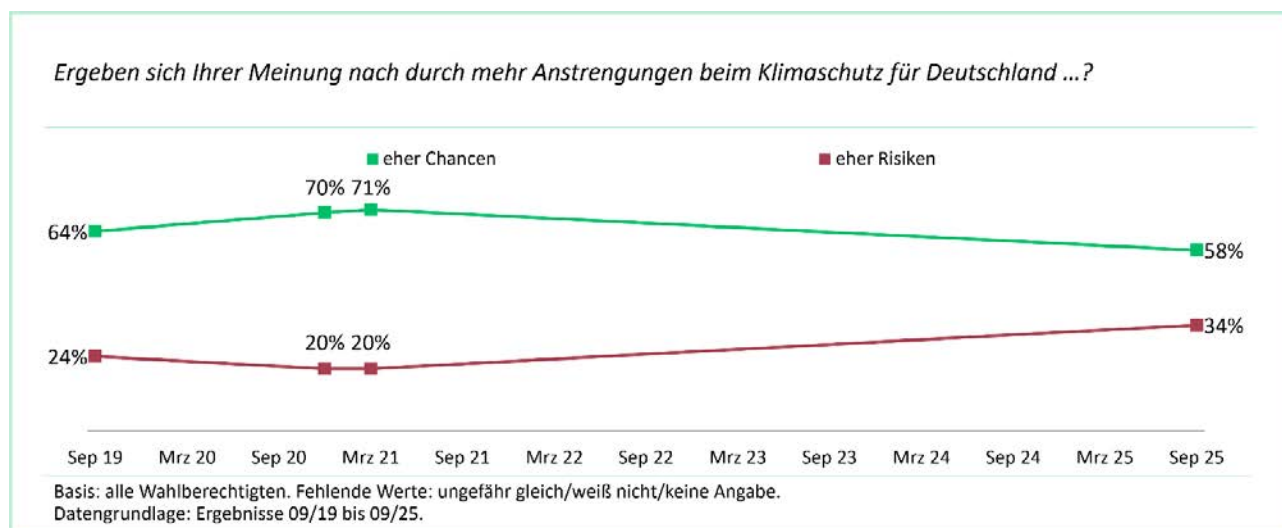


Abbildung 18: Bewertung von mehr Anstrengungen beim Klimaschutz - Zeitreihe.

Nimmt man die letzten Erhebungen im Dezember 2020 und März 2021 als Referenzpunkte, lässt sich erkennen, dass das Stimmungsbild sich nicht in allen Segmenten gleich verändert hat. Besonders ins Auge springen die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden*, bei denen der Anteil derjenigen, die eher Chancen sehen, seit Dezember 2020 um 14 beziehungsweise 19 Prozentpunkte gesunken ist. Auch die *Kostenbewussten Pragmatischen* zeigen im Vergleich zu März 2021 einen Rückgang um 19 Prozentpunkte, bei *Aktivierbaren Optimistischen* sind es 12 Prozentpunkte weniger. Deutlich kleiner fallen die Unterschiede bei den beiden Segmenten mit hohem Problembewusstsein aus: Bei *Prekären Überzeugten* sind es 8 Prozentpunkte weniger, bei *Progressiven Ungeduldigen* gerade einmal 4 Prozentpunkte.

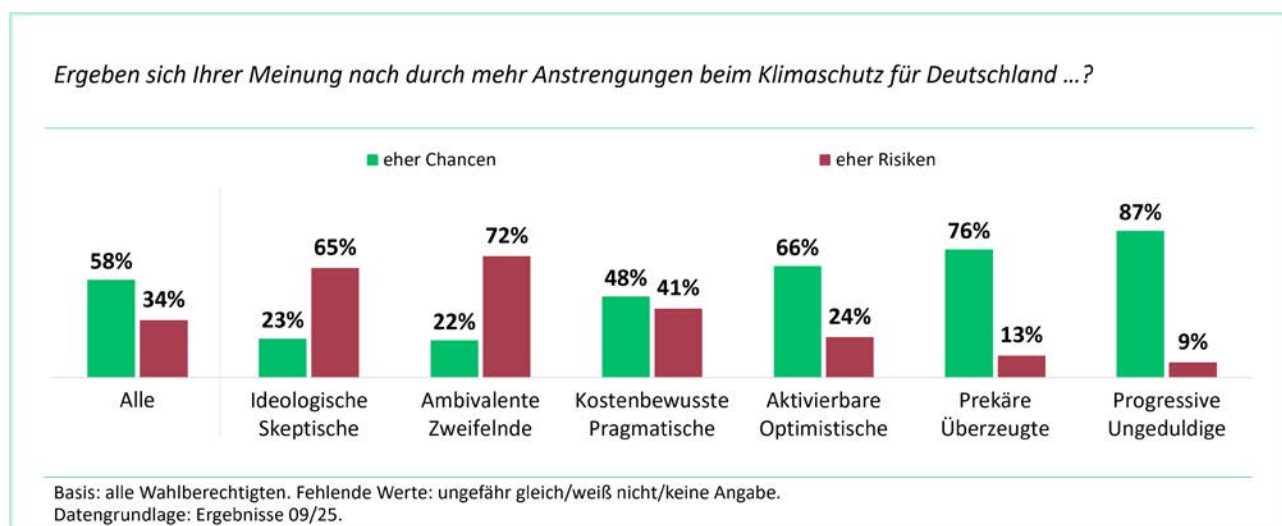


Abbildung 19: Bewertung von mehr Anstrengungen beim Klimaschutz - Segmentauswertung.

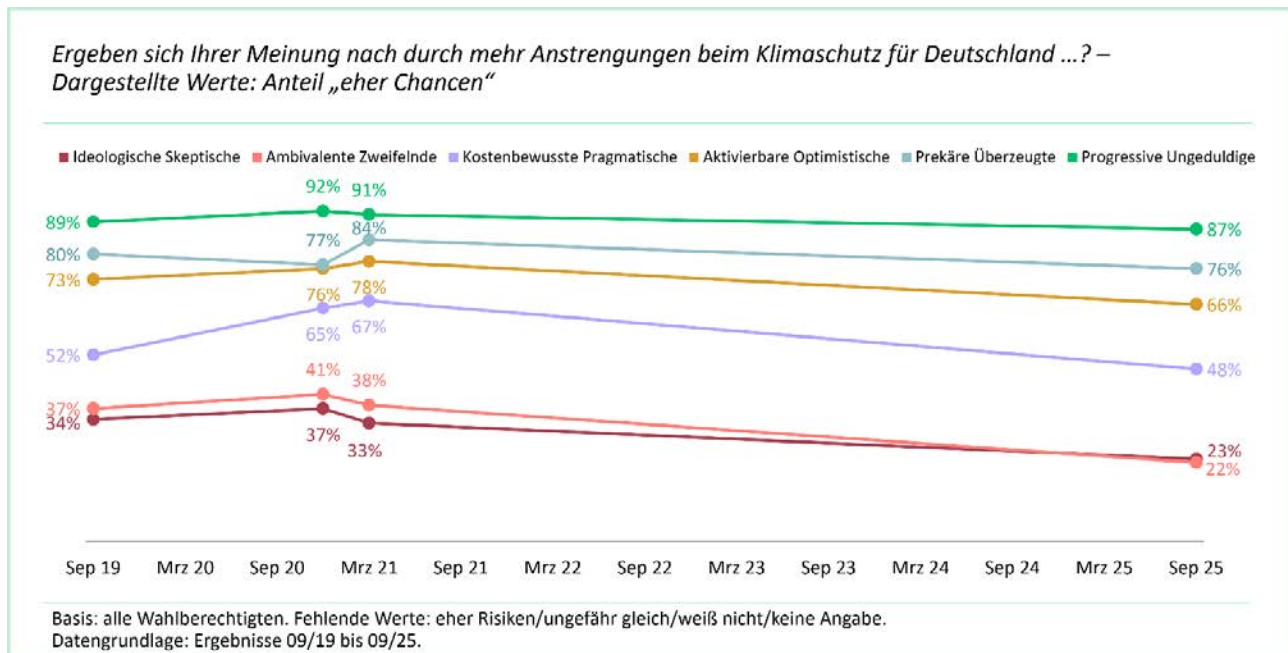


Abbildung 20: Bewertung von mehr Anstrengungen beim Klimaschutz - Segmentauswertung mit Zeitreihe.

Bedingt durch veränderte Ressortzuschnitte während der 20. Legislaturperiode wurde im Forschungsprojekt ein starker Fokus explizit auf Umwelt- und Naturschutz gelegt. Die Fokusgruppen zeigten, dass die meisten Teilnehmenden im Alltag, wenn sie von Umweltschutz sprechen, sowohl Klima- als auch Naturschutz meinen. Eine klare Begriffsdefinition und -abgrenzung findet im alltäglichen Diskurs selten statt. Auch auf explizite Nachfrage in den Fokusgruppen, inwiefern Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz sich unterscheiden oder gleichzusetzen sind, wird von den meisten häufig keine thematische Trennung vorgenommen. Auch nach einer Erklärung der Unterschiede halten die Teilnehmer/innen die Trennung von Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz während der Diskussion oft kaum durch. Obwohl explizit Umwelt- und Naturschutz durch die Moderation thematisiert wird, wird immer wieder auf Klimaschutz Bezug genommen. Am ehesten lässt sich noch Naturschutz abgrenzen.

Die quantitativen Befunde bestätigen diese explorativ-qualitativ gewonnenen Erkenntnis insofern, als dass die Bewertungen ähnlich ausfallen, egal ob nach Klima- oder aber Umwelt- und Naturschutz gefragt wird. In den folgenden Abschnitten wird es dazu weitere Beispiele geben – schon hier kann aber auf die Frage nach Vor- oder Nachteilen von mehr Anstrengungen beim Umwelt- und Naturschutz für Deutschland verwiesen werden. Mit 49 Prozent sieht im Oktober 2024 knapp jede/r zweite Bürger/in eher Vorteile, mit 36 Prozent nur knapp jede/r Dritte eher Nachteile. Während in den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein – *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* – der Anteil derjenigen, die Nachteile sehen, stark überwiegt, sieht in den Segmenten mit mittlerem Problembewusstsein – *Kostenbewusste Pragmatische* und *Aktivierbare Optimistische* – bereits eine relative Mehrheit eher Vorteile. Die Segmente mit hohem Problembewusstsein – *Prekäre Überzeugte* und *Progressive Ungeduldige* – sind hier erwartungsgemäß stark positioniert und sehen deutlich mehrheitlich eher Vorteile.

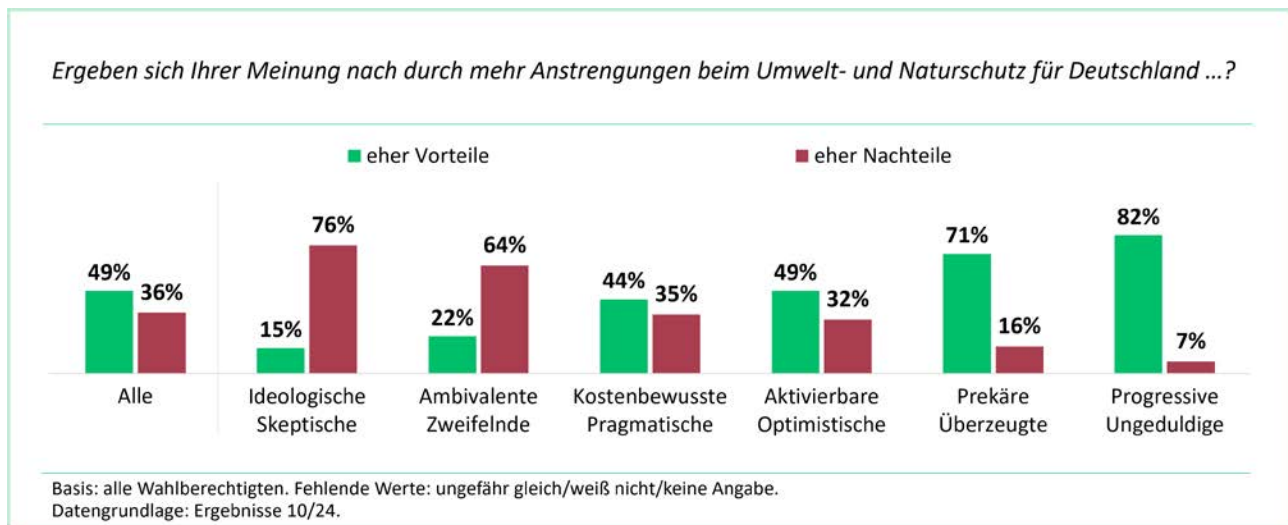


Abbildung 21: Bewertung von mehr Anstrengungen beim Klimaschutz - Zeitreihe.

Diejenigen, die eher Vorteile erwarten, wurden direkt im Anschluss offen, das heißt ohne vorgegebene Antwortkategorien, danach gefragt, welche Vorteile das ihrer Einschätzung nach sind. Es nennen 12 Prozent den Schutz vor Naturkatastrophen und deren Auswirkungen und 11 Prozent den Kampf gegen den Klimawandel und eine Verringerung von CO₂-Emissionen. Jeweils 10 Prozent nennen den Erhalt einer guten oder sauberen Umwelt sowie die Wahrung einer guten Zukunft auch für kommende Generationen. Weitere 9 Prozent erwarten positive Effekte für die Wirtschaft. Darüber hinaus machen die thematisch zusammengefassten Nennungen nur jeweils um 5 Prozent der Nennungen aus oder sind generell Einzelnennungen.

Diejenigen, die eher Nachteile erwarten, wurden ebenfalls direkt im Anschluss offen befragt, welche Nachteile genau sie erwarten. Es ergibt sich ein einheitlich positioniertes Bild: Mit 27 Prozent befürchten die meisten Mehrkosten für sich selbst und persönliche Wohlstandseinbußen. 22 Prozent erwarten Nachteile für die deutsche Wirtschaft. 16 Prozent halten mehr Umwelt- und Naturschutz für zu teuer oder aber sehen mehr Umwelt- und Naturschutz als falsche finanzielle Prioritätensetzung. Arbeitsplatzverluste (5 Prozent) und Freiheitsverlust (4 Prozent) werden deutlich seltener genannt, darüber hinaus vor allem thematisch zusammengefasste Nennungen unter 5 Prozent und Einzelnennungen.

4.2 Problembewusstsein und Wirksamkeitsüberzeugung

Die gezeigten Verschiebungen auf der Themenagenda und die gesunkene Priorität seit 2021/2022 dürfen nicht mit einem rückläufigen Problembewusstsein gleichgesetzt werden. Der Fokus der Aufmerksamkeit hat sich verschoben, andere Probleme werden als drängender eingeschätzt – aber das generelle Bewusstsein, dass der Klimawandel ein Problem darstellt, bleibt davon im gleichen Zeitraum unberührt. Gut abzulesen ist dies an den Zustimmungssitems, auf denen die Problembewusstseinsdimension der Segmentierung beruht.

Der Aussage, dass bei der Debatte um den Klimawandel zu stark übertrieben werde, stimmen seit 2019 im Durchschnitt gut ein Drittel der Bürger/innen zu. Dabei schwanken die Zustimmungswerte über die Zeit zwischen maximal 41 Prozent und minimal 29 Prozent. Etwas mehr als die Hälfte der Bürger/innen stimmt im Durchschnitt nicht zu. Hier schwanken die Werte von minimal 47 Prozent bis maximal 58 Prozent.

Der Aussage, dass uns in Deutschland die negativen Folgen des Klimawandels nicht treffen werden, stimmen seit 2019 zwischen 20 und 15 Prozent zu, während zwischen 68 Prozent und 74 Prozent im gleichen Zeitraum nicht zustimmen. Diese Dimension des Problembewusstseins ist bemerkenswert stabil.

Ähnlich stabil sind die Zustimmungswerte bei der Aussage, dass der Klimawandel schon heute große Probleme verursacht und nicht erst in 50 Jahren. Seit 2019 stimmen zwischen 75 und 81 Prozent zu, während zwischen 11 Prozent und 15 Prozent im gleichen Zeitraum nicht zustimmen.

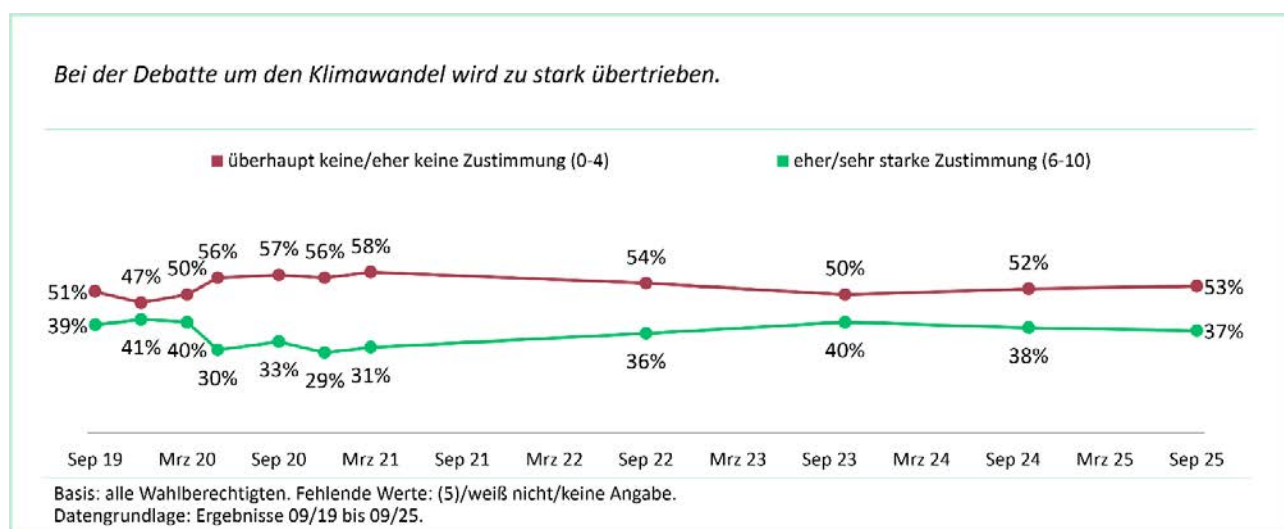


Abbildung 22: Debatte um den Klimawandel - Zeitreihe.

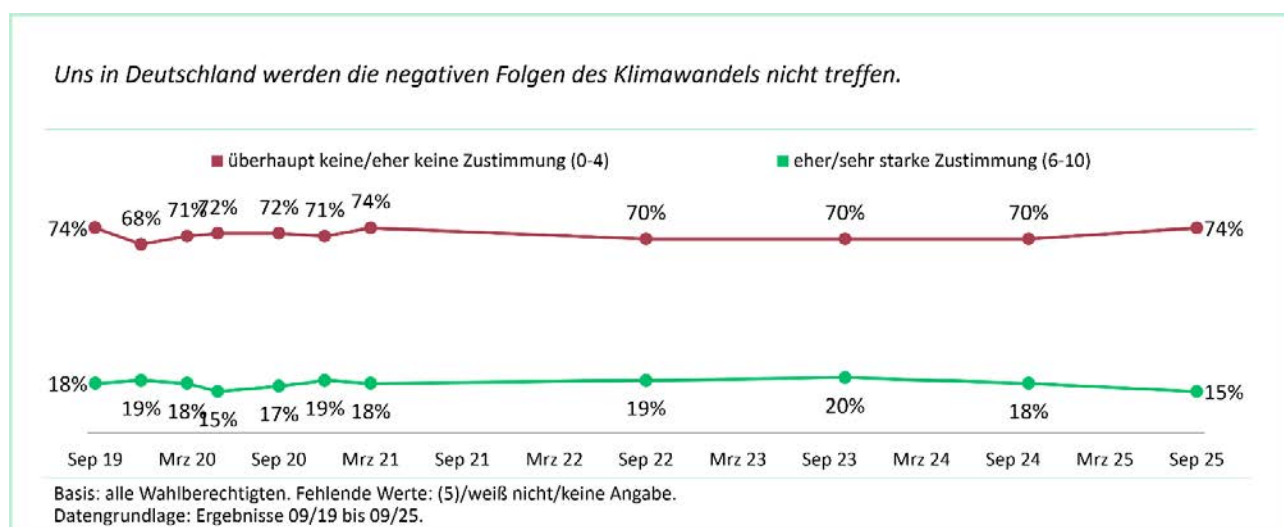


Abbildung 23: Folgen des Klimawandels für Deutschland - Zeitreihe.

Der Klimawandel verursacht schon heute große Probleme und nicht erst in 50 Jahren.

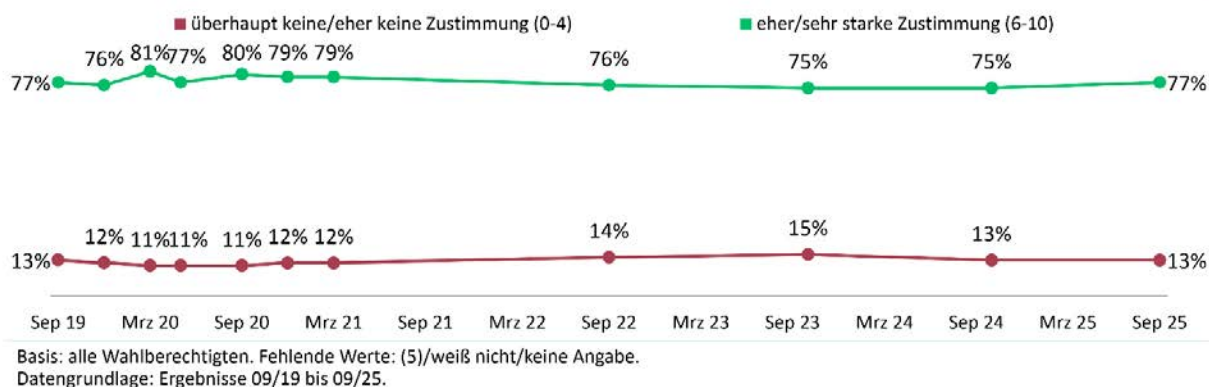


Abbildung 24: Zeitliche Auswirkungen des Klimawandels - Zeitreihe.

Neben dem Problembewusstsein hängt Maßnahmenakzeptanz aber auch davon ab, ob Bürger/innen glauben, dass diese Maßnahmen zur Erreichung eines realistischen Ziels beitragen. Konkret beim Klimaschutz lässt sich beobachten, dass von einigen Segmenten zunehmend infrage gestellt wird, inwieweit das Ziel überhaupt erreichbar ist. Insgesamt stimmen derzeit 43 Prozent der Aussage zu, dass der Klimawandel nicht in den Griff zu bekommen ist, egal was getan wird. Seit 2022 zeigt sich hier keine große Verschiebung. Dennoch ist es der zweithöchste gemessene Wert seit 2019.

Der Klimawandel ist nicht in den Griff zu bekommen, egal was getan wird.

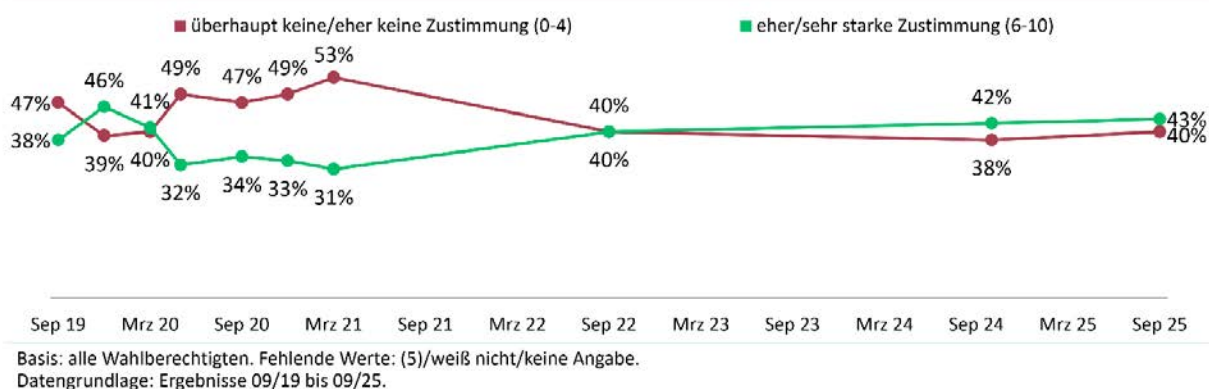


Abbildung 25: Klimawandel nicht in den Griff zu bekommen - Zeitreihe.

Auch das Zutrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik im Bereich Klimaschutz bewegt sich auf einem niedrigen Niveau. Seit 2021 stimmt eine relative Mehrheit der Aussage, dass die Politik in der Lage ist, den Klimawandel durch ihre Entscheidungen in den Griff zu bekommen, nicht zu. Mit 36 Prozent fällt das Zutrauen zwar stabil gering aus wie schon in den Vorjahren, dennoch ist auch dies der zweitgeringste Wert seit Erhebungsbeginn.

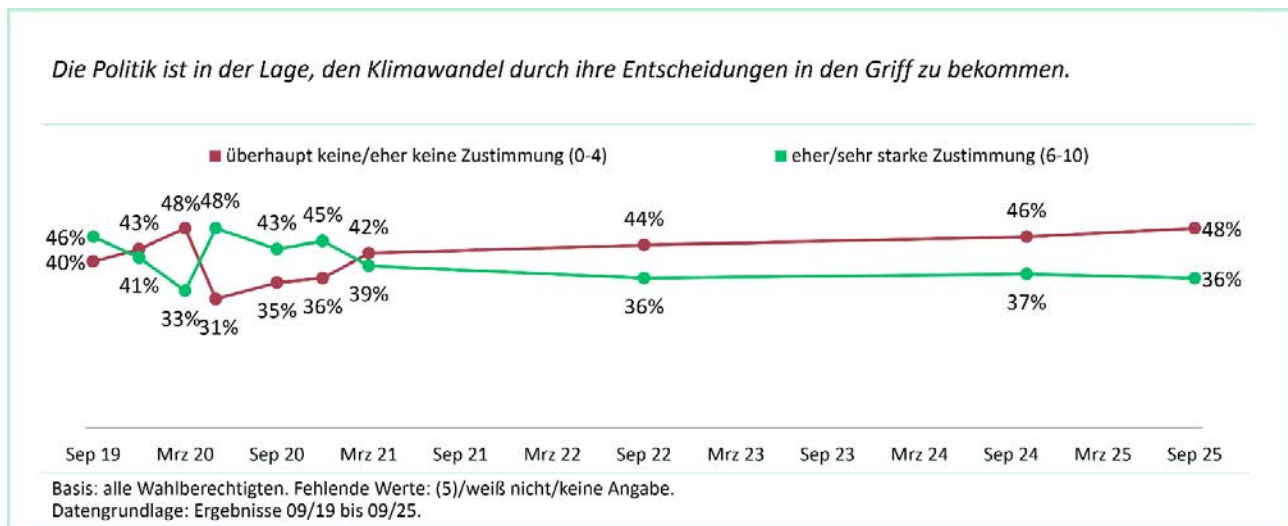


Abbildung 26: Zutrauen in Politik - Zeitreihe.

4.3 Attributionsskepsis und Klimaanpassung

Die Fokusgruppen der letzten Jahre haben immer wieder Anzeichen dafür gegeben, dass in Teilen der Bevölkerung der menschliche Anteil am Klimawandel zunehmend stärker infrage gestellt wird. Statt einer Leugnung des Klimawandels ist inzwischen eher eine Leugnung des menschlichen Anteils zu beobachten.

Die quantitative Befragung kann diesen qualitativen Befund validieren und spezifizieren. Der Aussage, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht wird, stimmen aktuell mit 72 Prozent weniger Bürger/innen zu als 2019 mit 76 Prozent. Zwar sind 4 Prozentpunkte Unterschied für einen Zeitraum von fünf Jahren zunächst keine große Verschiebung, aber der Blick in die Segmente zeigt, dass diese sich dabei unterschiedlich stark verändert haben. Insbesondere die *Ideologischen Skeptischen* springen ins Auge: Während 2019 noch 36 Prozent der Aussage zum menschengemachten Klimawandel zustimmten, sind es 2025 nur noch 24 Prozent. 62 Prozent dieses Segments lehnen die Aussage zum menschlichen Einfluss auf den Klimawandel ab – 19 Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren. Unter den *Ambivalenten Zweifelnden* ist die Zustimmung ebenfalls von 52 Prozent auf 38 Prozent gesunken. Ebenfalls 38 Prozent lehnen die Aussage explizit ab, und somit 15 Prozentpunkte mehr als noch im September 2019. Unter *Kostenbewussten Pragmatischen* ist die Zustimmung von 79 Prozent auf 68 Prozent zurückgegangen – womit aber nach wie vor die deutliche Mehrheit des Segments den menschlichen Anteil bejaht. Die anderen Segmente erweisen sich als weitgehend stabil. Für sie steht der menschliche Anteil am Klimawandel mehrheitlich ebenfalls nicht infrage.

Der Klimawandel wird durch den Menschen verursacht.

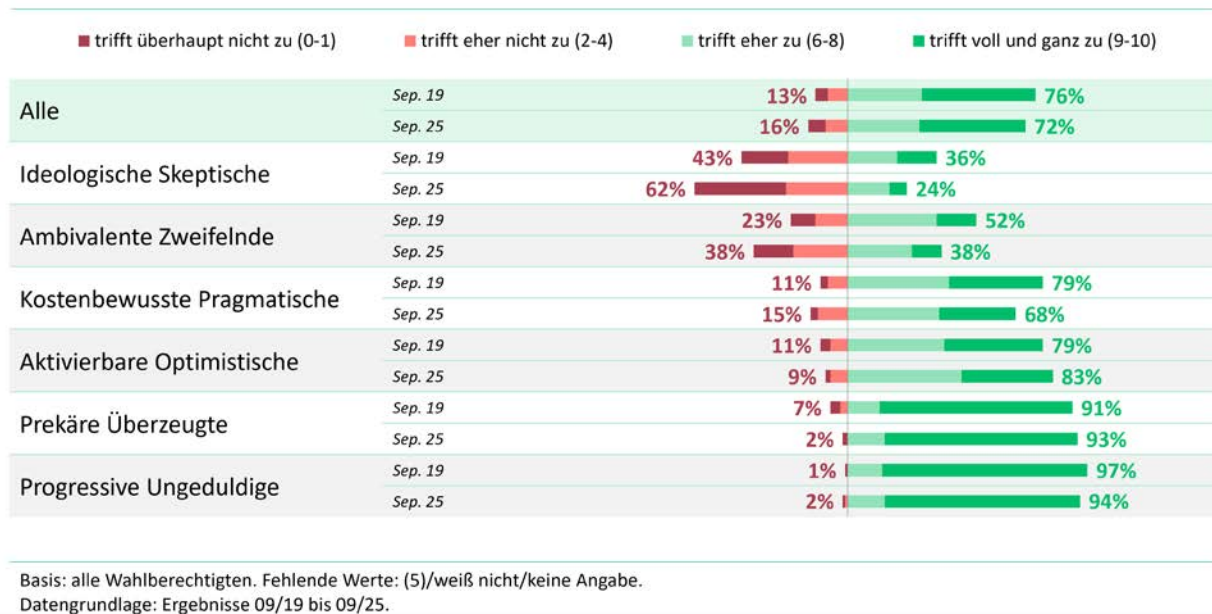
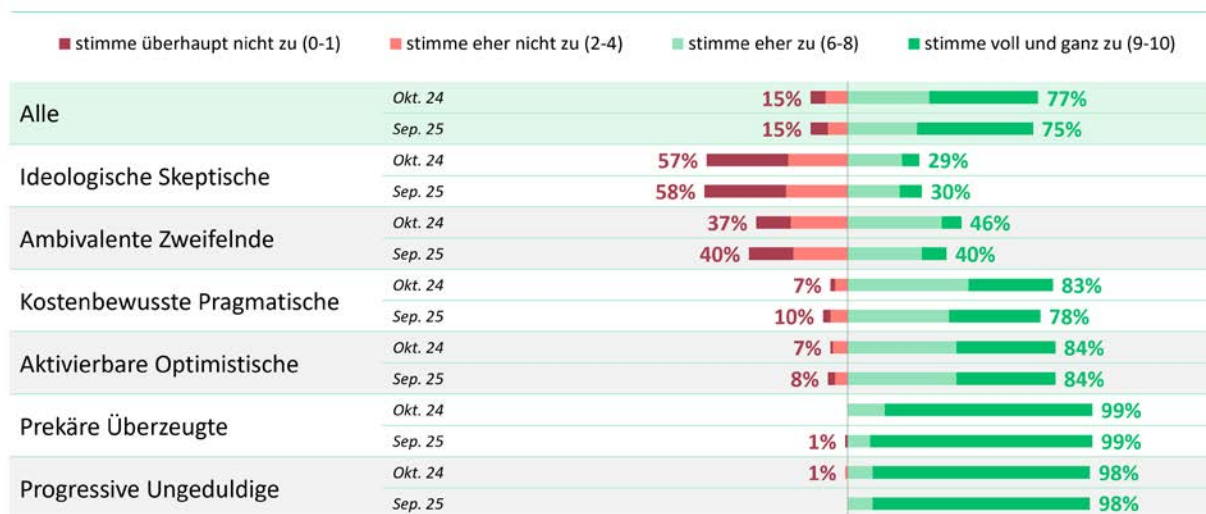


Abbildung 27: Menschengemachter Klimawandel - Segmentauswertung im Sechsjahresvergleich.

Auch hinsichtlich der Folgen des Klimawandels zeigt sich in den Fokusgruppen bei einigen Segmenten eine Attributionsskepsis: Nicht wenige Teilnehmende der beiden Segmente *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* zweifeln am Zusammenhang zwischen der zunehmenden Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen wie Hochwasser und dem Klimawandel: „Wetter kann man nicht beeinflussen.“ Menschlich verursachte Faktoren für Hochwasser wie Flächenversiegelung, Flussbegradigung oder unzureichende Kanalisation sehen sie als plausibler. Daher wird Renaturierung von den Teilnehmenden dieser Segmente mitunter sogar als Argument gegen Klimaschutz verwendet, weil es die eigentliche Ursache bekämpfe. Wasserknappheit und Dürre sehen *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* gegenwärtig nicht als Problem für Deutschland an und sie bereiten ihnen daher keine großen Sorgen.

Aktivierbare Optimistische und *Kostenbewusste Pragmatische* hingegen nehmen durchaus an, dass Wetterextreme bedingt durch den Klimawandel die nächsten Jahre weiter zunehmen werden – qualitativ wie quantitativ. Gleichzeitig sehen sie auch, dass menschliche Eingriffe in die Natur, wie Flussbegradigung oder Bebauung, bei Starkregen entstehendes Hochwasser verursachen könnte. Hochwasserschutz und auch diesbezügliche Maßnahmen sind ihnen bekannt. Und auch, dass Hochwasserschutz durchaus Einschränkung der Menschen an Lebensraum und Bewegungsfreiheit bedeuten kann, ist den meisten Teilnehmenden der „Mitte-Segmente“ bewusst. Dass Wasserknappheit und Dürre auch in einem als „verregnet“ wahrgenommenen Sommer für Deutschland weiterhin ein Problem darstelle, ist ihnen bekannt – aber während eines solchen Sommers nur wenig präsent. Wasserknappheit und Dürre sind bei ihnen aber letztlich genauso mit Angst und Sorge verknüpft wie Hochwasser und Starkregen.

Häufigere Extremwetter wie Starkregen, Dürre und Hitze sind eine direkte Folge des Klimawandels.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: (5)/weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 10/24 bis 09/25.

Abbildung 28: Wetterextreme als Klimawandelfolge - Segmentauswertung im Jahresvergleich.

Für *Progressive Ungeduldige* und *Prekäre Überzeugte* besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Wetterextremen und Klimawandel. Ihre Sorgen sind entsprechend ihres hohen Problembewusstseins hoch.

Vor dem Hintergrund zunehmender Wetterextreme wurde in den Fokusgruppen explizit auch über Klimaanpassung diskutiert. Den Segmenten *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* ist der Begriff Klimaanpassung weitgehend unbekannt. Er ruft bei ihnen ohne Vorwissen aufgrund des Klima-bezugs zunächst negative Assoziationen hervor, wird direkt mit Kosten assoziiert und als „wokes grünes“ Thema eingestuft. Einzelne Maßnahmen aus dem Bereich der Klimaanpassung stoßen jedoch auf positive Resonanz: Beschattung und Begrünung von Fassaden werden als positiv für Lebensqualität und Gesundheit herausgestellt. Aber: Der Bau von Wohnungen und Häusern hat für die Segmente Vorrang, begrünte Fassaden sind für sie letztlich zweitrangig und im Zweifel auch verzichtbar. Andere Klimaanpassungsmaßnahmen sind ungestützt kaum bekannt. Auch insgesamt ist Klimaanpassung nicht das drängendste Thema für die beiden Segmente und besitzt keine Priorität. Da viele *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* am menschlichen Einfluss auf den Klimawandel zumindest zweifeln oder aber den Klimawandel als unumkehrbar darstellen, halten sie Klimaanpassung für sinnvoller als Klimaschutz – und spielen beides argumentativ gegeneinander aus, ähnlich wie von ihnen Renaturierung als Hochwasserprävention gegen Klimaschutzmaßnahmen ausgespielt wird.

Auch den *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* ist Klimaanpassung in den Fokusgruppen zunächst kein Begriff. Konkrete Maßnahmen sind den Teilnehmenden aber teilweise bekannt und können von ihnen eingeordnet werden. Nach einer Begriffsklärung durch die Moderation wird Klimaanpassung stark begrüßt und, fast schon mit Erleichterung, als „längst überfällig“ eingeschätzt.

Teile der Segmente haben mittlerweile den Eindruck, dass es für Klimaschutz in vielen Belangen schon zu spät sei, weshalb die Möglichkeit zur Anpassung hier entlastend wirkt. Im Kontext der Anpassungen darf laut vielen Teilnehmenden dieser Segmente nicht auf dezidierten Klimaschutz verzichtet werden. Anpassung und Klimaschutz müssen zeitgleich erfolgen. Denn viele sorgen sich um eine Verschärfung der Folgen des Klimawandels, die letztlich keine Anpassung mehr möglich macht. Die Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnisse dieser Segmente sind besonders ausgeprägt.

Für *Progressive Ungeduldige* und *Prekäre Überzeugte* zeigen die Fokusgruppen, dass diese Segmente ein diffuses Verständnis von Klimaanpassung haben, auch wenn sie den Begriff mehrheitlich nicht zu kennen meinen. Sie befürworten Klimaanpassung, weil sie denken, dass die Entwicklung des Klimawandels der nächsten Jahre mit den bisherigen Emissionen schon festgeschrieben sei. Interessanterweise beschreiben sie vor der expliziten Thematisierung von Klimaanpassung durch die Moderation bereits Klimaanpassungsmaßnahmen, sogar unter Rückgriff auf Formulierungen wie „anpassen“ oder „vorsorgen“, ohne aber auf Klimaanpassung direkt Bezug zu nehmen. Sie beschreiben die Maßnahmen vor allem positiv. Klimaschutz und Klimaanpassung gehen für diese Segmente Hand in Hand und lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Im Zweifel ist ihnen Klimaschutz aber wichtiger, weil Anpassung aus ihrer Sicht Grenzen hat.

Bitte sagen Sie mir, welcher der beiden Aussagen Sie eher zustimmen?

	Alle	Ideologische Skeptische	Ambivalente Zweifelnde	Kostenbewusste Pragmatische	Aktivierbare Optimistische	Prekäre Überzeugte	Progressive Ungeduldige
Maßnahmen zur Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels sind nicht ausreichend: Wir sollten uns gleichzeitig um starken Klimaschutz kümmern.	56%	13%	20%	52%	61%	84%	91%
Den Klimawandel kann Deutschland nicht aufhalten: Statt Geld und Energie für Klimaschutz zu verschwenden, sollten wir uns lieber an das veränderte Klima anpassen.	37%	76%	71%	40%	30%	12%	6%

Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weder noch/weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 10/24.

Abbildung 29: Klimaschutz vs. Klimaanpassung - Segmentauswertung.

Die quantitativen Befunde bestätigen den Befund der Fokusgruppen, dass *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* mehrheitlich zustimmen, dass Klimaanpassung statt Klimaschutz betrieben werden sollte. Dass mit 40 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* und 30 Prozent der *Aktivierbaren Optimistischen* auch in den mittleren Segmenten ein recht hoher Anteil an Bürger/innen dem zustimmt, zeigt die Anschlussfähigkeit dieser Argumentation über die Segmente mit niedrigem Problembewusstsein hinaus.

4.4 Klima- und Umweltschutz als Gegenstand gesellschaftlicher Spannungen

Auf den als schlecht empfundenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Polarisierungs- und Konfliktmüdigkeit wurde im vorherigen Kapitel bereits eingegangen. Danach gefragt, was die Spaltung bedingt oder eine Polarisierung vorantreibt, nennen in den Fokusgruppen die meisten Teilnehmenden das Thema Migration und Asyl, aber auch den generellen Ton politischer Debatten und den gegenseitigen Umgang mit Menschen anderer Meinung. In den Fokusgruppen zeigt sich, dass auch Klima- und Umweltschutz als Konfliktthemen gesehen werden, durch die gesunkene Themenrelevanz derzeit aber nicht als primäre Polarisierungstreiber bewertet werden. Die quantitativen Ergebnisse bestätigen auch diesen Befund: Mit 93 Prozent schätzt der Großteil der Bürger/innen die Spannungen beim Thema Migration und Asyl als eher bis sehr groß ein – hier ist eine Zunahme zu 2020 zu erkennen, als noch 83 Prozent diese Einschätzung teilten. Spannungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen Meinungen sehen 87 Prozent als eher bis sehr groß an – auch hier eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 75 Prozent in der letzten Erhebung dieser Frage im Dezember 2020.

Beim Thema Umwelt- und Klimaschutz schätzt mit 74 Prozent ebenfalls eine deutliche Mehrheit der Bürger/innen die Spannungen als groß ein, aber nur 24 Prozent auch als sehr groß. Verglichen mit Migration und Asyl ist das ein deutlich geringerer Wert.

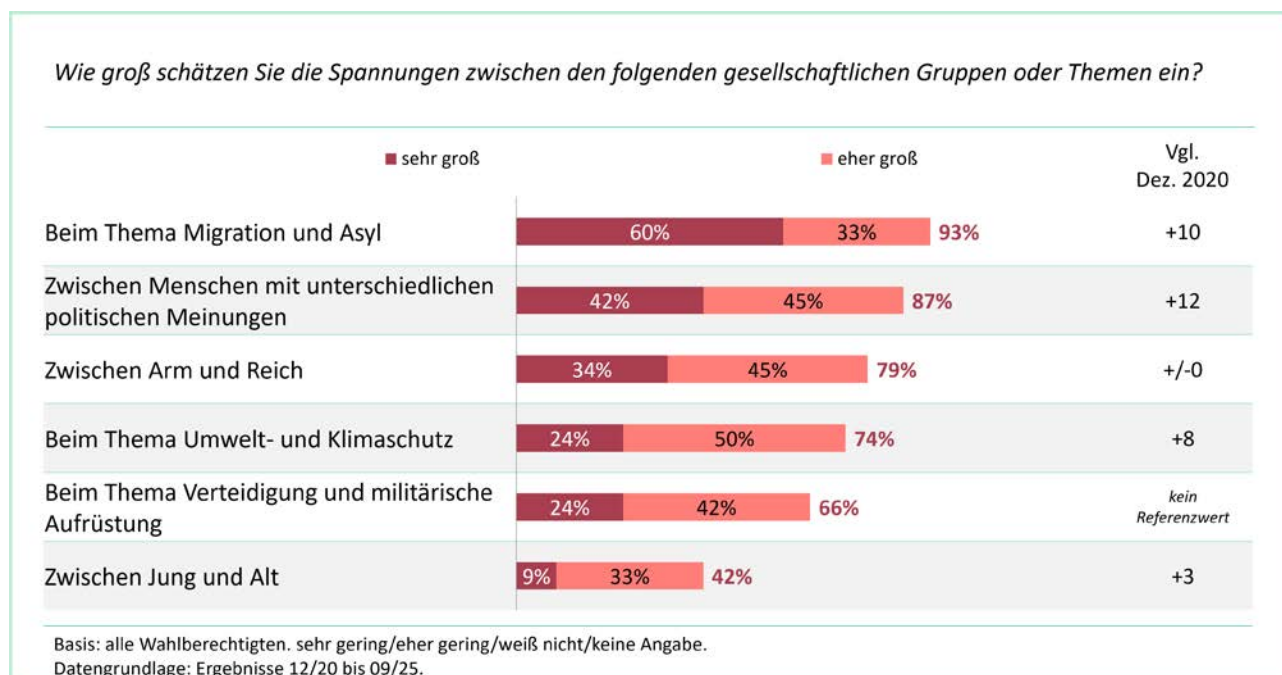


Abbildung 30: Konfliktthemen und -gruppen.

Als Polarisierungsthema wird es vor allem von denjenigen Segmenten eingeschätzt, die über ein niedriges oder hohes Problembewusstsein und damit einhergehend über gefestigtere Meinungen hinsichtlich des Themas verfügen. 32 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* und 30 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden* – beide mit niedrigem Problembewusstsein – schätzen die Spannungen diesbezüglich als

sehr groß ein. Ebenso wie 29 Prozent der *Prekären Überzeugten* und 28 Prozent der *Progressiven Ungeduldigen* – beides Segmente mit hohem Problembewusstsein. In den mittleren Segmenten ist die Einschätzung hier weniger drastisch: Nur 20 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* und gerade einmal 13 Prozent der *Aktivierbaren Optimistischen* schätzen die Spannungen hier als sehr groß ein. Bemerkenswert ist, dass entgegen aller anderen Segmente seit der letzten Erhebung im Dezember 2020 bei den *Prekären Überzeugten* ein Rückgang um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen ist.

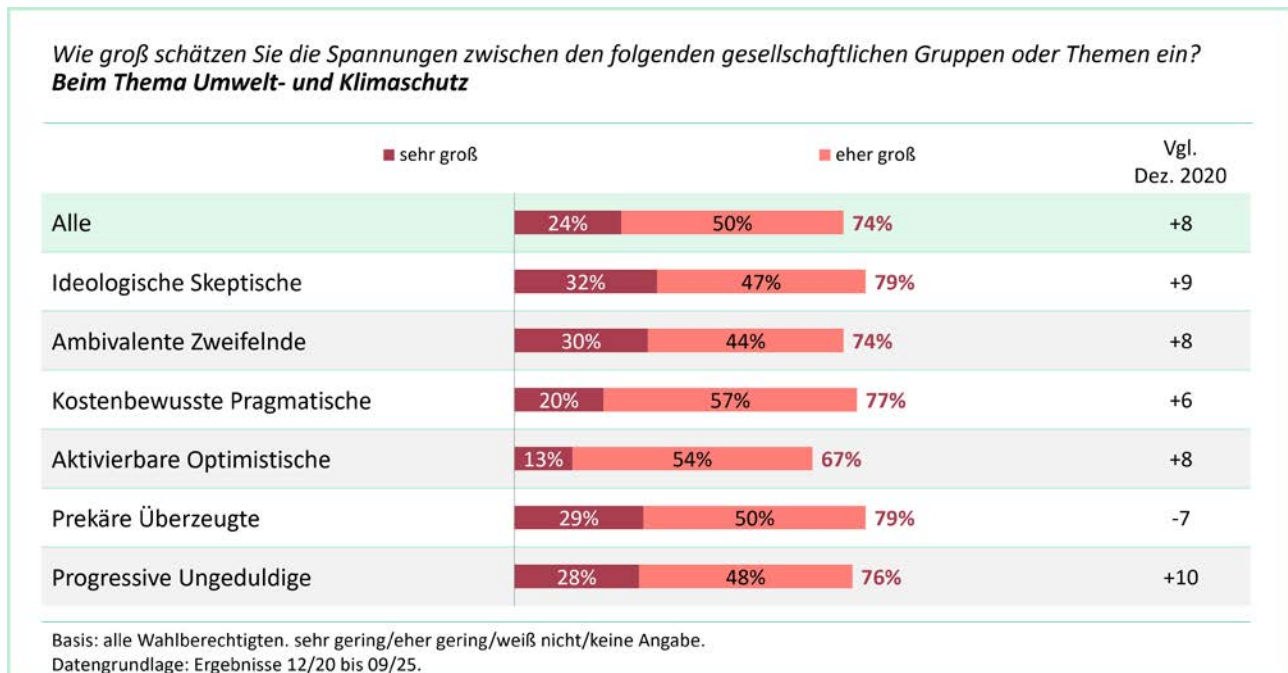


Abbildung 31: Umwelt- und Klimaschutz als Konfliktthema - Segmentauswertung.

In den Gruppendiskussionen ist gut erkennbar, dass hinsichtlich Klimaschutz bereits die Frage des Ziels zum Konflikt wird: Je nachdem, ob die Prämisse des menschengemachten Klimawandels geteilt wird und wie ausgeprägt das jeweilige Problembewusstsein ist. Bei Umwelt- und Naturschutz besteht auf den ersten Blick kein Konflikt bei der Frage nach dem Ziel – darauf, Umwelt und Natur zu schützen, können sich theoretisch alle Teilnehmenden noch einigen. Wenn es um konkrete Maßnahmen und konkrete politische Ausgestaltung dabei geht, wird aber auch dies zum Konfliktthema. Hier zeigen sich klare Segmentunterschiede.

Die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* stehen insbesondere Klimaschutz und damit assoziierten Maßnahmen eher bis sehr ablehnend gegenüber. Gegen Umwelt- und Naturschutz haben sie als abstraktes Ziel nichts einzuwenden, die Ablehnung gegenüber Klimaschutz färbt aber auf Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz ab. Beide Themen werden von ihnen mit „den Grünen“ assoziiert und konkrete Klima- und Umweltschutzpolitik in der Folge als ideologisch kritisiert. Zum Teil werden von diesen Segmenten auch Überlegungen angestellt, dass der Klimawandel nicht menschengemacht und damit auch nicht menschlich beeinflussbar ist. Bei Umwelt- und Naturschutz sei der menschliche Einfluss klar, aber auch hier wird schnell relativiert, dass das Problem in anderen Ländern viel größer sei.

Aktivierbare Optimistische und *Kostenbewusste Pragmatische* halten eine Trennung von Umwelt- und Naturschutz einerseits und Klimaschutz andererseits für unverständlich, beides gehe „Hand in Hand“. Der wahrgenommene Konflikt im Bereich Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz wird innerhalb dieser Segmente sichtbar ausgetragen: Während die einen sich im Stich gelassen fühlen und kritisieren, die Politik lasse Bürger/innen mit der Bedrohung durch den Klimawandel alleine, bewerten die anderen jeden Vorschlag der Politik als nicht ernst zu nehmen oder Steuergeldverschwendung und sprechen der Bundesregierung die fachliche Qualifikation ab, sinnvolle Maßnahmen umzusetzen. Sie nennen Umwelt- und Klimaschutzauflagen von sich aus als Beispiel für Überregulierung und kritisieren vor allem Maßnahmen im Bereich Mobilität, die ihren Alltag konkret betreffen. Dieselfahrverbote nennen sie als Beispiel, bei denen Umwelt- und Klimaschutz vor allem „die kleinen Leute“ treffe, während Inlandsflüge und Privatjets unangetastet bleiben.

Die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* fordern Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz gleichermaßen ein. Für sie gehören alle drei Konzepte zusammen, eine Trennung der Bereiche wirkt auf sie nicht sinnvoll oder logisch. Sie nehmen wahr, dass im öffentlichen Diskurs alle Bereiche zu Konfliktthemen werden: Klimaschutz schon als Konflikt bei der Frage nach dem Ziel, Umwelt- und Naturschutz spätestens bei der Umsetzung.

Konflikte hinsichtlich Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz verlaufen über alle Segmente hinweg sehr klar entlang der Problembewusstseinsdimension: Mit abnehmendem Problembewusstsein wird auch der Blick auf Maßnahmen ablehnender. Die Diskussion bleibt dabei häufig auf einer eher abstrakten Ebene und bezieht sich weniger auf konkrete Maßnahmen als auf Prinzipien oder dahinterliegende Begründungsmuster.

Die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* zeigen teilweise eine vordergründige Ziel-, aber fast nie eine Maßnahmen-Akzeptanz. Viele genannte Maßnahmen lehnen sie als „Grünen-Thema“ ab. Ihre Argumentation gegen Umwelt- und Naturschutz ist dabei vor allem instrumentell: Beim Autobahnneubau ist ihnen Naturschutz ein Dorn im Auge, beim Ausbau der Windenergie argumentieren sie selbst mit Naturschutz gegen Windräder. Starke Ablehnung erfahren alle Maßnahmen, die entweder den persönlichen Nahbereich betreffen oder bei denen der Effekt unterschätzt und die Verhältnismäßigkeit daher infrage gestellt wird. Auch hier zeigt sich, dass ein Infragestellen des Effektes auch als instrumentelles Argument dient, um die eigene Ablehnung zu legitimieren.

Bei *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* ist Ablehnung von und Offenheit für Maßnahmen gemischt. Eher ablehnende Teilnehmer/innen stellen Kosten für Umwelt- und Naturschutz und fehlende Alternativen bei Ge- und besonders Verboten in den Vordergrund ihrer Argumentation. Diese negativen Aspekte oder Begleiterscheinungen von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen müssten die Bürger/innen zu oft alleine ausbaden. Deutschland übertreibe, so ihr Eindruck, während andere Länder zu wenig machen würden. Die für Maßnahmen offenen Teilnehmer/innen hingegen nennen als positive Maßnahmenbeispiele das Verbot von Schottergärten, Tierschutz in der Landwirtschaft sowie – klimabezogen – die Förderung von Solarenergie und das 49-Euro-Ticket. Sie fordern eher mehr Anstrengungen von der Politik.

Progressive Ungeduldige und *Prekäre Überzeugte* äußern einen Wunsch nach stärkerer politischer Steuerung und fordern eine klare Linie, auch wenn Polarisierung und Gegenwind zu erwarten sind. Dass es zum Konflikt kommt, ist für sie kein gültiges Argument gegen eine ambitionierte Umwelt- und Naturschutzpolitik. Gleichzeitig lässt ihre wiederkehrende Forderung, Politik sollte primär einfach eins zu eins umsetzen, was Wissenschaft und Expert/innen sagen, durchaus auch einen Wunsch nach Entpolitisierung durchblicken. Sie wünschen sich, dass Politik den Konflikt nicht scheut, sind selbst aber konfliktmüde. Die Kritik, dass Umwelt- und Naturschutz häufig „Normalbürger“ treffe, während „Superreiche“ weiter über ihre Verhältnisse leben, wird in diesen Segmenten zunehmend lauter und muss mit Blick auf Maßnahmenakzeptanz berücksichtigt werden.

5. Wahrnehmung und Bewertung aktueller Klima- und Umweltpolitik

Neben der generellen gesellschaftspolitischen Stimmung und grundsätzlichen Einstellungen gegenüber Klima- und Umweltschutz wurde sowohl in den Fokusgruppen als auch in der quantitativen Befragung ein Schlaglicht auch auf die Wahrnehmung und Bewertung konkreter Klima- und Umweltpolitik geworfen. Wie wird das Agieren der Bundesregierung in diesem Themenfeld wahrgenommen und bewertet, welche Spannungsfelder bestehen zwischen Klima- und Umweltpolitik mit anderen Politikfeldern.

5.1 Klima- und Umweltschutzpolitik der Bundesregierung

Seit 2019 wird in Befragungen für das Bundesumweltministerium erhoben, ob Bürger/innen die Anstrengungen der Bundesregierung beim Klimaschutz als zu groß, zu gering oder aber genau richtig einschätzen. 2021 war die Einschätzung, dass die Anstrengungen zu gering seien, mit 61 Prozent auf einem bisherigen Höchststand. 23 Prozent empfanden die Bemühungen zu diesem Zeitpunkt als genau richtig, lediglich 14 Prozent als zu groß. 2024 war die Einschätzung, dass die Anstrengungen zu gering seien, mit nur noch 40 Prozent dann auf dem bisherigen Tiefpunkt. 22 Prozent empfanden die Bemühungen zu diesem Zeitpunkt als genau richtig, 35 Prozent als zu groß. In der aktuellen Erhebung zeichnet sich nun wieder eine mögliche Trendumkehr ab: Der Anteil derjenigen, die Anstrengungen der Bundesregierung als zu gering einschätzen, ist wieder auf 45 Prozent angewachsen, während der Anteil derjenigen, die die Anstrengungen als zu groß bewerten, nun wieder auf 29 Prozent gefallen ist. Im Zeitraum von 2021 bis 2024 schätzen konstant zwischen 22 und 23 Prozent der Bürger/innen die Anstrengungen der Bundesregierung als genau richtig ein und zeigten sich damit zufrieden – aktuell sind es sogar 26 Prozent.

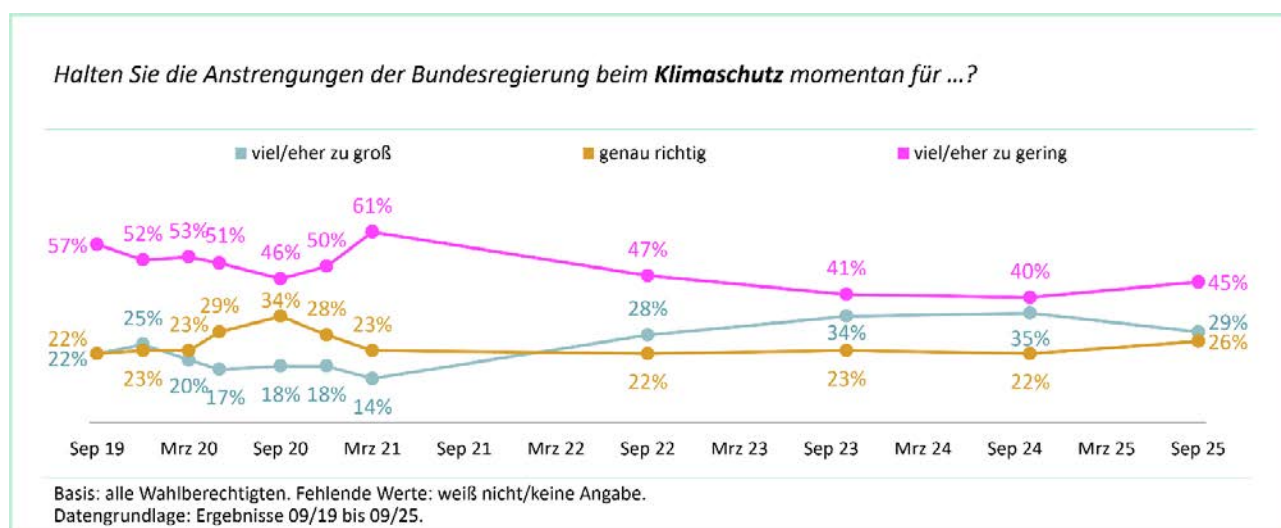


Abbildung 32: Anstrengungen der Bundesregierung beim Klimaschutz - Zeitreihe.

Auch hier zeigt der Blick auf die Segmentauswertung ein differenziertes Bild: Die Segmente mit hohem und mittlerem Problembewusstsein entwickeln sich derzeit in entgegengesetzte Richtung zu den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein. Während unter *Progressiven Ungeduldigen* die Einschätzung, die Anstrengungen der Bundesregierung seien zu gering, seit Oktober 2023 zwischen 77 und 80 Prozent beträgt und sich damit als recht konstant erweist, ist sie unter *Prekären Überzeugten* nach einem

Rückgang auf 70 Prozent im Oktober 2024 nun wieder auf 77 Prozent angestiegen. In den mittleren Segmenten hat diese Einschätzung seit 2023 ebenfalls konstant zugelegt: von 37 auf 45 Prozent bei den *Aktivierbaren Optimistischen*, von 27 auf 35 Prozent bei den *Kostenbewussten Pragmatischen*. Mit 5 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* und 7 Prozent bei den *Ambivalenten Zweifelnden* äußern dagegen so wenige wie noch nie seit Erhebungsbeginn, dass die Anstrengungen zu gering seien. Sie empfinden die Anstrengungen mehrheitlich als zu groß und wünschen sich weniger Klimaschutz.

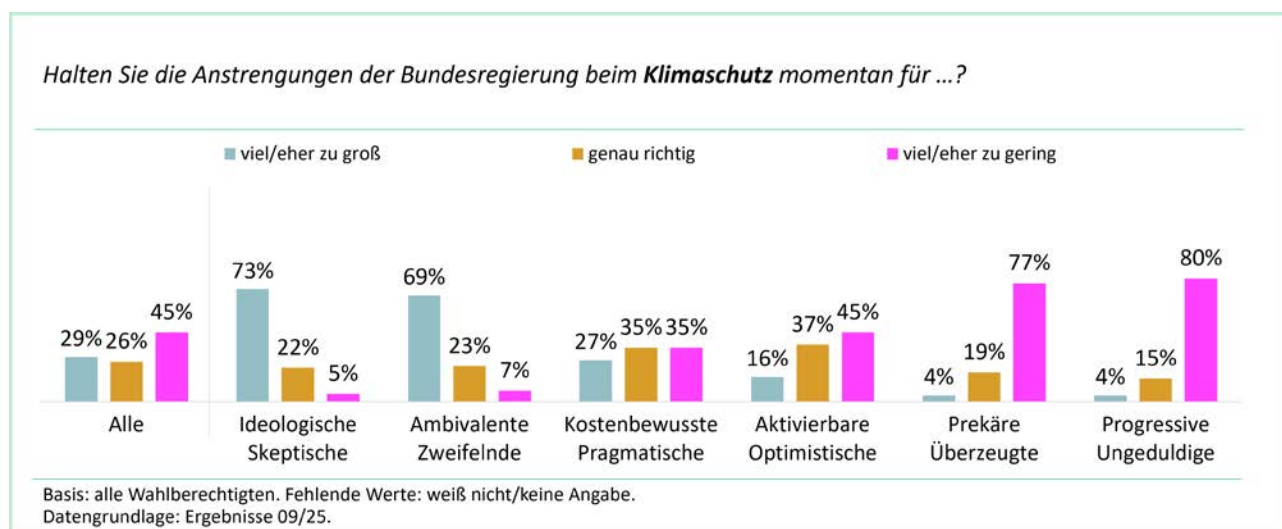


Abbildung 33: Anstrengungen der Bundesregierung beim Klimaschutz - Segmentauswertung.

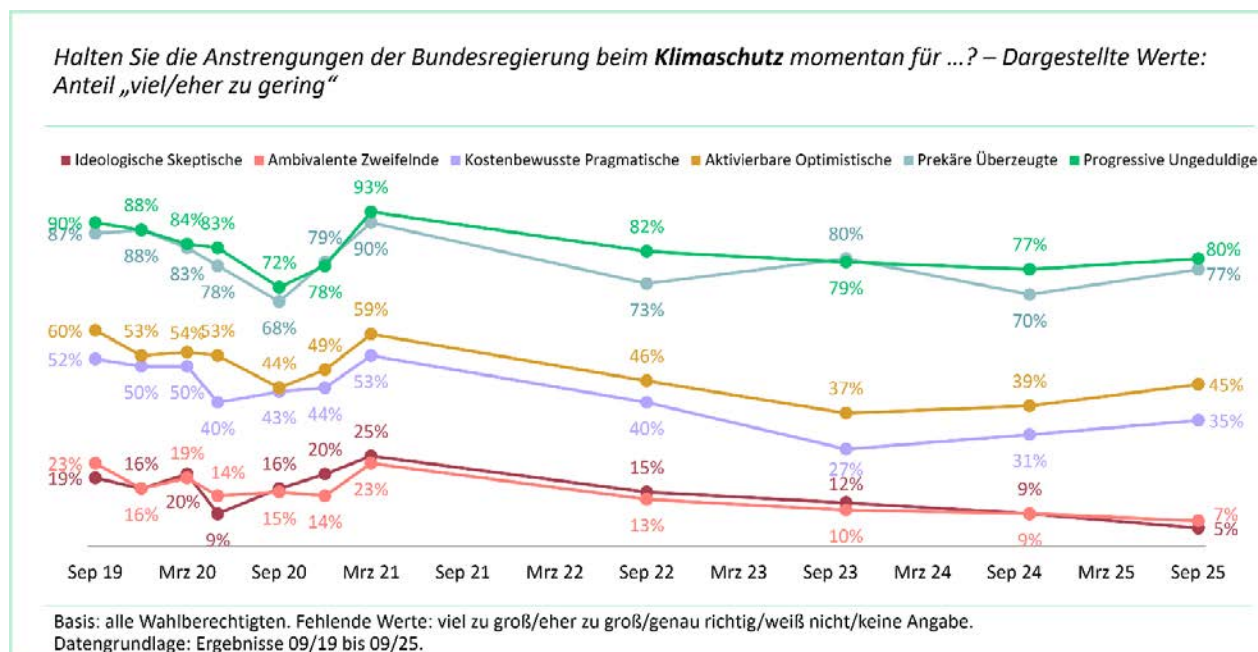


Abbildung 34: Anstrengungen der Bundesregierung beim Klimaschutz - Segmentauswertung mit Zeitreihe.

Aufgrund des veränderten Ressortzuschnitts während der 20. Legislaturperiode wurde zusätzlich im gleichen Format erhoben, wie Bürger/innen die Anstrengungen der Bundesregierung beim Umwelt- und Naturschutz bewerten. Dass die Ergebnisse nur wenige Prozentpunkte von den Ergebnissen der Frage nach Klimaschutz abweichen, bestätigt nochmals die Erkenntnis aus den Fokusgruppen, dass Bürger/innen von sich aus nicht zwischen Klima- und Umweltschutz differenzieren. Im Oktober 2023 werteten 42 Prozent die Anstrengungen der Bundesregierung beim Umwelt- und Naturschutz als zu gering. Im Oktober 2024 waren es mit 44 Prozent ähnlich viele.

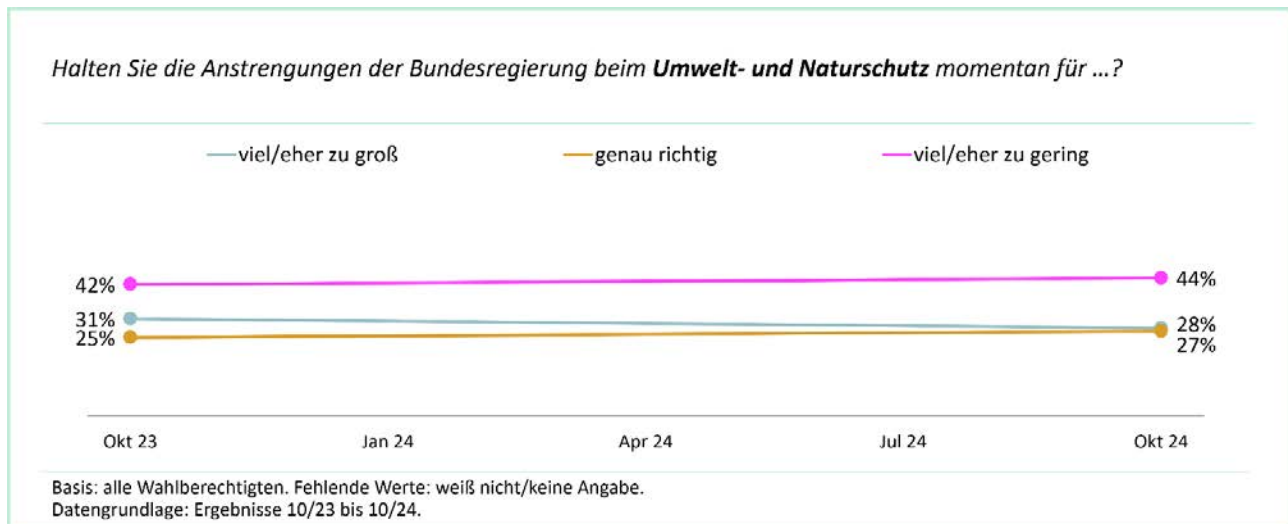


Abbildung 35: Anstrengungen der Bundesregierung beim Umwelt- und Naturschutz - Zeitreihe.

Explizit nach den Anstrengungen der Bundesregierung in konkreten Bereichen gefragt, schätzt im Oktober 2025 mit 52 Prozent bis 59 Prozent jeweils mehr als die Hälfte der Bürger/innen die Anstrengungen zu gering ein: beim Schutz vor Starkregen, beim Schutz von Straßen und Schienen gegen klimawandelbedingte Schäden, beim Gesundheitsschutz bei Hitze sowie beim Schutz vor Wasserknappheit. Nur 10 Prozent oder weniger schätzen die Anstrengungen hier jeweils als zu groß ein. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass die Fokusgruppen zeigen, dass konkretes Wissen über die Aktivitäten der Bundesregierung zu diesen Bereichen in der Regel eher gering ist – die Einschätzung beruht hier vermutlich vor allem auf einer generellen Einschätzung zu politischer Regierungsarbeit, nicht auf konkreten Eindrücken und Erfahrungen.

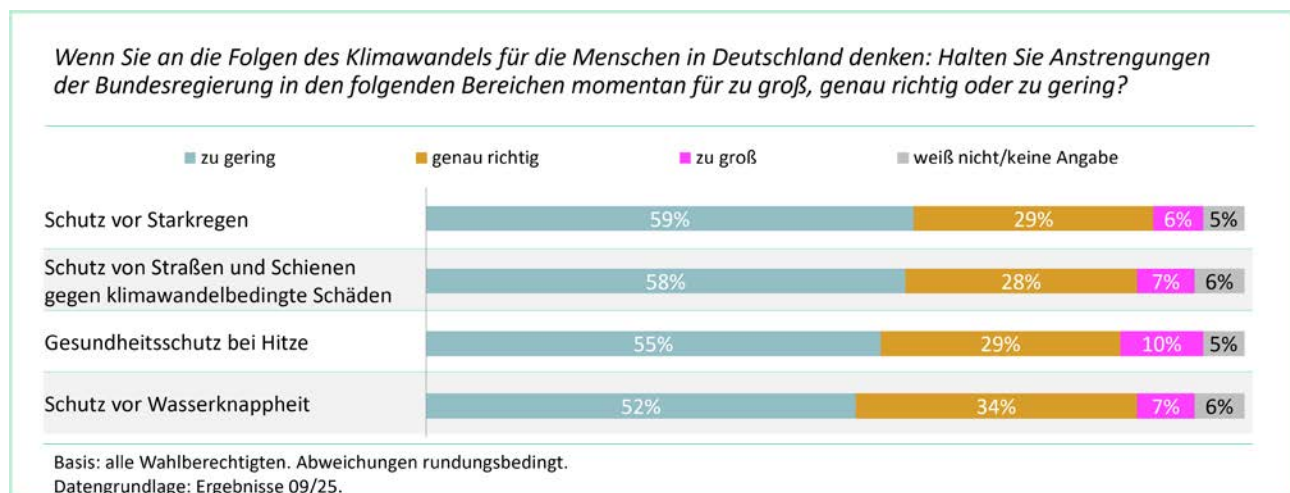


Abbildung 36: Anstrengungen der Bundesregierung beim Klimaschutz in konkreten Bereichen.

Bei einer gemeinsamen Betrachtung der Einschätzungen zu den Chancen und Risiken von mehr Klimaschutz sowie zu den Anstrengungen der Bundesregierung, kann festgehalten werden: Nach wie vor sieht die Mehrheit der Bürger/innen eher Chancen, auch wenn dieser Anteil über die Jahre gesunken ist. Eine zuletzt wieder wachsende Zahl von Bürger/innen schätzt, dass die aktuellen Anstrengungen zu gering sind, eine sinkende und deutlich geringere Zahl, dass sie zu groß sind. Daraus ergibt sich die Frage, welche Erwartungen an das Bundesumweltministerium zur Durchsetzung von Klima- und Umweltschutz gestellt werden – vor allem hinsichtlich der beschriebenen Polarisierungsmüdigkeit und des Stabilitätswunsches.

Insgesamt 51 Prozent der Bürger/innen finden es wichtiger, dass der Bundesumweltminister Klima- und Umweltschutz vorantreibt, auch wenn das zu einem Konflikt innerhalb der Bundesregierung führt. Mit 45 Prozent finden kaum weniger Bürger/innen es hingegen wichtiger, dass der Bundesumweltminister Konflikte in der Bundesregierung vermeiden soll, auch wenn das zu weniger Klima- und Umweltschutz führt. Diese recht knappen Mehrheitsverhältnisse als Ausdruck einer weniger entschiedenen Position für eine der beiden Aussagen zeigen sich auch in den mittleren Segmenten: 51 Prozent der *Aktivierbaren Optimistischen* finden Klima- und Umweltschutz vorantreiben wichtiger, 53 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* das Vermeiden von Konflikten in der Bundesregierung. Sehr deutlich positioniert sind die Segmente mit niedrigem und hohem Problembewusstsein: 83 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* und 77 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden* finden Konfliktvermeidung wichtiger, 77 Prozent der *Pre-kären Überzeugten* und 84 Prozent der *Progressiven Ungeduldigen* das Vorantreiben von Klima- und Umweltschutz.

Wenn Sie einmal an die aktuelle Bundesregierung denken: Was sollte Ihrer Meinung nach für den Umweltminister wichtiger sein?

	Alle	Ideologische Skeptische	Ambivalente Zweifelnde	Kostenbewusste Pragmatische	Aktivierbare Optimistische	Prekäre Überzeugte	Progressive Ungeduldige
Klima- und Umweltschutz vorantreiben, auch wenn das zu einem Konflikt innerhalb der Bundesregierung führt.	51%	14%	17%	43%	51%	77%	84%
Konflikte innerhalb der Bundesregierung vermeiden, auch wenn das zu weniger Klima- und Umweltschutz führt.	45%	83%	77%	53%	44%	23%	11%

Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 09/25.

Abbildung 37: Erwartungen an den Umweltminister - Segmentauswertung.

5.2 Erwartungshaltung und Spannungsfelder

Eine auf Veränderungen abzielende Klima- und Umweltpolitik erfährt angesichts der Transformationsmüdigkeit und gesunkenen Themenrelevanz schwerer breite Akzeptanz und Unterstützung als noch vor einigen Jahren. Politische Unzufriedenheit und Transformationsmüdigkeit gehen mit einem Wunsch nach politischer Stabilität und weniger gesellschaftlichen Konflikten einher. Damit das gelingt kann, müssen die Erwartungshaltungen berücksichtigt und zentrale Spannungsfelder identifiziert werden, um mögliche Hebel zu finden, diese Spannungen aufzulösen.

Die Erwartungshaltung kann in zwei Richtungen verstanden werden: Einerseits hinsichtlich der erwarteten Auswirkungen des Klimawandels, andererseits hinsichtlich der erwarteten Auswirkungen von Klimaschutz auf alltägliche Lebensbereiche. Der Klimawandel und seine Folgen sind für viele Menschen immer noch etwas Abstraktes, das nur punktuell spürbar wird und als Prozess schwer greifbar ist. Bei den erwarteten Auswirkungen legen die Fokusgruppen zwei zentrale Annahmen offen. Die erste Annahme lässt sich als Distanzproblem beschreiben: Viele Bürger/innen gehen davon aus, dass die Folgen des Klimawandels vor allem kommende Generationen, Menschen in anderen geografischen Regionen oder vulnerable Gruppen treffen werden – nicht aber sie selbst. Die zweite Annahme lässt sich als Stabilitätsillusion beschreiben: In den Fokusgruppen wird diskutiert, welche Veränderungen Klimaschutz mit sich bringt, während implizit die Annahme getroffen wird, dass kein Klimaschutz keine Veränderungen bedeutet. Beide Annahmen finden sich vor allem in den Segmenten mit niedrigem, aber auch mit mittlerem Problembewusstsein.

Klima- und Umweltschutz hingegen ist für viele Menschen sehr konkret und hat unmittelbar spürbare Auswirkungen auf ihren aktuellen Alltag. Explizit nach Auswirkungen von mehr Klimaschutzmaßnahmen für einzelne Bereiche gefragt, erwartet etwa die Hälfte der Bürger/innen sowohl für Gesundheit (55

Prozent), für technologischen Fortschritt und Innovationen (55 Prozent) als auch für Lebensqualität allgemein (47 Prozent) alles in allem eher positive Auswirkungen. In allen anderen Bereichen überwiegt der Anteil derjenigen, die eher negative Auswirkungen erwarten. Etwas mehr als jede/r zweite Bürger/in erwartet negative Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Wirtschaft und Wohlstand (jeweils 51 Prozent). Etwas weniger als jede/r zweite Bürger/in erwartet zudem negative Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit (47 Prozent) – und aus den Fokusgruppen ist bekannt, dass steigende Preise stark mit Klimaschutzmaßnahmen assoziiert und als der zentrale Nachteil gesehen werden. Mit Blick auf die oben skizzierte generelle politische Stimmung und die Verschiebungen auf der Themenagenda lassen sich vor dem Hintergrund dieser eher negativen Erwartungshaltung gegenüber Auswirkungen von mehr Klimaschutzmaßnahmen zwei zentrale Spannungsfelder identifizieren, die sich schon in den Fokusgruppendifkussionen zeigen und einer näheren Betrachtung lohnen: Zum einen das wechselseitige Verhältnis von Klimaschutz und Wirtschaft, zum anderen das Verhältnis von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit, konkreter noch Bezahlbarkeit und Lebenshaltungskosten.

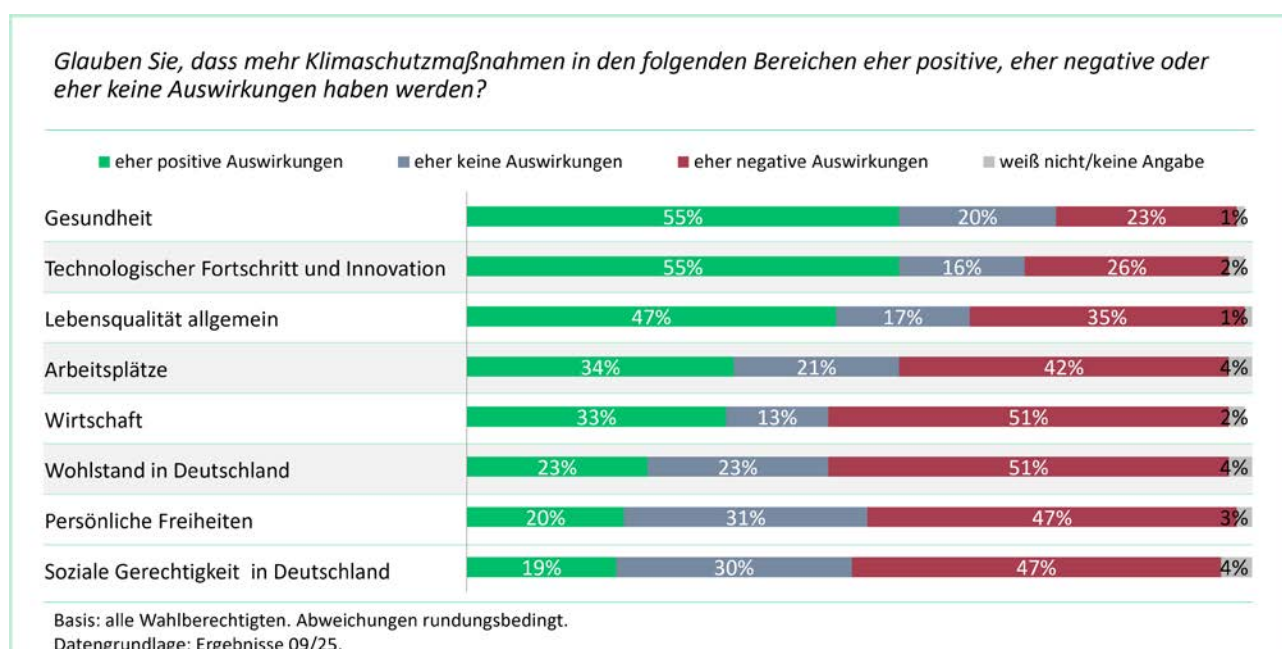


Abbildung 38: Auswirkungen von mehr Klimaschutzmaßnahmen.

5.3 Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Aufschwung mit Klima- und Umweltschutz

Mehr Klimaschutzmaßnahmen werden vom Großteil der Bürger/innen mit negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze assoziiert. Das wirft zunächst die Frage auf, welche Präferenz geäußert wird, wenn diese beiden Dimensionen als Gegensätze formuliert werden: 45 Prozent der Bürger/innen geben in der quantitativen Befragung im September 2025 an, Klimaschutz müsse gerade jetzt angegangen werden, auch wenn das langsamere Wirtschafts- und Jobwachstum bedeutet. 51 Prozent hingegen stimmen zu, dass Wirtschaftswachstum und mehr Jobs aktuell wichtiger als Klimaschutz sind.

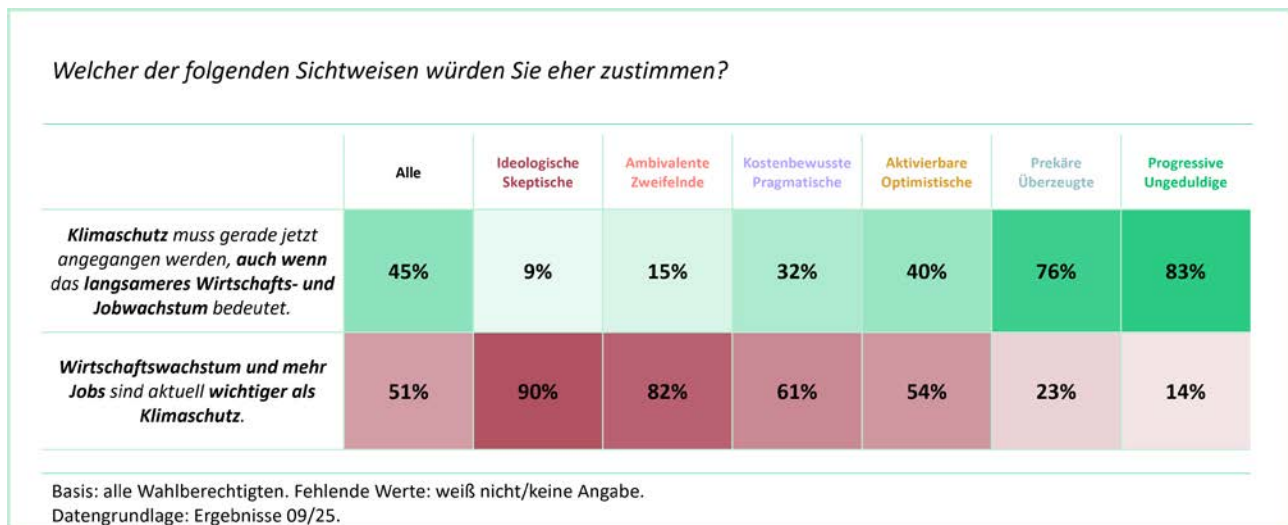


Abbildung 39: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum - Segmentauswertung.

In den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein ist das Stimmungsbild sehr eindeutig: 90 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* und 82 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden* entscheiden sich für die Aussage, dass Wirtschaft und Arbeitsplätze gegenüber Klimaschutz prioritär sind. Auch die mittleren Segmente tendieren in diese Richtung, wenn auch weniger deutlich: 61 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* und 54 Prozent der *Aktivierbaren Optimistischen*. In dieser Frage verläuft die Konfliktlinie also nicht zwischen den Segmenten mit niedrigem und mittlerem, sondern zwischen mittlerem und hohem Problembewusstsein: *Prekäre Überzeugte* entscheiden sich mit 76 Prozent und *Progressive Ungeduldige* mit 83 Prozent im Gegensatz zu den anderen Segmenten dafür, dass Klimaschutz prioritär zu behandeln sei, auch wenn es wirtschaftlichen Aufschwung und Jobwachstum verlangsame. Anhand der Fokusgruppen lässt sich nachvollziehen, welcher argumentative Zusammenhang zwischen Klima- und Umweltschutz einerseits und Wirtschaft andererseits von den jeweiligen Segmenten hergestellt wird und welche Narrative hier anschlussfähig sind.

Ideologische Skeptische und *Ambivalente Zweifelnde* sind – auch unabhängig von Klima- und Umweltschutz – um Wirtschaft und Wohlstand besorgt. Daher stoßen Argumentationen, dass ein konsequenter Klima- und Umweltschutz zu einer Gefahr für diese oder auch für die Versorgungssicherheit werden, bei ihnen auf starke Zustimmung. Sie thematisieren von sich aus, dass Klima- und Umweltschutz eine „De-industrialisierung“ fördere und Deutschland langfristig „zu einem Entwicklungsland degradiert“ werde. Zudem lassen fast alle Teilnehmer/innen Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Untergangsnarrative erkennen, einige Teilnehmende argumentieren in diesem Kontext auch mit Verschwörungsnarrativen. Zugespitzt führt bei einigen Klima- und Umweltschutz zu einer Kränkung ihres Nationalstolzes: Deutschland sei wirtschaftlicher Vorreiter gewesen, jetzt würden andere Länder es belächeln, weil Deutschland auf Kosten der eigenen wirtschaftlichen Stärke die Welt retten wolle. Das durch die Moderation eingebrachte Gegenargument, dass durch ambitionierten Klima- und Umweltschutz neue Jobs entstehen könnten, wird abgelehnt und verspottet.

Die beiden mittleren Segmente *Aktivierbare Optimistische* und *Kostenbewusste Pragmatische* sind ebenfalls um Wirtschaft und Wohlstand besorgt und halten diese derzeit gegenüber Klima- und Umweltschutz für prioritär, aber eine „Deindustrialisierung“ durch Klima- und Umweltschutz, erst recht eine politisch gewollte, sehen sie nicht. Dieses Untergangsnarrativ zeigt derzeit in der Breite keine Anschlussfähigkeit. Mit Blick auf die schlechte Grundstimmung in den Mitte-Segmenten ist aber keinesfalls garantiert, dass es auch in Zukunft so bleibt.

Die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* haben durchaus Sorge, dass ambitionierter Klima- und Umweltschutz auch auf Kosten von Wirtschaftsbranchen und den entsprechenden Arbeitsplätzen gehen kann, aber sie argumentieren von sich aus, dass dafür andere Branchen profitieren und neue Arbeitsplätze an anderer Stelle entstehen. Konträr zum Untergangsnarrativ der Segmente mit niedrigem Problembewusstsein verbinden sie ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik damit, sich für die Zukunft gut aufzustellen. Denn kein Klima- und Umweltschutz, so wird argumentiert, koste am Ende mehr. Auffällig ist, dass die *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten* hier zwar ähnlich starke, wenn auch konträre Meinungen zu den *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* haben, aber bis auf einige Ausnahmen ihre Meinung weniger entschieden vertreten. Abwägungen wie „Dazu habe ich aber keine Zahlen“, oder „Das kann ich nicht beurteilen“ sind bei ihnen zu hören, bei den *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* nicht.

In den Fokusgruppen wird auch die Frage nach den deutschen und europäischen Klimazielen aufgegriffen. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung zeigen, dass segmentübergreifend der Großteil der Bürger/innen angibt, von diesen Klimazielen bereits gehört oder gelesen zu haben. Einordnend muss erwähnt werden, dass nur die wenigsten Teilnehmer/innen der Fokusgruppen diese Klimaziele aber datieren oder genau definieren konnten. Was genau unter dem Begriff Klimaneutralität zu verstehen ist, bleibt für die meisten Bürger/innen derzeit unbestimmt.

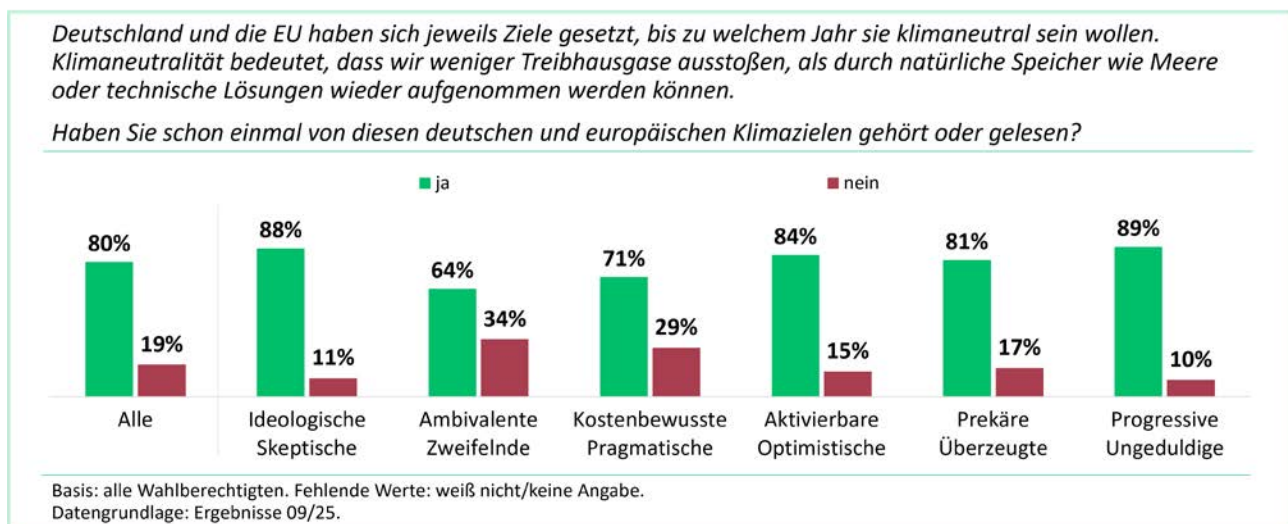


Abbildung 40: Bekanntheit der deutschen und europäischen Klimaziele - Segmentauswertung.

In Übereinstimmung mit den qualitativen Befunden der Fokusgruppen zeigt die repräsentative Befragung aber, dass die Mehrheit der Bürger/innen nach einer kurzen Erklärung zu den Klimazielen diese grundsätzlich befürwortet: 63 Prozent geben an diese eher oder sehr gut zu finden. Lediglich in den Segmenten mit niedrigem Problembewusstsein – *Ideologische Skeptische* und *Ambivalente Zweifelnde* – bewertet eine klare Mehrheit diese als eher bis sehr schlecht.

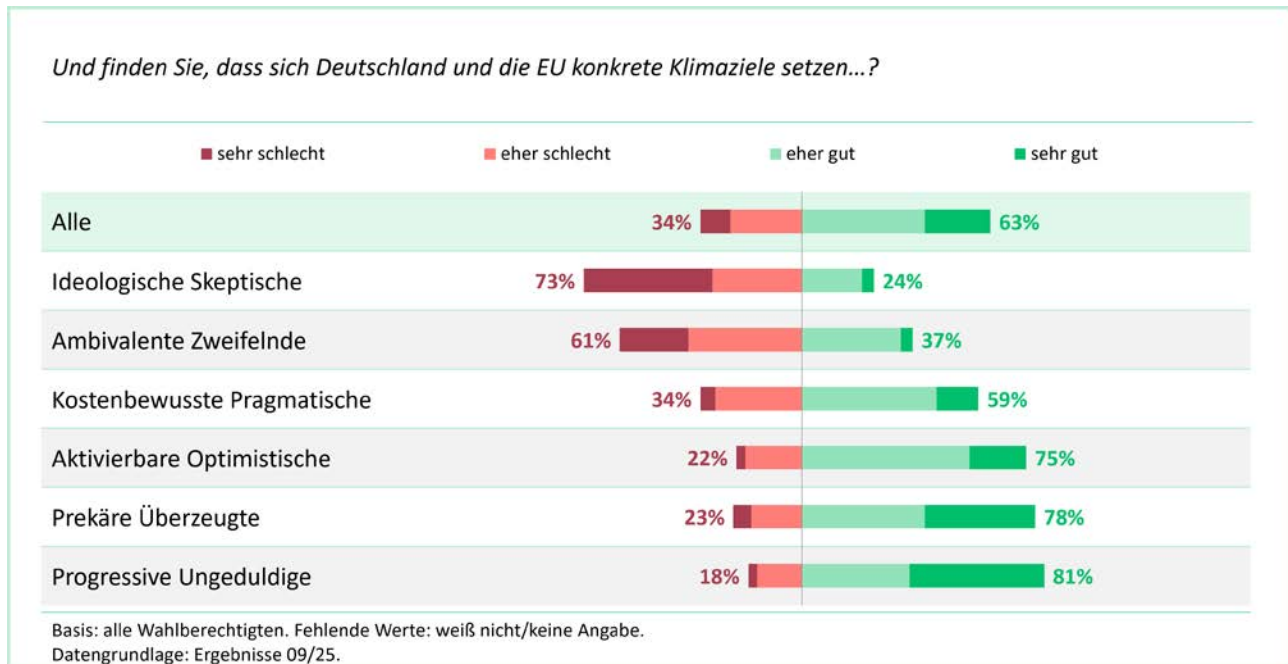


Abbildung 41: Bewertung der deutschen und europäischen Klimaziele - Segmentauswertung.

In den Fokusgruppen ließen sich zwei Argumentationsebenen zu den Klimazielen ausmachen: eine generelle Bewertung und eine Bewertung mit explizitem Blick auf Auswirkungen auf die Wirtschaft. Bei der generellen Bewertung erfahren die Pro- und Contra-Argumente ähnlich hohe Zustimmungswerte: 50 Prozent halten Deutschland Klimaziele für einen guten Kompromiss aus Dringlichkeit und Machbarkeit. 46 Prozent stimmen zu, die Klimaziele seien zu ambitioniert und sollten verschoben werden.

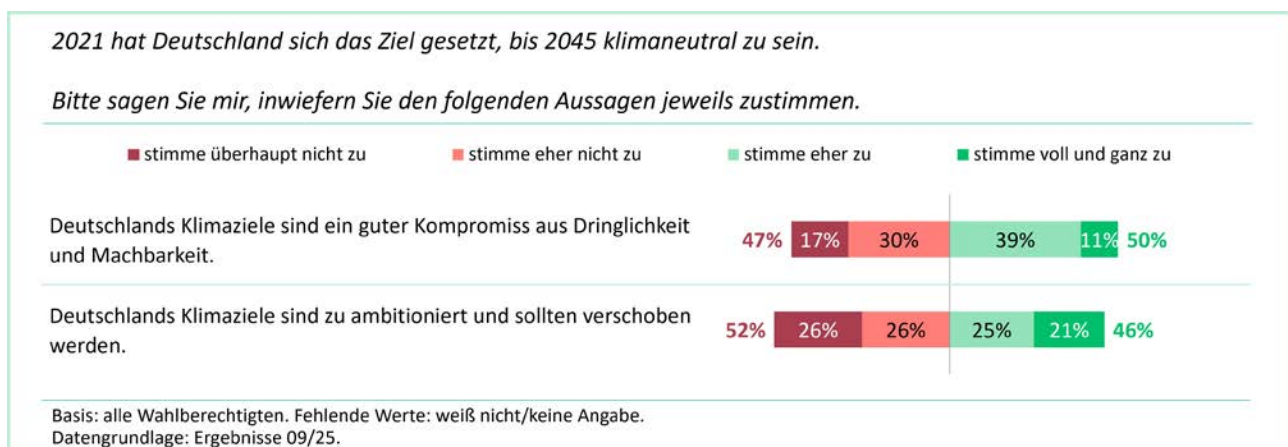


Abbildung 42: Allgemeine Argumente für und gegen Klimaneutralität.

Insbesondere die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* lehnen das Pro-Argument stark ab und stimmen dem Contra-Argument ebenso stark zu. Die *Prekären Überzeugten* und *Progressiven Ungeduldigen* auf der anderen Seite lehnen das Contra-Argument stark ab und stimmen dem Pro-Argument zu, aber weniger stark. Denn für sie kommen die bestehenden Klimaziele zu spät – fehlende Zustimmung zu dem Argument, die Klimaziele seien ein guter Kompromiss aus Dringlichkeit und Machbarkeit, erfolgt bei ihnen daher aus einer konträren Richtung als bei den *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden*. Die mittleren Segmente – *Kostenbewusste Pragmatische* und *Aktivierbare Optimistische* – sind in dieser Frage nicht so klar positioniert. Rund die Hälfte stimmt jeweils beiden Argumenten zu, wobei die *Kostenbewussten Pragmatischen* leicht zur Argumentation gegen die Klimaziele tendieren, die *Aktivierbaren Optimistischen* zur Argumentation für die Klimaziele.

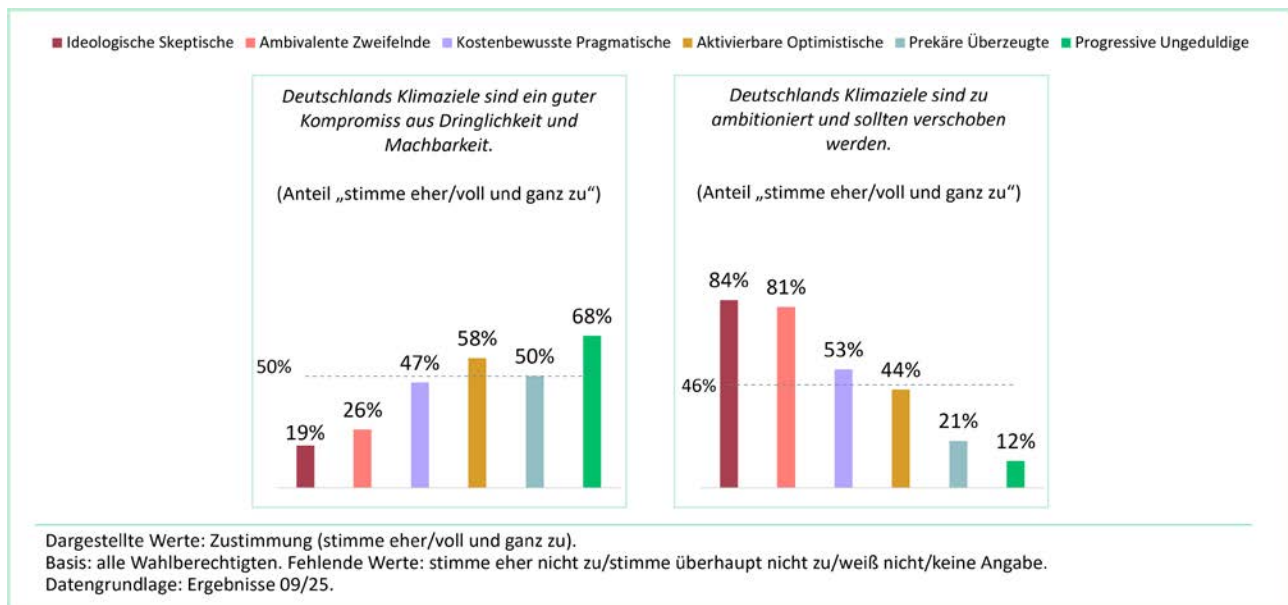
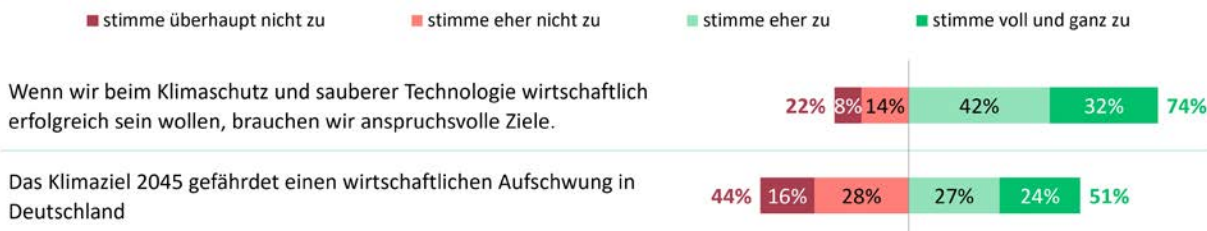


Abbildung 43: Allgemeine Argumente für und gegen Klimaneutralität - Segmentauswertung.

Hinsichtlich des Zusammenhanges mit Wirtschaft lassen sich in den Fokusgruppendifkussionen bei den Teilnehmenden zwei Argumentationslinien verfolgen: Klimaziele als Gefahr für den wirtschaftlichen Aufschwung oder aber als Voraussetzung und Hebel, um bei sauberer Technologie wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Hier erfährt das Pro-Argument in der repräsentativen Befragung mit 74 Prozent deutlich mehr Zustimmung als das Contra-Argument mit 51 Prozent.

2021 hat Deutschland sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein.

Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen jeweils zustimmen.

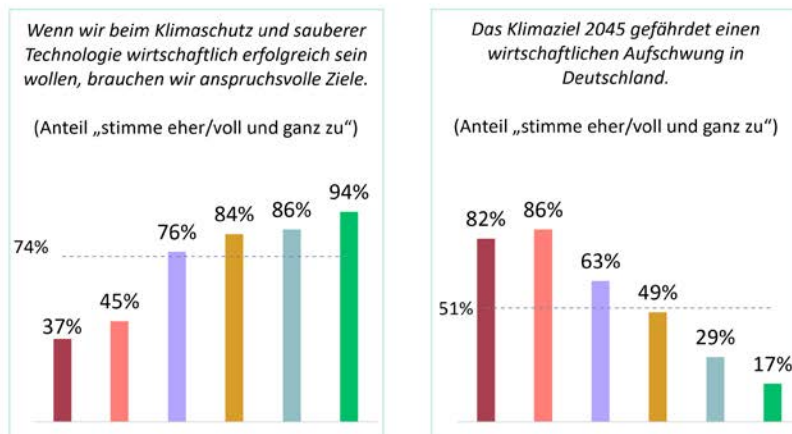


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 09/25.

Abbildung 44: Wirtschaftliche Argumente für und gegen Klimaneutralität.

Die Segmentauswertung zeigt ein ähnliches Muster wie bei der generellen Pro- und Contra-Argumentation: Die *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* stimmen der Contra-Argumentation stark zu, die *Prekären Überzeugten* und *Progressiven Ungeduldigen* hingegen der Pro-Argumentation. Entscheidend ist hier, dass die *Kostenbewussten Pragmatischen* und *Aktivierbaren Optimistischen* an dieser Stelle auch eine starke Zustimmung aufweisen – und zwar für das Pro-Argument, dass anspruchsvolle Ziele notwendig sind, um beim Klimaschutz und sauberer Technologie wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Hierin liegt ein Hebel, um das wahrgenommene Spannungsverhältnis von Klimaschutz vs. Wirtschaft aufzulösen.

■ Ideologische Skeptische ■ Ambivalente Zweifelnde ■ Kostenbewusste Pragmatische ■ Aktivierbare Optimistische ■ Prekäre Überzeugte ■ Progressive Ungeduldige



Dargestellte Werte: Zustimmung (stimme eher/voll und ganz zu).
Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 09/25.

Abbildung 45: Wirtschaftliche Argumente für und gegen Klimaneutralität - Segmentauswertung.

5.4 Soziale Gerechtigkeit im Bereich Klima- und Umweltschutz

Aus den qualitativen und quantitativen Befragungen ist bekannt, dass ein zentraler Nachteil oder negativer Effekt, der mit Klima- und Umweltschutz in Verbindung gebracht wird, steigende Preise und Lebenshaltungskosten sind. In den Fokusgruppen zeigte sich, dass dabei Begriffe wie „sozialökologische Transformation“ aus Sicht der Teilnehmenden kaum bekannt oder verständlich sind. Sie wurden als abstrakt, technokratisch und wenig greifbar erlebt – ohne klare Bedeutung für den eigenen Alltag.

In der quantitativen Befragung im September 2025 wurde – auch vor dem Hintergrund des Europäischen Emissionshandelssystem 2 (EU-ETS II) – für verschiedene Bereiche abgefragt, wie groß die Sorge vor durch Klimaschutzmaßnahmen steigenden Preisen jeweils ist. Mit 76 Prozent hat die deutliche Mehrheit der Bürger/innen eher große bis sehr große Sorgen vor steigenden Preisen beim Heizen. 73 Prozent äußern eher große bis sehr große Sorge vor steigenden Strompreisen, 70 Prozent vor steigenden Preisen beim Tanken. Geringer aber dennoch recht ausgeprägt ist die Sorge vor steigenden Mietpreisen – hier geben 61 Prozent an, eher große bis sehr große Sorgen zu haben. Dieser geringere Anteil erklärt sich aber zum einen auch daraus, dass nicht alle Bürger/innen Mieter/innen sind und so auch davon betroffen wären, zum anderen, dass der Zusammenhang zu Klimaschutzmaßnahmen weniger direkt ersichtlich ist.

Die Segmentauswertung zeigt, dass die Sorge vor Preissteigerungen insbesondere in den drei ressourcen-schwächeren Segmenten – *Ambivalente Zweifelnde*, *Kostenbewusste Pragmatische* und *Prekäre Überzeugte* – sehr ausgeprägt ist. Aber auch die ressourcenstärkeren Segmente zeigen sich hier mehrheitlich besorgt. Die geringsten Werte finden sich bei den *Progressiven Ungeduldigen*. Nur bei Mietpreisen zeigt sich bei den *Aktivierbaren Optimistischen* ein ähnlich geringer Wert – der darauf zurückzuführen ist, dass dieses Segment seltener zur Miete wohnt und weniger stark durch hohe Mieten betroffen ist.

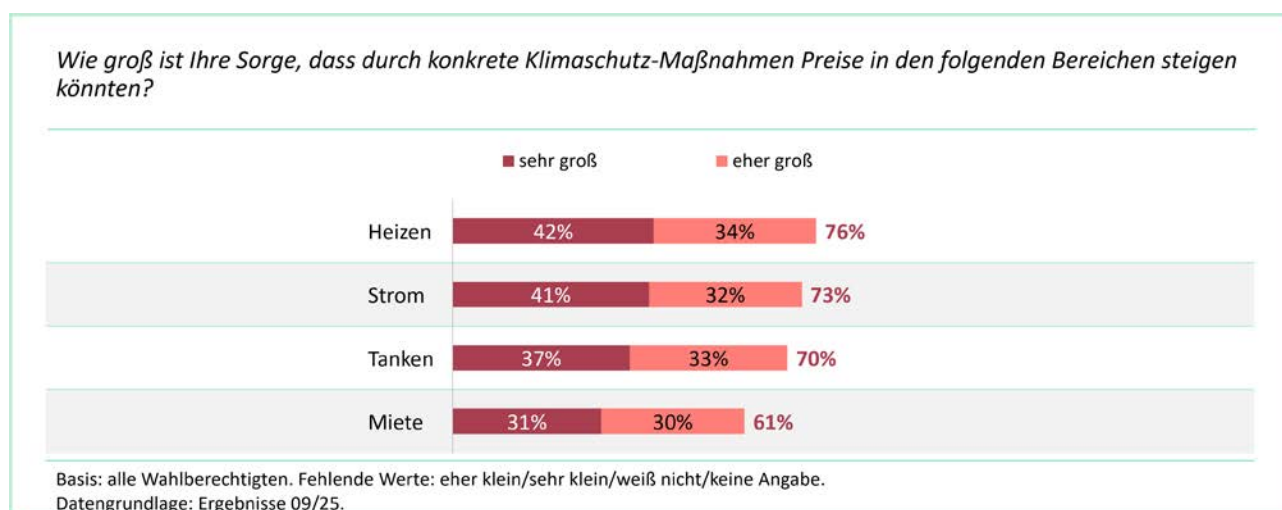


Abbildung 46: Sorgen vor Preissteigerungen.

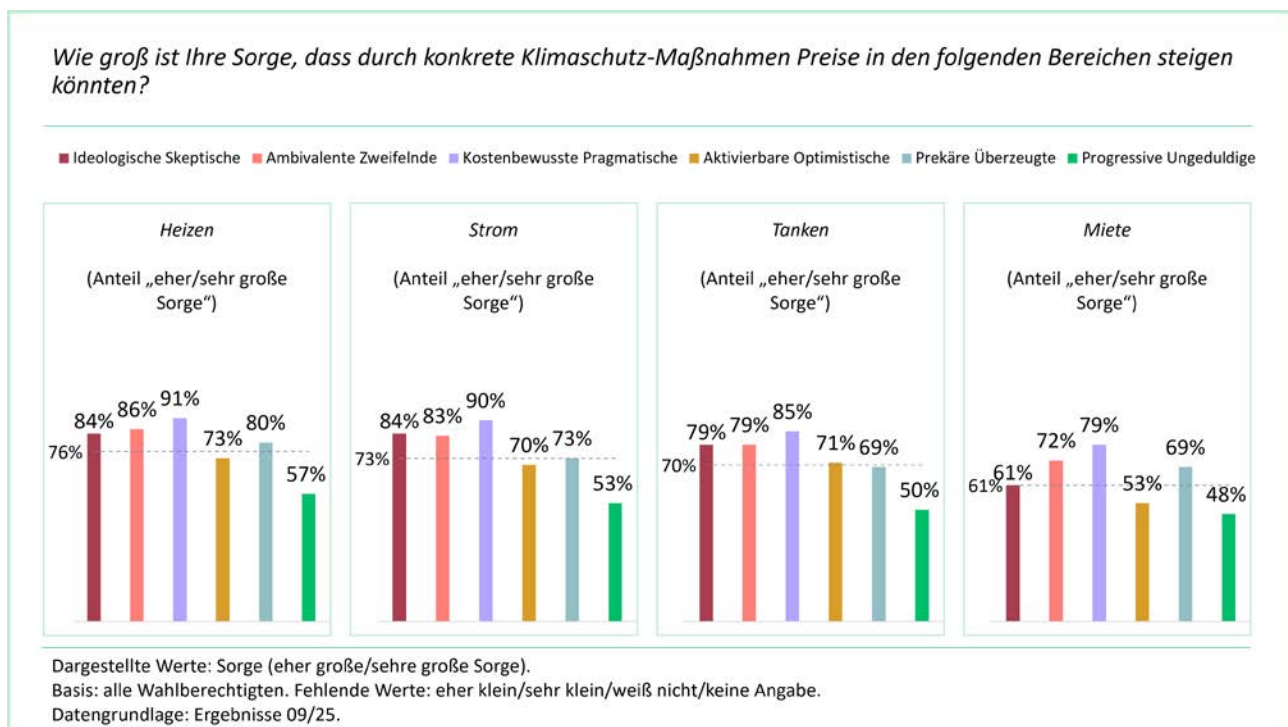
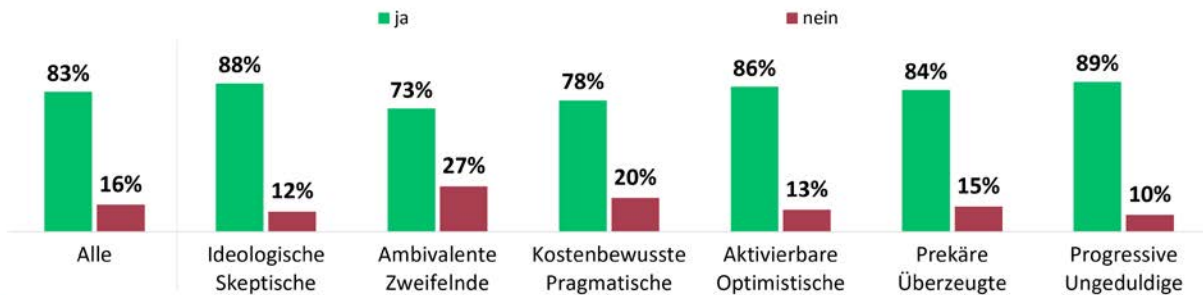


Abbildung 47: Sorgen vor Preissteigerungen - Segmentauswertung.

Angesichts der schon bereits vorhandenen generellen Sorge vor weiter steigenden Preisen und der gegenwärtig geringeren Priorisierung von Klima- und Umweltschutz durch die Befragten können tatsächlich durch Klimaschutzmaßnahmen steigende Preise, wenn sie nicht von Investitionen oder flankierenden Maßnahmen zum sozialen Ausgleich inklusive entsprechender Kommunikation ausreichend begleitet werden, Akzeptanz für Klimaschutz kosten. In den Fokusgruppen sind sich bis auf die *Ideologischen Skeptischen* alle Segmente einig, dass eine soziale Klimapolitik und auch die gezielte Entlastung bestimmter Bevölkerungsgruppen – vor allem Menschen mit kleinen bis mittleren Einkommen – umfassen sollte. Es gibt segmentübergreifend aber wenig Vertrauen, dass „die Politik“ in der Lage ist, Entlastungen tatsächlich sozial und sinnvoll zu gestalten. Die Fokusgruppen zeigen darüber hinaus, dass die Bürger/innen den ETS II derzeit noch nicht antizipieren oder kennen. Der CO₂-Preis an sich ist aber durchaus bekannt, wie auch die quantitative Befragung zeigt. Je nach Segment geben zwischen 73 und 89 Prozent an, schon einmal vom CO₂-Preis gehört oder gelesen zu haben. In den Fokusgruppendifkussionen um CO₂-Bepreisung und möglichen Entlastungen argumentieren die Segmente unterschiedlich:

Seit 2021 gibt es in Deutschland einen sogenannten CO₂-Preis. Ziel ist es, dass weniger klimaschädliches CO₂ ausgestoßen wird. Durch den CO₂-Preis erhöhen sich die Preise für Heizen mit Öl und Gas sowie Sprit, sodass diese unattraktiv und klimafreundliche Alternativen attraktiver werden.

Haben Sie davon schon einmal gehört oder gelesen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 09/25.

Abbildung 48: Bekanntheit des CO₂-Preises - Segmentauswertung.

Da weder die Prämisse des menschengemachten Klimawandels vollumfänglich noch das Ziel von Klimaneutralität überhaupt akzeptiert werden, lehnen *Ideologische Skeptische* Preissteigerungen durch Klimaschutzmaßnahmen – wie etwa die CO₂-Bepreisung – strikt ab. Der CO₂-Preis wird als ein Beispiel für „Bevormundung durch die Politik“ gesehen. Eine sozial ausgleichende Ausgestaltung von Klimaschutz halten sie für unnötig; insbesondere Entlastungen kleinerer Einkommen werden strikt zurückgewiesen, da sie darin eine ungerechte Bevorteilung vermuten. Förderungen für klimafreundliches Verhalten werden ebenso abgelehnt. Sollte der Staat investieren, dann vor allem in Infrastruktur, die allen zugutekommt. Stärker noch werden Steuersenkungen für alle eingebracht und befürwortet. Insgesamt ist das Thema Belastung, Entlastung und Förderung in diesem Segment hochgradig aufgeladen und stark negativ besetzt – zu stark sei der staatliche Eingriff.

Ambivalente Zweifelnde interpretieren CO₂-Bepreisung als Bestrafung. Anstatt für Energieverbrauch belastet zu werden, wünschen sie sich eine stärkere Unterstützung bei der sozial-ökologischen Transformation, durch die sie profitieren könnten (beispielsweise bei der Förderung privater Photovoltaikanlagen) – nicht aber aus umwelt- oder klimaschützenden rationalem, sondern aus rein finanziellem Interesse. Die Vorstellung, bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker zu belasten, lehnen sie ab – auch Vermögende sollten keinen höheren Beitrag leisten, da sie als verdiente Leistungsträger wahrgenommen werden, die die Wirtschaft stützen und man eine Abwanderung der Branchen fürchtet. Entlastungen hingegen sollten allen zugutekommen – vor allem dem eigenen Segment.

Kostenbewusste Pragmatische wünschen sich, dass die Bevölkerung in der Transformation von der Politik unterstützt wird. Soziale Klimapolitik bedeutet für sie vor allem, ressourcenärmere Bevölkerungsgruppen wie sie selbst nicht mit steigenden Kosten allein zu lassen. Dafür braucht es gleichwertige Alternativen für klimafreundliches Verhalten. Wo klimafreundliches Verhalten ohne finanzielle(?) Mehrkosten möglich ist, wären sie dazu bereit. Entlastungen bestimmter Einkommens- oder Bevölkerungsgruppen, etwa Familien mit Kindern, sehen sie als Möglichkeit für sozialen Ausgleich.

Aktivierbare Optimistische zeigen derzeit nur wenig Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen, wenn diese Preissteigerungen bedeuten, ohne dass Verbraucher/innen dann auch einen direkten Vorteil davon haben. Positive Erfahrungen gibt es jedoch: Teilnehmende dieses Segments haben etwa finanziell von Förderungen für Wärmepumpen oder Photovoltaik profitiert und wünschen sich, dass auch andere Bevölkerungsgruppen Zugang zu solchen Technologien erhalten. Sie verstehen grundsätzlich die Logik hinter dem CO₂-Preis, erwarten aber, dass die Einnahmen sinnvoll eingesetzt werden, zum Beispiel für Infrastruktur, die klimafreundliches Verhalten erleichtert, aber auch für gezielte Anreize wie eine Förderung von Wärmepumpen und E-Autos. An der Transformation beteiligen sie sich vor allem dann, wenn klar ist, welchen persönlichen Nutzen sie davon haben. Sie empfinden die aktuellen Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen als unfair verteilt: Sie selbst könnten diese zwar oft tragen, entlastet werden sollten aber vor allem Menschen mit geringeren Einkommen.

Prekäre Überzeugte halten Klimaschutz für sehr wichtig, aber sorgen sich zugleich, welche Preissteigerungen sie persönlich stemmen können. Investitionen sehen sie als entscheidende Entlastung, sowohl Subventionen für Privatinvestitionen, als auch für den Ausbau öffentlicher Strukturen, von denen sie selbst am ehesten profitieren können. Besonders wichtig ist ihnen, dass vorrangig Menschen mit niedrigen Einkommen bedacht werden. Sie befürworten Anreize für klimafreundliches Verhalten – etwa ein kostenloses Deutschlandticket oder den Ausbau des ÖPNV. Noch stärker als andere Segmente sehen sie Vermögende sowie Wirtschaft und Industrie in der Verantwortung, einen größeren Anteil der Belastungen zu tragen.

Progressive Ungeduldige unterstützen Transformation zu Klimaneutralität und Klimaschutz aus Überzeugung und kritisieren, wenn mit möglichen finanziellen(?) Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen dagegen argumentiert wird. Sie sehen auch die Kosten des Nichthandelns und halten höhere Belastungen – etwa durch den CO₂-Preis – für alle Bevölkerungsgruppen für unvermeidlich. Eine Sorge, die sie dabei aber durchaus auch umtreibt, sind die potenziellen Auswirkungen auf die Gesellschaft: „Das bereitet jedem irgendwie Bauchschmerzen. Dem einen oder anderen sicherlich persönlich, weil er einfach nur diesen gesellschaftlichen Zündstoff bei steigender Inflation darin sieht.“ Entlastungen sollten auch aus ihrer Sicht in erster Linie in öffentliche Infrastruktur fließen, von der alle profitieren. Subventionen für private Investitionen wie Wärmepumpen oder E-Auto-Förderungen sehen sie kritisch, wenn diese vor allem Haushalten mit hohem Einkommen nutzen. Stattdessen befürworten sie einkommensschwächere Gruppen gezielt zu entlasten, da diese Klimaschutzkosten schlechter abfedern können. Industrie und obere Einkommensgruppen sehen sie klar in der Verantwortung – auch wenn nicht immer klar ist, ob sie sich selbst dazu zählen.

In den Fokusgruppen zeigt sich eine deutliche Präferenz, Einnahmen aus dem CO₂-Preis vor allem für Investitionen in Infrastruktur zu verwenden – zum einen, weil es den Teilnehmer/innen schwer fällt zu entscheiden, wie eine Auszahlung gerecht gestaltet und auch praktisch umgesetzt werden könnte und der Mechanismus eines Klimageldes nicht intuitiv verstanden wird, zum anderen, weil Investitionen in Infrastruktur als drängend angesehen werden und letztlich allen Bürger/innen zu Gute kämen. Auch wenn es den Teilnehmenden der Fokusgruppen schwerfällt, zu entscheiden, wie direkte Entlastungen fair gestaltet werden könnten, gibt es aber die Forderung auch hiernach.

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung validieren diesen Befund: mit 87 Prozent hält eine eindrucksvolle Mehrheit der Bürger/innen Investitionen in öffentliche Infrastruktur für eine eher bis sehr gute Idee. 69 Prozent werten auch individuelle Förderungen für Bürger/innen, die sich eine Solaranlage oder Wärmepumpe anschaffen wollen, als eine eher bis sehr gute Idee. Eine direkte Auszahlung an alle Bürger/innen als Ausgleich für steigende Preise werten 61 Prozent als eher bis sehr gut. Eine individuelle Förderung zum Kauf oder Leasing eines Elektroautos schätzen im Vergleich dazu gerade einmal 50 Prozent als eher bis sehr gut ein, was sich vor allem auf ein negatives Image der Elektromobilität zurückführen lässt, aber auch durch Skepsis in Bezug auf mangelnde Ladesäuleninfrastruktur begründet ist.

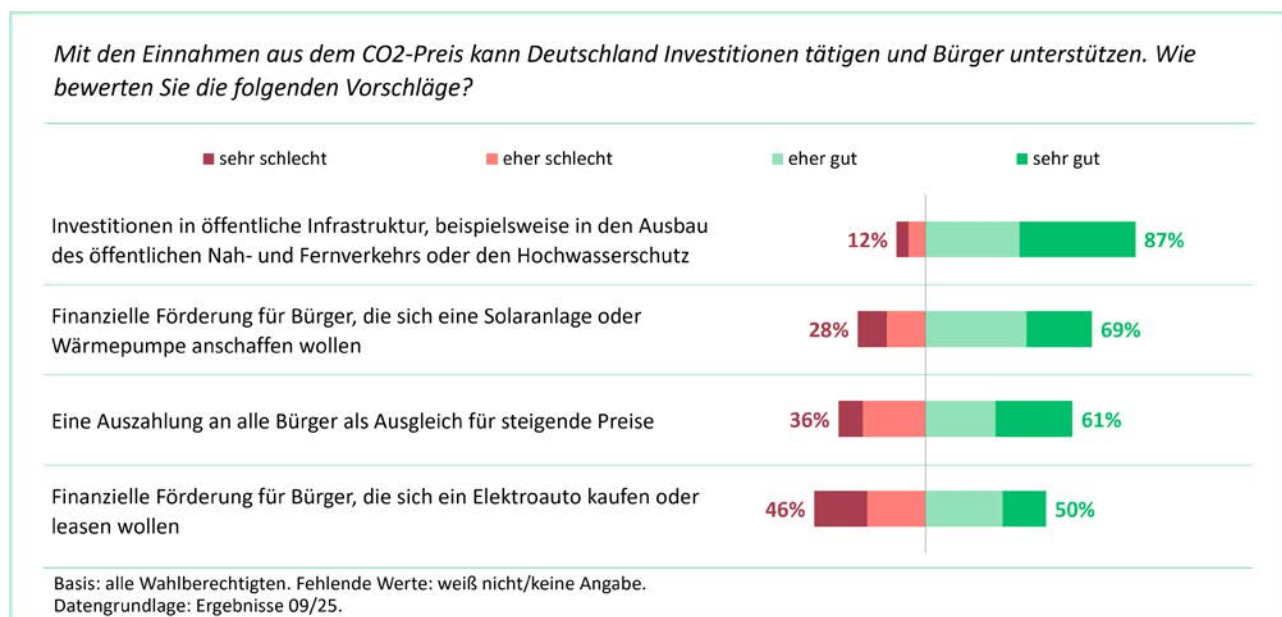


Abbildung 49: Bewertung von Investitions- und Entlastungsmaßnahmen.

Wenn sie sich für eine dieser Maßnahme entscheiden müsste, wählen 47 Prozent die Infrastrukturinvestitionen. 31 Prozent entscheiden sich für eine Auszahlung an alle, 15 Prozent für eine Förderung für Solaranlagen und Wärmepumpen – und gerade einmal 4 Prozent für eine Förderung von Elektroautos.

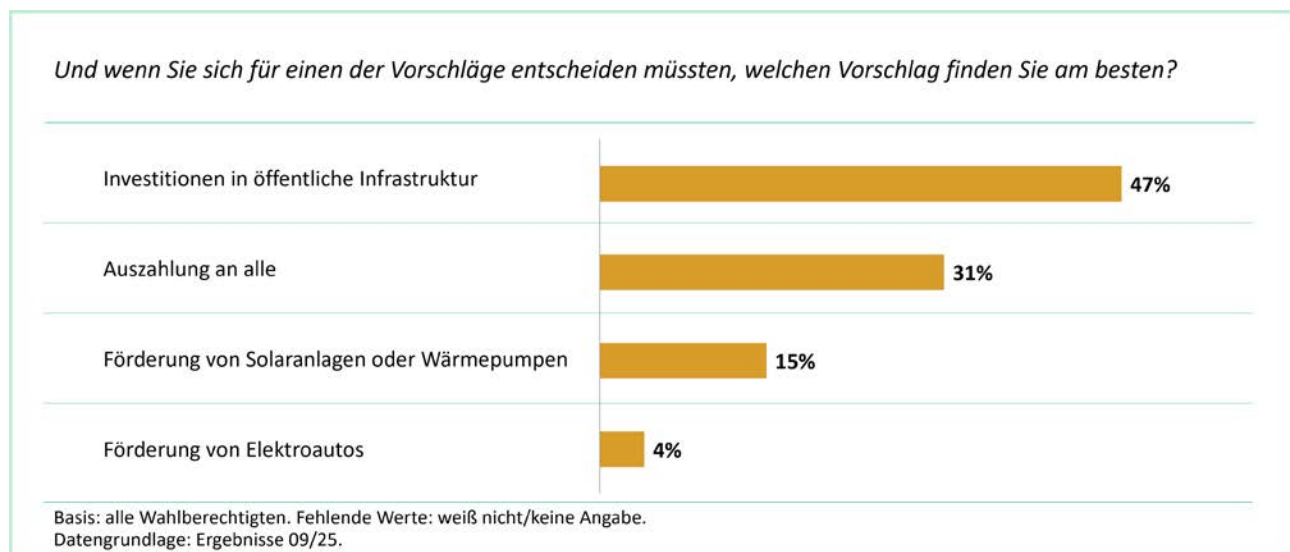


Abbildung 50: Präferierte Investitions- und Entlastungsmöglichkeit.

Investitionen in Infrastruktur stoßen dabei als einziger Vorschlag auch segmentübergreifend auf hohe Zustimmung von 72 Prozent und mehr. Damit diese Maßnahmen aber am Ende tatsächlich Akzeptanz für Klimaschutz und steigende Kosten durch den steigenden CO₂-Preis erhalten, müssen die Investitionen unmittelbar spürbare Effekte und eine Alltagsnähe haben.

Die Bewertung von Förderungen für Bürger/innen – egal ob für Solaranlagen und Wärmepumpen oder auch Elektroautos – korreliert deutlich mit dem Problembewusstsein. Je ausgeprägter dieses ist, desto höher fällt die Zustimmung hierzu aus. Gerade einmal 36 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* halten eine Förderung für Solaranlagen und Wärmepumpen für gut, während es unter *Progressiven Ungeduldigen* 86 Prozent sind. Förderungen für Elektroautos sind in allen Segmenten unbeliebter: 20 Prozent der *Ideologischen Skeptischen* werten diese als eher bis sehr gut und 66 Prozent der *Progressiven Ungeduldigen*.

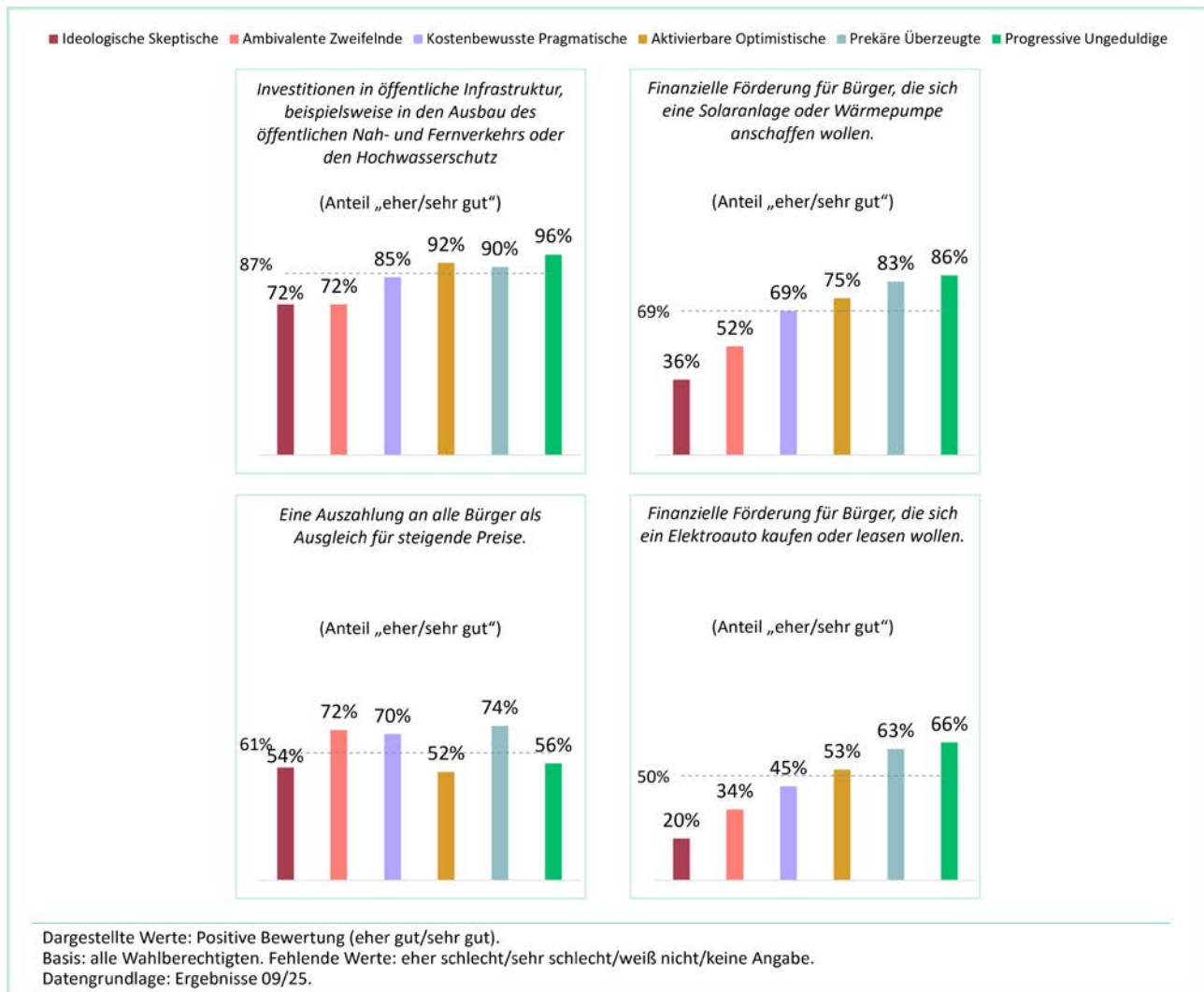


Abbildung 51: Bewertung von Investitions- und Entlastungsmaßnahmen - Segmentauswertung.

Eine direkte Auszahlung an alle Bürger/innen als Ausgleich für steigende Preise erfährt ähnlich wie Investitionen in Infrastruktur eine mehrheitliche Zustimmung – wenn auch deutlich geringer. Hier korreliert die Zustimmung nicht mit dem Problembewusstsein, sondern mit der Ressourcenausstattung der Segmente. Vor allem die drei Segmente mit geringen Ressourcen befürworten diese, weil steigende Preise ohne direkten finanziellen Ausgleich für sie nur schwer zu tragen sind: 74 Prozent der *Prekären Überzeugten*, 70 Prozent der *Kostenbewussten Pragmatischen* und 72 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden*. Bei Letzteren ist diese Maßnahme damit sogar gleichauf mit Investitionen in Infrastruktur.

Auch wenn die Fokusgruppen gezeigt haben, dass es Bürger/innen schwer fällt festzulegen, welche konkrete Ausgestaltung von Förderungen am Ende wirklich gerecht ist, bestätigt die quantitative Befragung hier eine klare Präferenz: 63 Prozent sprechen sich dafür aus, dass diese sozial gestaffelt, also in unterschiedlicher Höhe, abhängig vom Einkommen erfolgen sollte. Vor allem die Segmente mit hohem Problembewusstsein sprechen sich dafür aus, aber auch die beiden mittleren Segmente *Kostenbewusste Pragmatische* und *Aktivierbare Optimistische*, präferieren klar diese Option. Lediglich in den Segmenten

mit niedrigem Problembewusstsein spricht sich eine knappe Mehrheit für eine pauschale Auszahlung oder Förderung aus, also an alle in gleicher Höhe, unabhängig vom Einkommen. 53 Prozent der *Ambivalenten Zweifelnden*, 50 Prozent der *Ideologischen Skeptischen*.

Angenommen es gibt aus den Einnahmen durch den CO2-Preis eine Förderung für Bürger oder eine Auszahlung: Sollte das Ihrer Meinung nach...

	Alle	Ideologische Skeptische	Ambivalente Zweifelnde	Kostenbewusste Pragmatische	Aktivierbare Optimistische	Prekäre Überzeugte	Progressive Ungeduldige
pauschal erfolgen, also an alle in gleicher Höhe, unabhängig vom Einkommen	35%	50%	53%	38%	32%	27%	19%
sozial gestaffelt erfolgen, also in unterschiedlicher Höhe, abhängig vom Einkommen	63%	44%	45%	59%	65%	72%	78%

Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Ergebnisse 09/25.

Abbildung 52: Ausgestaltung von Förderungen und Entlastungen - Segmentauswertung.

6. Anknüpfungspunkte für die Vermittlung und Ausgestaltung von Klima- und Umweltpolitik

Klimaschutz wird im öffentlichen Diskurs zunehmend in einen Kulturkampf verwickelt, die ideologische Zuspitzung dominiert zunehmend. Dabei wird der Diskurs häufig von *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* dominiert. Um Akzeptanz und Unterstützung für Klima- und Umweltpolitik zu sichern, braucht es neben der Auflösung der beschriebenen Spannungsfelder auch geeignete politische Maßnahmen und kommunikative Strategien. Das gilt besonders in einer angespannten gesellschaftlichen Stimmung, in der andere Themen stärker in den Vordergrund rücken und die Kritik an Klima- und Umweltschutz zunimmt.

Entscheidend ist dabei, die beiden Mitte-Segmente nicht zu verlieren und gleichzeitig die *Progressiven Ungeduldigen* sowie die *Prekären Überzeugten* zu stärken. Die Mitte-Segmente spielen eine zentrale Rolle, weil sie grundsätzlich offen für Klima- und Umweltschutz sind, ihre Unterstützung jedoch von einer fortlaufenden Überzeugungsarbeit abhängt. Sie müssen immer wieder darin bestärkt werden, dass Klimaschutz notwendig, sinnvoll und gesellschaftlich tragfähig ist, damit ihre Zustimmung stabil bleibt. Die progressiveren Gruppen hingegen sind bereits überzeugt; bei ihnen geht es vielmehr darum, ihre Position zu festigen und sie in ihrer Rolle als konstruktive Gesprächspartner/innen zu unterstützen – insbesondere darin, wie sie in den Austausch mit anderen Segmenten gehen und dort wirksam argumentieren können. In den Fokusgruppen wurden daher auch Argumente auf ihre Anschlussfähigkeit und Überzeugungsstärke geprüft.

Bei *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* verfangen polarisierte, ablehnende Argumente, sie setzen und verwenden in den Fokusgruppen entsprechende Begriffe und Schlagwörter: „De-industrialisierung“, „Diktatur“, „Ideologie“, „grüne Planwirtschaft“. Untergangsnarrative beschwören das Festhalten am Status quo oder der Vergangenheit und stärken eine Haltung gegen Veränderung.

In der Breite werden diese Argumentationen von *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* in den Fokusgruppen nicht übernommen, aber der Grundstein für Anschlussfähigkeit ist gelegt: Einige gehen ein Stück weit bereits mit und teilen dahinter liegende Argumentationsmuster, wenn die obenstehenden Formulierungen als zu populistisch vereinfacht empfunden werden. Anschlussfähigkeit der Gegenargumente zu Klimaschutz entsteht vor allem auf Basis der generellen politischen Unzufriedenheit und Verunsicherung.

Auch *Progressive Ungeduldige* und *Prekäre Überzeugte* nehmen Klima- und Umweltschutz an sich erst mal als unbequem und anstrengend wahr, sind bedingt durch ihr hohes Problembewusstsein aber überzeugt von den politischen Gestaltungsmöglichkeiten und den langfristig positiven Ergebnissen von mehr Anstrengungen. Problematisch ist ihre Resignation, weshalb sie den *Ideologischen Skeptischen* und *Ambivalenten Zweifelnden* derzeit häufig den diskursiven Raum überlassen.

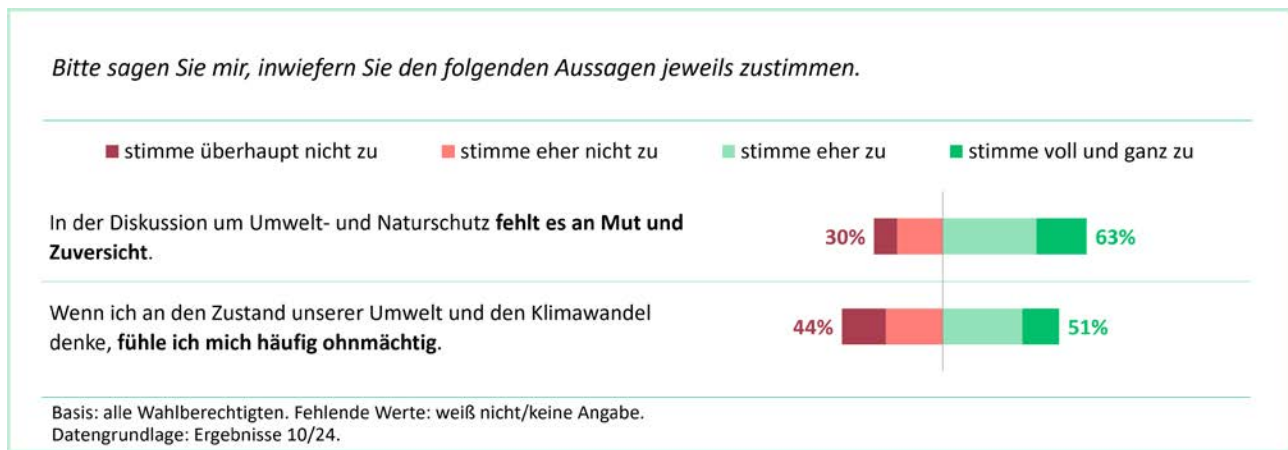


Abbildung 53: Zuversicht und Ohnmacht.

Die Segmente eint – zumindest auf einem abstrakten Niveau – ein starker Wunsch nach positiver Kommunikation und einer Betonung von erzielten Erfolgen. Zum einen, weil sie keine oder kaum noch Kapazitäten für negative Nachrichten haben, zum anderen, weil Erfolge auch Mut für weitere Ziele machen, motivieren und mit positiver Kommunikation auch Anerkennung und Wertschätzung für bereits Geleistetes ausgedrückt wird: „Das kann Menschen mitreißen, wenn man sieht, was man schon geschafft hat, und nicht nur laufend vorgehalten bekommt, was wir noch nicht können.“ Klar ist aber auch: Sobald es konkret wird, wird sich segmentübergreifend kaum ein gemeinsamer Nenner darüber herstellen lassen, was eigentlich als Erfolge und positive Nachrichten zu definieren ist. Die repräsentative Befragung bestätigt, dass mit 63 Prozent fast zwei von drei Bürger/innen im Kontext von Umwelt- und Naturschutz Mut und Zuversicht vermissen. 51 Prozent geben zudem an, dass die Beschäftigung mit dem Zustand der Umwelt und dem Klimawandel eher zu Ohnmachtsgefühlen führt.

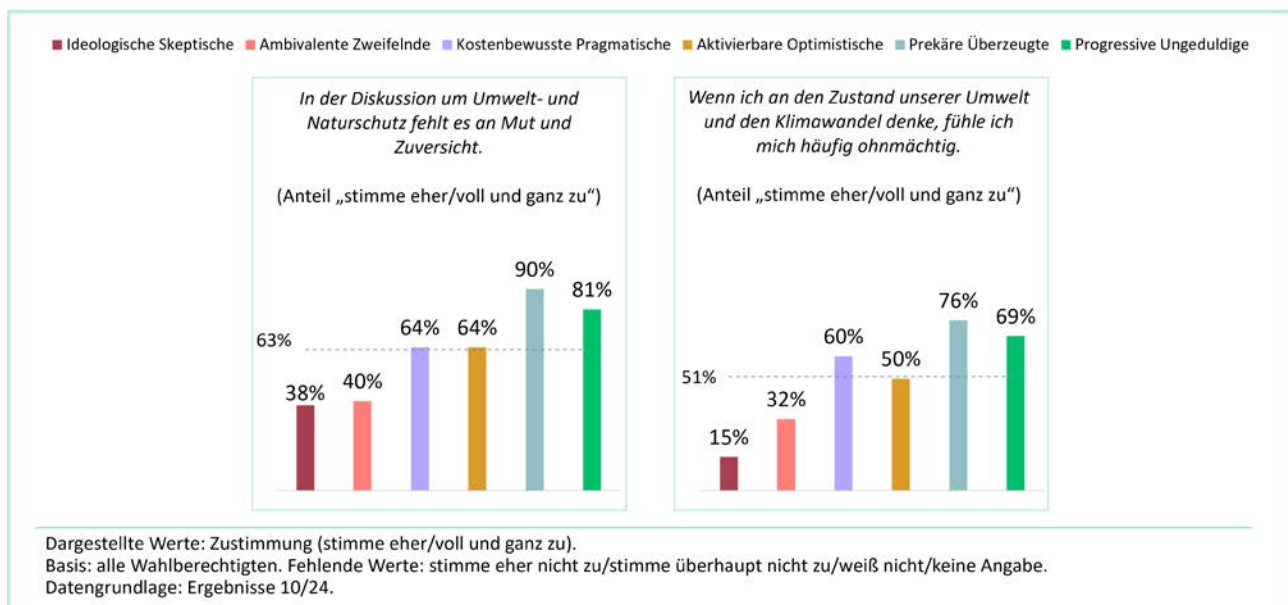


Abbildung 54: Zuversicht und Ohnmacht - Segmentauswertung.

Der Blick auf die Segmentauswertung zeigt, dass es insbesondere diejenigen mit mittlerem Problembewusstsein – *Kostenbewusste Pragmatische* und *Aktivierbare Optimistische* – sowie diejenigen mit hohem Problembewusstsein – *Prekäre Überzeugte* und *Progressive Ungeduldige* – sind, die sich eine zuversichtlichere Kommunikation wünschen und sich durch starke Sorgen eher gelähmt fühlen.

Die Fokusgruppen haben zudem unterstrichen, dass es segmentübergreifend ein starkes politisches Bedürfnis nach Sicherheit, Stabilität und auch nach Orientierung gibt. Die Verdeutlichung des Beitrags von Umwelt- und Naturschutz zu Sicherheit und Stabilität kann daher relevante Bevölkerungssegmente erreichen und Maßnahmenakzeptanz erhöhen. Als einzige Segmente verknüpfen *Progressive Ungeduldige* und *Prekäre Überzeugte* Sicherheit von selbst auch mit Klima- und Umweltschutz. Der voranschreitende Klimawandel werde durch eine qualitative und quantitative Zunahme von Katastrophen zur Bedrohung der eigenen Lebensgrundlagen. Das schildern sie selbst sehr drastisch. Neben Sicherheit haben sie auch das Bedürfnis nach Verbindlichkeit oder Erwartungssicherheit. Obwohl Klima- und Umweltschutz in den Fokusgruppen von den anderen Segmenten zumeist nicht ungestützt mit Sicherheit in Verbindung gebracht wurden, stimmt jeweils eine deutliche Mehrheit der Bürger/innen in der repräsentativen Befragung zu, dass Umwelt- und Naturschutz sicherheitsrelevant sind und zum Schutz der Bevölkerung beitragen, ebenso wie zu wirtschaftlicher Stabilität. Der Blick auf die Segmentauswertung zeigt zudem, dass auch in den für gesellschaftliche Akzeptanz wichtigen mittleren Segmenten eine deutliche Mehrheit dem jeweils zustimmt.

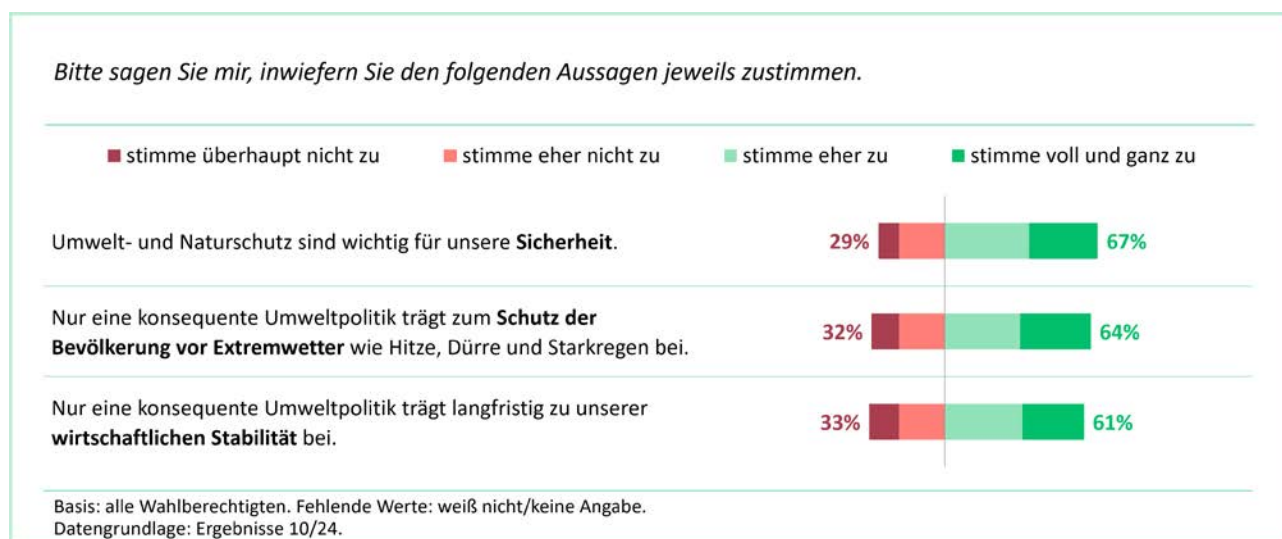


Abbildung 55: Sicherheit, Schutz und Stabilität.

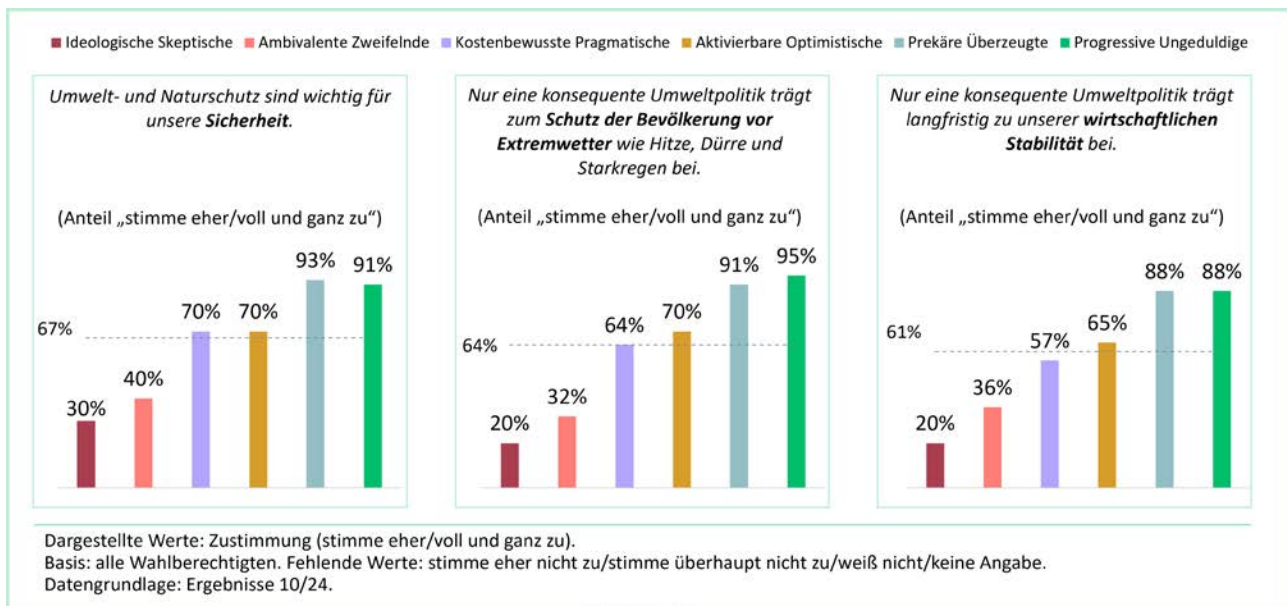


Abbildung 56: Sicherheit, Schutz und Stabilität - Segmentauswertung.

7. Zusammenfassung, Handlungsempfehlungen und Ausblick

Für das Forschungsprojekt wurde eine von pollytix erarbeitete gesellschaftspolitische Segmentierung für das BMUKN repliziert. Aus der Kombination einer Problembewusstseins- und einer Ressourcendimension lassen sich sechs Segmente ermitteln, die unterschiedliche Einstellungen und Zugänge zu Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik aufweisen und daher auf unterschiedliche Art für die Vermittlung von Umweltpolitik angesprochen werden müssen.

Segment	Kurzbeschreibung	Ansprache und Erreichbarkeit
<i>Ideologische Skeptische</i>	Häufig älter und männlich, eher hoch gebildet und hohes Einkommen. Fokus auf Selbstverantwortung und Ablehnung von Verboten und Vorschriften, insbesondere wenn diese auch die persönliche Situation betreffen.	- starke ideologische Ablehnung erschwert die Erreichbarkeit - Segment ist kaum, wenn nur mit hohem Ressourcenaufwand ansprechbar - hohe Reaktanz: Begriffe wie „Umweltpolitik“, „Klimaschutz“ oder „Umweltministerium“ lösen sofort Widerstand aus - Kommunikation zu Maßnahmen, die mit Verzicht, Einschränkung oder Verboten assoziiert werden, sind chancenlos - auch sachliche Ansprache läuft Gefahr, durch negative Grundverknüpfung von Klima- und Umweltpolitik abgeblockt zu werden
<i>Ambivalente Zweifelnde</i>	Eher jünger, häufig Eltern, durchschnittliches Bildungsniveau, eher unterdurchschnittliche Einkommen. Höhere Akzeptanz von Maßnahmen, wenn der eigene Lebensstil nicht in Frage gestellt wird/ die persönliche Betroffenheit gering ist.	- Geringe Relevanz von Klima- und Umweltthemen erschwert die Ansprache „Klima“ oder „Umwelt“ sind Triggerwörter; positive Begriffe sind Sicherheit, Heimat, Entlastung, Chancen, wirtschaftlicher Aufschwung - Abwehrreaktion bei Ansprache über Pflichten, Verzicht oder Einschränkungen: Kommunikation sollte erfolgs- und nutzenorientiert sein - Ton: positiv, anerkennend, nicht moralisierend
<i>Kostenbewusste Pragmatische</i>	Häufig weiblich und mittleren Alters, eher niedrige formale Bildung, geringe Einkommen und hoher finanzieller Druck. Haben Sorge, dass Maßnahmen zu Lasten von Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen gehen.	- Wünschen Anerkennung und Resonanz („gesehen und gehört werden“) - Maßnahmen müssen bezahlbar und gerecht sein - Positiv und lösungsorientiert: Fokus auf soziale Fairness, Kostenentlastung und praktische Alltagslösungen („Was bringt mir das?“) - Gerechtigkeit, Fairness, Unterstützung und pragmatische Entlastungen sind ihnen wichtig

Segment	Kurzbeschreibung	Ansprache und Erreichbarkeit
<i>Aktivierbare Optimistische</i>	Eher ältere Männer und Frauen über 60, hohe Bildung, kaum finanzielle Sorgen. Sorge vor Wohlstandsverlust und zu großen Einschnitten. Höhere Akzeptanz von Maßnahmen, die als pragmatisch und effektiv empfunden werden und in größere Erzählung eingebettet sind.	• Dem Segment ist wichtig, dass Kommunikation motivierend, transparent und nachvollziehbar ist • Ansprechend wirken positive, faktenbasierte Erzählungen statt moralisierender Appelle • Relevant für eine Alltagsnähe ist dem Segment eine Betonung von Erfolgen, Fortschritt und Nutzen für Bürger/innen („Was habe ich davon?“) • Keine Konflikt- oder Lager-Rhetorik, Fokus auf Konsens und Kompromisse, Gemeinsamkeit hervorheben
<i>Prekäre Überzeugte</i>	Überwiegend weiblich und unter 60, häufig Mütter, zum Teil alleinerziehend. Mittlere bis niedrige formale Bildung und niedrige Einkommen. Alltag geprägt von finanziellen Sorgen und Stress. Große Bereitschaft, Maßnahmen mitzutragen, aber Sorge vor zu starken Belastungen. Forderung an Politik, für gerechte Rahmenbedingungen zu sorgen.	• Dem Segment ist ein Fokus auf soziale Fairness, praktische Hilfen und Sicherheit im Alltag wichtig • Wünschen sich einfache, zugängliche Sprache; keine Fachbegriffe oder komplizierten Modelle • suchen bezahlbare, umweltfreundliche Alternativen, um eigenem Wunsch nach nachhaltigem Handeln in den Alltag einbauen zu können • gewünschte Ansprache wertschätzend, solidarisch; nicht belehrend
<i>Progressive Ungeduldige</i>	Häufiger weiblich, eher älter und mit formal hoher Bildung. Durchschnittliche Einkommen, nur selten finanzielle Sorgen. Häufig Individualisierung von Verantwortung, aber auch deutliche Forderungen an Politik nach mehr Klima- und Umweltschutz.	• Segment kann motiviert werden, indem Multiplikatorenrolle betont wird: gezielt befähigen, andere Segmente mitzunehmen – etwa über Argumentationshilfen, Faktenchecks, positive Beispiele aus Alltag und Praxis • Dem Segment ist wichtig, dass ihre eigene Dialogfähigkeiten gestärkt wird: Tools und Formate anbieten, die sie dabei unterstützen, geduldig und konstruktiv mit skeptischeren Gruppen ins Gespräch zu gehen

7.1 Forschungsbasierte Empfehlungen

Um die Bürger/innen insgesamt auf dem Weg einer wirkungsvollen und effektiven Umweltpolitik mitzunehmen ist es besonders wichtig, die Segmente mit mittlerem Problembewusstsein anzusprechen: Die Diskussionen mit *Aktivierbaren Optimistischen* und *Kostenbewussten Pragmatischen* haben gezeigt, dass innerhalb dieser Mitte-Segmente entscheidende Aushandlungsprozesse erfolgen. Die Mitte-Segmente sind für die Stabilisierung von Klima- und Umweltschutz besonders relevant, da sie diesen grundsätzlich zustimmen, ihre Unterstützung jedoch nicht selbstverständlich ist. Die langfristige Aufrechterhaltung der Haltung kann durch kontinuierliche Informationen zur Notwendigkeit und gesellschaftlichen Tragfähigkeit der Maßnahmen unterstützt werden. Die progressiveren Gruppen hingegen sind bereits überzeugt. Bei ihnen steht eher im Vordergrund, ihre Position zu bestätigen und sie in ihrer Rolle als konstruktive Akteur/innen zu stärken – insbesondere mit Blick darauf, wie sie in den Austausch mit anderen Segmenten treten und dort wirksam argumentieren können. Entscheidend für gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung von Klima- und Umweltschutz ist es, diese beiden Mitte-Segmente nicht zu verlieren und den Rückhalt bei Progressiven Ungeduldige und *Prekären Überzeugten* zu stärken. Einer Klimawissenschaft diskreditierende und Desinformationen verbreitende Kommunikation über Klimaschutz, muss aktiv entgegengewirkt werden: Durch antizipierende und strategische Kommunikation muss versucht werden, Argumente frühzeitig selbst zu setzen, und insbesondere die Mitte-Segmente gegen Verschwörungs- und Desinformationsnarrative zu „immunisieren“.

Ein optimistischer Zukunftsblick motiviert

Segmentübergreifend gibt es ein ausgeprägtes Gefühl der Überforderung und dass Politik zu viel abverlangt – sowie einen Wunsch nach Stabilität und Sicherheit. Die Herausforderung für das BMUKN besteht darin, Notwendigkeit sowie Handlungsdruck für Klima- und Umweltschutz zu unterstreichen, ohne Ängste und Krisenstimmung zu schüren, die letztlich Reaktanz oder Abkehr hervorruft. Dazu braucht es eine „Hin zu“- statt einer defizitären „Weg von“-Erzählung, um einen positiven Blick in die Zukunft zu ermöglichen. Die Kommunikation sollte neben positiven Zugewinnen immer auch die möglichen Kosten und Risiken klar kennzeichnen, um keine falsche Erwartungshaltung zu erzeugen, und nicht suggerieren, dass Veränderungen „marginal“ sein werden. Zugleich ist es wichtig, Problemlagen verständlich darzustellen und zugleich aufzuzeigen, dass sie lösbar sind und welche Maßnahmen dafür infrage kommen.

Konkrete alltagsnahe Kommunikation gibt Orientierung

Politik muss sowohl Einzelmaßnahmen als auch das große Ganze erklären. Gerade in Zeiten von verbreiteter Politik- und Nachrichtenvermeidung und einer fragmentierten Öffentlichkeit erfordert dies Stringenz. Eine stringente, erklärende und einordnende politische Kommunikation kann Bürger/innen Sicherheit geben und bietet Handlungsorientierung. Dabei sollte Kommunikation möglichst auf konkrete, alltagsnahe Beispiele aufbauen. Abstrakt wirkende Begriffe, wie „Transformation“, werden in der Breite häufig nicht verstanden und sind von den Bürger/innen selbst inhaltlich nicht ausdefiniert. Die Kommunikation sollte daher möglichst niedrigschwellig erfolgen, wenig voraussetzungsfull sein und auf Fachtermini weitgehend verzichten. Wenn Begriffe wie „Transformation“, „Klimaneutralität“ oder „sozial gerecht“ ohne Kontext, Vorbereitung oder alltagsnahe Erzählung eingesetzt werden, kann das Missverständnisse und Ablehnung begünstigen. Kommunikation über klar skizzierte, positiv konnotierte Ziele und bereits erreichte Erfolge motivieren und geben (Erwartungs-)Sicherheit im Transformationsprozess.

Zieldefinition, -begründung und Prozessnachweise geben Erwartungssicherheit

Klimaneutralität als das zentrale Ziel darf nicht als intuitiv verständlich und in der Breite bereits akzeptiert vorausgesetzt werden. Vielmehr gilt es, seine Erreichbarkeit und Bedeutung klar zu vermitteln, emotional zu verankern und in einen positiven Zukunftsentwurf zu übersetzen: Wieso wollen wir dahin? Was bedeutet das konkret? Was bringt es den einzelnen Bürger/innen? Wie trägt es zu Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität bei? Klima- und umweltpolitische Kommunikation sollte einen konkreten Weg zur Erreichung von Klimaneutralität skizzieren, der Maßnahmen, Etappen und einen Zeitrahmen beinhaltet. Nur wenn Maßnahmen als Teil eines größeren, verständlichen und lohnenden Ganzen erkennbar sind – mit Vorteilen wie bezahlbarer Energie, stabilen Arbeitsplätzen oder besserer Infrastruktur –, kann Transformation gesellschaftlich auf Akzeptanz stoßen. Wichtig ist, dabei klar zu machen, dass Klimaneutralität kein deutscher Sonderweg, sondern ein gemeinsames europäisches Ziel ist, dass international auch zahlreiche weitere Länder verfolgen.

Spannungsfelder Wirtschaft sowie Bezahlbarkeit adressieren und lösen

Das Zutrauen in die politische Problemlösungsfähigkeit im Bereich Klimaschutz und Umweltschutz ist derzeit gering. Hier muss Vertrauen zurückgewonnen werden. Dazu müssen die Sorge vor negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Angst vor finanziellen Kosten als Nachteile von Umwelt- und Naturschutz in der Kommunikation antizipiert werden – insbesondere mit Blick auf die beschriebene gesellschaftliche Stimmung und Themenagenda ist dies derzeit zentral. Weil Klimaschutz Innovations- und Technologiedynamiken stärken kann und ehrgeizige Ziele breite Zustimmung finden, eignet sich eine Fortschritts- und Modernisierungserzählung, um das Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und Wirtschaft zu adressieren. Eine soziale Flankierung und zeitnah spürbare Verbesserungen durch Investitionen in Infrastruktur zu Klimaschutzzwecken können helfen, dass Spannungsfeld von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit aufzulösen.

Akzeptanzfaktoren für Klima- und umweltpolitische Maßnahmen berücksichtigen

Das geringe Zutrauen in die Problemlösungsfähigkeit von Politik macht die allgemeine Akzeptanz von politischen Vorgaben zum Klima- und Umweltschutz mitunter schwierig. Dennoch erfahren konkrete Maßnahmenvorschläge Zustimmung, wenn die Wirksamkeit klar ist und positive Auswirkungen dieser Maßnahmen zu erwarten sind. Die vorliegenden Forschungsergebnisse unterstreichen und belegen, dass klima- und umweltpolitische Maßnahmen dann auf breiten Rückhalt und mehrheitliche Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen, wenn ...

- ... sie als plan- und wirkungsvoll wahrgenommen werden. Es muss ersichtlich sein, welchen positiven Beitrag eine Maßnahme zum Ziel des Klima- und Umweltschutzes leistet. Dazu braucht es in vielen Bereichen kommunikative Vorarbeit, um Wissen zu steigern. Beispielhaft zeigte sich dies in einer Gruppendiskussion mit *Progressiven Ungeduldigen* und *Prekären Überzeugten*. Einer der Teilnehmenden nahm Bezug auf Renaturierung von Seegraswiesen und Wiedervernässung von Mooren und stellte die Sinnhaftigkeit mit Blick auf den tatsächlichen Effekt infrage. Nachdem eine Teilnehmende mit mehr Hintergrundwissen glaubhaft unterstrichen hatte, welchen Effekt Maßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren im Bereich Natürlicher Klimaschutz tatsächlich haben, steigerte

sich die Akzeptanz und der Zuspruch für diese Maßnahmen in der Gruppe deutlich. Die vorliegende Forschung zeigt, dass Wissen zu Schwerpunktthemen des BMUKN mitunter gering ist, weshalb die kommunikative Vorarbeit für Maßnahmen für die spätere Akzeptanz essenziell ist.

- sie als gerecht bewertet und keine negativen Auswirkungen auf das eigene Leben oder das der Mitbürger/innen befürchtet werden. Die Belastungsfähigkeit vieler Bürger/innen ist bedingt durch Krisenmüdigkeit und Verunsicherung mitunter bereits stark beansprucht. Es gibt große Sorge vor weiteren finanziellen Belastungen. Das Gefühl, „normale“ Bürger/innen tragen die Hauptlasten, ist weit verbreitet. Die Kritik an sozialer Ungerechtigkeit auch mit Blick auf Klima- und Umweltschutzmaßnahmen ist nicht zuletzt in den Fokusgruppen sehr deutlich geworden. Die Akzeptanz für Maßnahmen steigt, wenn Bürger/innen den Eindruck gewinnen, dass alle einen „gerechten“ Beitrag leisten. Noch deutlicher steigt die Akzeptanz, sogar bis in Segmente mit niedrigem Problembewusstsein, wenn Bürger/innen das Gefühl haben, selbst von einer Maßnahme zu profitieren. Beispielsweise zeigt sich eine höhere Akzeptanz für Balkonkraftwerke und Solarförderung, von denen Bürger/innen finanziell selbst profitieren, als bei Windkraftanlagen, bei denen der eigene Vorteil nicht unmittelbar klar ist.
- gleichwertige Alternativen vorhanden sind. In den Fokusgruppen zeigten sich Teilnehmer/innen, die in Kommunen mit bezahlbarem und gut ausgebautem ÖPNV-Angebot wohnen, deutlich aufgeschlossener gegenüber einer Verkehrswende. Alternativen müssen mitgedacht und aktiv kommuniziert werden.

Auf der anderen Seite wird Kritik und Ablehnung von Maßnahmen besonders laut, wenn ...

- sie als Eingriff in den persönlichen Lebensstil oder persönlichen Nahbereich empfunden werden, in den sich viele als Ort von Stabilität und Sicherheit gerade in als unsicher und polarisiert empfundenen Zeiten zurückgezogen haben. Schnell abgelehnt werden daher in den eigenen Alltag eingreifende Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Konsum und Ernährung. Gerade von klimaskeptischen Akteur/innen wird diese Kritik direkt aufgegriffen und zum Kulturkampf hochstilisiert.
- sie mit finanzieller Belastung assoziiert werden. Bedingt durch Inflation, Energiepreise, steigende Wohnkosten und Co. gibt es Sorge vor weiteren Verteuerungen – sowohl in ressourcenschwachen Segmenten, die Sorge vor Überforderung haben, als auch in ressourcenstarken Segmenten, die Sorge vor Statusverlust und um ihre finanzielle Sicherheit haben.
- es kein Zutrauen gibt, dass Politik Maßnahmen gut umsetzt und diese Maßnahmen ihre Wirkung entfalten.

Sowohl die akzeptanzfördernden als auch ablehnungsfördernden Aspekte sollten in der Maßnahmen-Kommunikation sowie ihrer Ausgestaltung mitgedacht und antizipiert werden.

7.2 Weiterer Forschungsbedarf

Das Tracking der Daten über den Zeitverlauf von sechs Jahren zeigt, dass sich Priorität und Akzeptanz von Klima- und Umweltschutz für die unterschiedlichen Segmente deutlich verändert haben: Einst die zentrale Herausforderung, ist Klima- und Umweltschutz im öffentlichen Meinungsbild mittlerweile eine Herausforderung unter vielen – und in der Wahrnehmung vieler auch nicht die drängendste. Gleichzeitig bleibt die öffentliche Meinung in Deutschland hochdynamisch. Diese Dynamik ist aktuell durch populistische und polarisierte Diskurse gekennzeichnet. Die Akzeptanz und Unterstützung für klima- und umweltpolitische Maßnahmen wird sich weiter verändern; die konkrete Richtung ist derzeit nicht vorhersehbar. Die kommunikative Begleitung und Vermittlung von Maßnahmen muss daher strategisch kontinuierlich angepasst werden. Mögliche negative Entwicklungen, die die gesellschaftliche Akzeptanz von Umwelt- und Klimapolitik gefährden können, lassen sich durch kontinuierliche Forschung frühzeitig antizipieren, um vorbereitet darauf reagieren zu können. Auch mögliche positive Entwicklungen lassen sich durch Forschung aufdecken und aufgreifen. Dazu braucht es auch in Zukunft ein tiefergehendes Verständnis und eine kontinuierliche Beobachtung, wie sich segmentspezifische Einstellungs- und Argumentationsmuster entwickeln.

Gerade vor dem Hintergrund des in den nächsten Jahren weiter ansteigenden CO₂-Preises bei gleichzeitig bereits vorhandener Preissensibilität der Bürger/innen gegenüber klimapolitischen Maßnahmen ergibt sich weiterer Forschungsbedarf. Finanzielle Kosten werden bereits als zentraler Nachteil von Klima- und Umweltschutz gesehen, ein weiterer Kostenanstieg gefährdet Akzeptanz. Die Frage, wie mit staatlichen Einnahmen aus dem CO₂-Preis, dem Klimasozialfonds und dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ zur Entlastung der Bürger/innen und zur Flankierung sozialer Härten beigetragen werden kann, um gesellschaftliche Akzeptanz für eine sozial-ökologische Transformation letztlich zu erhalten, bedarf begleitender Meinungsforschung. Entscheidend wird sein, wie unterschiedliche Segmente reagieren, welche Präferenzen sie artikulieren und welche politischen Maßnahmen und Strategien ihrer gesellschaftlichen Vermittlung dahingehend geeignet sind, Transparenz, Vertrauen und Unterstützung für die Transformation zu fördern. Strategische Meinungsforschung hilft, diese Veränderungen zu beobachten und entsprechende Erkenntnisse zu generieren.

8. Exkurs Verbraucherschutz

Vor dem Hintergrund des Ressortzuschnitts des Bundesumweltministeriums als Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz in der 20. Legislaturperiode untersuchten sechs Fokusgruppen im Juni 2024 Wahrnehmungen von Bürger/innen zum Verbraucherschutz, unter Berücksichtigung verschiedener Alters-, Einkommens- und Bildungsgruppen.

Verbraucherschutz ist im Alltag für alle relevant, wird jedoch selten als solcher wahrgenommen. Alltagsprobleme wie ausgefallene Verkehrsmittel, schlechte Kundendienste, intransparente Kosten oder Online-Betrug werden erst auf Nachfrage diesem Bereich zugeordnet. Die Themen werden stark persönlich kontextualisiert: Jüngere beschäftigen sich vor allem mit digitalen Problemen und Online-Betrug, Ältere mit Haus, Eigentum und Versicherungen. Menschen mit hohem Einkommen fokussieren Serviceleistungen, Personen mit niedrigem Einkommen alltägliche Produkte und Preisentwicklungen.

Unterschiede zeigen sich auch im Umgang mit Problemen: Geringere Ressourcen führen häufiger zu Resignation, während jüngere Erwachsene eher Wissenslücken sehen. Typischerweise wird zunächst direkt mit Unternehmen oder im persönlichen Umfeld versucht, Probleme zu lösen; rechtliche Schritte werden nur bei verfügbaren Ressourcen erwogen. Verbraucherzentralen spielen bislang eine untergeordnete Rolle, da ihr Leistungsspektrum wenig bekannt und der Zugang kompliziert wirkt.

Beim Informationsverhalten dominieren digitale Kanäle bei Jüngeren, während Ältere und Menschen mit höherem Einkommen auf professionelle Beratung oder persönliche Kontakte zurückgreifen. Personen mit niedrigerem Einkommen oder Bildung sind oft unsicher, welche Quellen vertrauenswürdig sind.

Grundsätzlich wird Verbraucherschutz als komplex, aber notwendig gesehen. Gefordert werden mehr Transparenz, verlässliche Beratung und einfache Problemlösungen. Ablehnung besteht nur, wenn Maßnahmen als bevormundend wahrgenommen werden. Kinder, Jugendliche und ältere Menschen gelten als besonders schutzbedürftig. Digitale Risiken wie Fakeshops, Datenmissbrauch oder Verschuldungsfällen werden als relevant eingeschätzt. Auch das Recht auf Reparatur findet breite Zustimmung, jedoch besteht Unklarheit darüber, wie dieses Recht praktisch um- und durchgesetzt werden kann.

Verbraucherzentrale und Stiftung Warentest genießen hohes Vertrauen, sind aber funktional wenig bekannt; kommerzielle Vergleichsportale werden häufiger genutzt. Politisch wird Verbraucherschutz als staatliche Aufgabe gesehen, Erfolge sind jedoch im Alltag wenig präsent.

Insgesamt zeigt sich: Niedrigschwellige, klare und verständliche Kommunikation über Rechte, Zuständigkeiten und Anlaufstellen ist entscheidend. Institutionen wie Verbraucherzentralen oder Stiftung Warentest bieten hohe Vertrauenspotenziale und könnten stärker in die Kommunikation eingebunden werden.